BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

eft 1 Köln, 20. Januar 1958 Preis DM 1.-
Dritter Jahrgang – Postverlagsort Köln

nter Mitarbeit von

Franz Beyer – Reimar von Bonin
Ulrich W. Doering – Helmut Dörr
Josef Emonds – Hermann Etzel
Georg Groeninger - Walter Hagemann
Johannes Hessen – Hans Iwand
Yasushi Nishiwaki
Manfred Pahl-Rugenstein – Rudolf Pikola
Franz Rauhut – Hermann Rauschning
Hans Rheinfelder – Renate Riemeck
Franz Paul Schneider – Ernst Schwarz
Katharina Seibert
Hermann Strathmann - Leo Weismantel
Johannes Weidenheim
Karl Graf von Westphalen - Hans Wirtz
und anderen

Inhalt:

- *Prof. Dr. Renate Riemeck, „Macht und Ohnmacht der öffentlichen Meinung“* S. 1
- *Prof. Dr. Walter Hagemann, „Journalistische Merkwürdigkeiten“* S. 11
- *Prof. Dr. Karl Bechert, MdB, „Ist Bevölkerungsschutz im Atomkrieg möglich?“* S. 15
- *Zur indischen Politik (Grußwort des Botschafters A. C. N. Nambiar und Aufsatz von Dr. G. K. Mookerjee)* S. 24
- *Botschafter Dr. Zairin Zain, „Mehr Verständnis für Indonesien!“* S. 28
- *Peter Nellen, MdB, „Gefährliche Traumtänze“* S. 31
- *Paul Schallück, „Das Fuldaer Manifest“* S. 34
- *Dr. Hermann Rauschning, „Durchbruch zur Realpolitik“* S. 37
- *Prof. Dr. Werner Hahlweg, „Restauration und Widerstand“* S. 43
- *Johannes Weidenheim, „Empfindsamkeit statt Einfühlung“* S. 49
- *General a. D. Dr. Franz Beyer, „Militärpolitik nach den Sputniks“* S. 53
- *Prof. D. Hans Iwand, „Geistige Entscheidungen und die Politik“* S. 56
- *Zeitdokumente (Appell der Neuntausend; Entschließungen und Empfehlungen der asiatisch-afrikanischen Konferenz in Kairo)* S. 64

Prof. Dr. Renate Riemeck

Macht und Ohnmacht der öffentlichen Meinung

Helm ab zum Gebet!

Die Pariser Nato-Konferenz schloß mit einer Szene, die des einfältig-gläubigen Gemütes eines mittelalterlichen Annalenschreibers bedurft hätte, um in eindrucksvoller Form dargestellt und der Nachwelt überliefert zu werden. Den Pressevertretern unseres Säkulums — und sie dürften doch wohl die Annalisten der Gegenwart genannt werden — war es anscheinend nicht gegeben, jene Pariser Szene in der Weise ihrer mittelalterlichen Vorläufer zu würdigen. Sie haben sie kaum zur Kenntnis genommen, jedenfalls aber nicht gebührend zur Kenntnis gebracht. War es ihnen etwa unangenehm, den verblüffenden Abschluß der großen Nato-Schau zu kommentieren? Oder gar peinlich? Fürchteten sie, daß unsere neu-

zeitlichen Vorstellungen über politische Konferenzen erschüttert worden wären? Oder sollte es ihnen an der Gewißheit gemangelt haben, den frommen Ausklang der Raketendiskussion einleuchtend und überzeugungskräftig schildern zu können? Und doch erfuhren wir, was sich in letzter Minute im Palais Chaillot begab. Schon am Abend des 19. Dezember vernahmen wir es aus dem Mund des Bundeskanzlers, der von Paris aus über den Hessischen Rundfunk zu hören war. Das Interview, das er dem Vertreter des Frankfurter Senders gewährte, wurde zwei Tage später im „Bulletin" der Bundesregierung wortgetreu veröffentlicht, und zwar unter der markanten Überschrieft: „Der tief bewegende Schluß der Nato-Konferenz" (Bulletin Nr. 237, S. 2192). Man kann darin nachlesen, was trotz der Verlautbarung des Bundeskanzlers über den Rundfunk (die nicht alle hörten) und der Wiedergabe in seinem Regierungsorgan (das nicht alle lesen) der deutschen Öffentlichkeit eindringlich bewußt gemacht werden sollte.

Adenauer sagte: „Der Schluß der Nato-Konferenz hat mich tief bewegt. Wir waren alle sehr befriedigt. Und ich hatte geglaubt, und nicht nur ich, sondern viele andere hatten geglaubt, daß sie mit einer Rede des Präsidenten Eisenhower enden würde. Präsident Eisenhower meldete sich auch als letzter zum Wort. Er sagte: Wir können Gott dankbar sein dafür, daß wir diese Arbeit mit solchem Erfolg geleistet haben. Und so bitte ich Sie alle, 30 Sekunden im stillen Gebet zu verharren zum Dank für die Hilfe, die uns von oben geleistet worden ist. — Und alle Anwesenden folgten diesen Worten und haben 30 Sekunden, ich glaube, in einer wirklichen inneren Bewegung und Stillschweigen Gott gedankt dafür, daß wir zu diesem Ergebnis gekommen sind."

Der Bundeskanzler ist ein glaubwürdiger Augenzeuge dieses Geschehens. Wir haben keinen Grund, an seiner Darstellung auch nur den leisesten Zweifel zu hegen. Aber wir haben allen Grund, tief zu erschrecken, sofern uns der Name Gottes heilig ist.

Denn zu welchem Ergebnis ist die Konferenz gekommen? Wofür hat sie es gewagt, Gott zu danken?

Die Ergebnisse der Raketen-Konferenz

Es muß sehr schlecht um die Christlichkeit des „christlichen Abendlandes" bestellt sein, wenn sich die in Paris versammelten Obrigkeiten aus einem guten Dutzend europäischer Länder eine halbe Minute Gebetsstille auferlegen lassen, um Gott dafür zu danken, daß ihnen der große Bruder aus Übersee die teuflischste Waffe der Gegenwart ausliefern möchte. Das nämlich ist das wichtigste und vorerst gesichertste Ergebnis der Konferenz: In Paris wurde — laut Kommuniqué — beschlossen, „Lager mit Atomsprengköpfen anzulegen" und „dem Oberbefehlshaber der Alliierten Streitkräfte in Europa Mittelstreckenraketen zur Verfügung zu stellen". Was die überwältigende Mehrheit der westeuropäischen Öffentlichkeit befürchtet hatte, ist nun doch geschehen: die europäischen Verbündeten Amerikas haben dem Vorschlag des Staatssekretärs John Foster Dulles zugestimmt. Europa diesseits des eisernen Vorhangs soll zum Arsenal amerikanischer Atomwaffen gemacht werden, weil die USA in der Entwicklung der interkontinentalen Fernraketen von der Sowjetunion überrundet worden sind.

Nichts darf uns darüber hinwegtäuschen, daß dieser Beschluß das einzig greifbare Konferenzergebnis ist. Seine furchtbaren Konsequenzen wurden durch eine Reihe wortreicher Phrasen und vager Hoffnungen auf künftige Abrüstungsgespräche verschleiert.

Wir wurden erneut darüber belehrt, daß die Sowjetunion unsere nackte Existenz bedroht und daß wir genötigt sind, zur Verteidigung unserer Freiheit die Abschußrampen für Mittelstreckenraketen so nahe wie möglich an die Grenzen der sowjetischen Machtbereiches heranzuschieben. Die Sicherheit des Westens, so tönte es

aus dem Palais Chaillot, hängt davon ab, daß Europa im Besitz einsatzbereiter Vernichtungswaffen ist. Man nannte das natürlich nicht so. Man sprach von „Flugkörpern", von „Schlagkraft" und von der „wirksamsten Form der Verteidigung". Man mußte auf der Hut sein. Der Argwohn einer tief beunruhigten Weltöffentlichkeit umlagerte den Sitzungssaal der Nato-Politiker. Annähernd 2000 Journalisten waren in Paris. Es schien geboten, ihnen die erleichternden Formeln für ihre Leitartikel zur Verfügung zu stellen. Welch' Mißgeschick traf jedoch den als „großen Europäer" gefeierten Generalsekretär des Nato-Rates, Henri Spaak, als er zu Beginn einer Pressekonferenz — nicht wissend, daß die Mikrophone schon eingeschaltet waren — seinem Nachbarn zuraunte: „Was ich jetzt sagen werde, hat keinerlei Bedeutung."

Nein, es hatte tatsächlich keinerlei Bedeutung für uns, was da in Paris offiziell zur Tarnung der strategischen Maßnahmen des atlantischen Oberkommandos gesagt wurde. Bedeutung aber haben die Planspiele der Nato, wie sie uns im Unternehmen „Lion noir" (Frühjahr 1957) vorgeführt wurden. Ihnen können wir entnehmen, wie sich die Nato-Strategen die Verteidigung der westlichen Freiheit vorstellen. Laut Manöverbericht ging man damals von folgender Voraussetzung aus: „Ein Feuerschlag von 100 Wasserstoffbomben ist über Mitteleuropa hereingebroche, Frankfurt am Main ausradiert, Köln, Hamburg und Bremen zum größten Teil zerstört." (Von „kleineren" Städten wie Düsseldorf, Wuppertal, Essen, Wiesbaden, Lüneburg oder Oldenburg braucht man dann gar nicht mehr zu reden; — Anm. d. Verf.) „Sowjettruppen sind an der ganzen europäischen Nato-Front zur Generaloffensive angetreten. Am Abend des ersten Tages stehen die sowjetischen Panzerspitzen bereits vor den rauchenden Trümmern von Frankfurt, die in der Bundesrepublik stationierten Nato-Truppen sind schwer angeschlagen, ihre Reste versammeln sich hinter dem Rhein. Auf allen westdeutschen Straßen wälzen sich abertausende von Flüchtlingen westwärts den Nachbarstaaten entgegen." Aber nun kommen die Verteidiger der westlichen Freiheit zum Zuge. Jetzt erfolgt, was uns als „massive Vergeltung" von John Foster Dulles zugesichert worden ist. Der „Nato-Schild" wird wirksam: „Pausenlose Angriffe der Bomberkommandos, die Wasserstoffbomben in die Sowjetunion hineintragen. Dazu die ununterbrochenen Angriffe der taktischen Luftverbände, die planmäßig ebenfalls hundert Atom- und Wasserstoffbomben auf die in Mitteleuropa eingedrungenen Sowjetverbände, auf deren Nachschubwege und Versorgungszentren werfen" (und auf die noch lebenden Reste der deutschen Zivilbevölkerung, die — vom Entsetzen gejagt — sich aus dem Inferno zu retten versucht, wie einst die Bewohner Hiroshimas; Anm. d. Verf.). Während dies alles geschieht, werden gleichzeitig von „den Abschußbasen des linksrheinischen Gebietes und Großbritanniens die Atomkopfraketen ostwärts heulen."

So also sollte sich die „Verteidigung des Westens" nach den Plänen der Strategen unserer atlantischen Gemeinschaft (Stand vom Frühjahr 1957) abspielen: Mitteleuropa muß der Hölle des Atomkrieges preisgegeben werden, der Gegenschlag erfolgt von Westeuropa aus, bevor noch das amerikanische Staatsgebiet in die Auseinandersetzung einbezogen ist. Ein klassisches Beispiel für das, was Dulles unter einem „lokal begrenzten Atomkrieg" versteht.

Seit aber die Sputniks von den Sowjets mit Fernraketen in den Himmel geschossen wurden, die auch Washington oder San Franzisko erreichen können, ist mit einem Geschehen à la „Lion noir" nicht mehr sicher zu rechnen. Der Atomkrieg könnte auch in Amerika beginnen. Will man ihn von vornherein „lokal begrenzen", d. h. die USA abschirmen, muß man entsprechende Vorkehrungen treffen und die Gefahrenzone möglichst weit nach Osten verlagern, also in Europa belassen. Zugleich aber muß man den Europäern deutlich machen, daß die Errichtung von Raketenbasen und Atomwaffenlagern eine so gewaltige „Abschreckung" für Rußland darstellt, daß es nie einen Angriff wagen wird. Demzufolge kann es nur in unserem eigensten Interesse liegen, wenn wir in die vorderste Linie der amerikani-

schen Heimatverteidigung einbezogen werden. Es dient ja alles nur unserer Sicherheit.

Aber die Völker Westeuropas sind mißtrauisch geworden, seit „Lion noir", seit Albert Schweitzers Mahnruf, seit der Erklärung der Göttinger Professoren. Die öffentliche Meinung beginnt an der Richtigkeit der westlichen Militärpolitik zu zweifeln. Ist nicht die „Abschreckungstheorie" ein Stück jener „Logik des Wahnsinns", von der Weizsäcker im letzten November sprach? Sollen wir uns durch die neuen Nato-Pläne abermals besinnungslos in die Flucht nach vorn treiben lassen? Hat man uns aus Mangel an politischer Vorstellungskraft nichts anderes anzubieten als das Befangensein im Teufelskreis des Wettrüstens?

Dulles und die Protagonisten der Politik der Stärke haben sich gründlich verrechnet, als sie glaubten, durch eine eiligst und mit theatralischem Aufwand inszenierte Konferenz der Nato-Größen ließe sich die beunruhigte Öffentlichkeit von den eigentlichen Problemen ablenken und für eine Fortsetzung der Machtprobe mit dem Kreml gewinnen. Aber in der öffentlichen Meinung hatte sich die Erkenntnis durchgesetzt, daß diese Machtprobe der Menschheit unaufhörlich das wahnwitzige Risiko eines totalen Vernichtungskrieges auferlegt.

Unter den Journalisten in Paris machte das Wort die Runde: „Die Völker Europas werden nicht stillhalten, wenn man ihnen keinen anderen Weg zur Lösung der Weltprobleme aufzeigt als die Fortsetzung des Wettrüstens."

Die öffentliche Meinung war zu einer Macht geworden, an der die im Palais Chaillot versammelten Regierungschefs nicht vorbeisehen konnten. Sie fühlten sich genötigt, dieser Macht Beachtung zu schenken, und mußten die Akzeptierung der amerikanischen Raketenpläne in die Ankündigung neuer Bemühungen um Abrüstungsgespräche verpacken. Dulles hatte zwar noch kurz vor der Konferenz in einem Artikel in der amerikanischen Zeitschrift „Life" kategorisch erklärt, daß Verhandlungen mit der grundsätzlich wortbrüchigen Sowjetunion nichts als eine nutzlose Zeitvergeudung seien. Aber da seine europäischen Bundespartner unverkennbar unter dem Druck von unten standen, mußte er ihnen entgegenkommen und es zulassen, daß in dem wortreichen Schlußkommuniqué auch einige Formulierungen über Ost-Westgespräche Aufnahme fanden. Dabei handelt es sich freilich nur um die Wiederholung solcher Abrüstungsvorschläge, die sich bereits als aussichtslos erwiesen hatten. Wieder ist von jener „angemessenen internationalen Kontrolle" der Abrüstung die Rede, über die man sich im vergangenen Sommer nicht einigen konnte. Für ihre Durchführung wird kein einziger neuer Vorschlag unterbreitet, obwohl man wiederum die Annahme dieser Kontrolle durch die Sowjetunion zur Voraussetzung für ein Abrüstungsabkommen macht. Man spricht ebenfalls wieder von der UN-Abrüstungskommission, die bekanntlich so zusammengesetzt ist, daß sich die Sowjets einer westlich orientierten Mehrheit gegenübersehen. Und schließlich sieht man die Möglichkeit einer Außenministerkonferenz vor, die „über den toten Punkt" hinweghelfen soll. Mit Dulles als amerikanischem Unterhändler ist — nach einem „Life"-Artikel zu urteilen, — an dem Scheitern eines solchen Außenministertreffens wohl kaum zu zweifeln. In diesen dürftigen Vorschlägen, die sich längst als unfruchtbar erwiesen hatten oder nur wenig Aussicht auf Erfolg bieten, erschöpfte sich die politische Weisheit des Pariser Schlußdokumentes. Wer noch geglaubt hatte, daß sich die Nato-Verbündeten, angesichts der furchtbaren Gefahren eines Atomkrieges, entschlossener um eine Entspannung der Weltlage bemühen würden, mußte sich enttäuscht sehen. Es ging in Paris nicht um Entspannung. Es ging um Raketen.

Daß überhaupt von neuen Gesprächen mit den Russen die Rede war, ist nur auf jene Woge der Ablehnung zurückzuführen, die von der Öffentlichkeit her gegen das Palais Chaillot anbrandete.

Ein „schizophrenes" Dokument

Das Drängen der Öffentlichkeit auf einen Versuch zur Entspannung ist schon längere Zeit zu spüren gewesen. Es ist mit dem langsamen Erwachen zu den Realitäten des Atomkrieges und dem Mißbehagen über die offiziellen Verschleierungstaktiken immer stärker geworden. George F. Kennan war nicht der erste, der konkrete Vorschläge für eine Wende der Weltpolitik machte. Aber er war der erste, der mit seinen realpolitischen Einsichten auf Beachtung und Aufnahmebereitschaft stieß. Seine kurz vor der Pariser Konferenz gehaltenen Reden im britischen Rundfunk zeigten die Perspektiven auf, die sich unter den gegebenen Verhältnissen für eine Entspannung bieten: „Man kann von den Russen nicht erwarten, daß sie Machtpositionen aufgeben, wenn der Westen nicht zu einer vergleichbaren Gegenleistung bereit ist." Kennans Ideen gaben dem Plan des polnischen Außenministers Rapacki für eine atomwaffenfreie Zone und den Bulganin-Briefen die nötige Resonanz. Vor allem aber empfand die Öffentlichkeit den klaffenden Gegensatz zwischen den ermüdenden Monologen der Regierungschefs im Palais Chaillot (die nicht sagten, was zu sagen war) und den offenen Worten jenes Mannes, den Dulles aus der amerikanischen Außenpolitik verbannt hat, weil er den Mut besitzt, Politik noch immer als „die Kunst des Möglichen" zu betrachten. Die 45 Minister im Palais Chaillot merkten während der Konferenz, daß die eine Stimme Kennans bei den Völkern Europas mehr Gehör fand als der ganze, laute Chor der Nato-Politiker. Sie mußten auch zur Kenntnis nehmen, daß die Weigerung der Ministerpräsidenten Dänemarks und Norwegens, in ihren Ländern Raketenbasen zu errichten, der Öffentlichkeit weitaus wichtiger war als Eisenhowers Erklärung, der Westen müsse sein ganzes Denken und Trachten darauf richten, sich den „Machtvorteil" zu erhalten, den er noch besitzt. Er fand auch wenig Anklang mit dem stolzen Hinweis, daß „wir die mächtigste Militärmaschinerie der Welt" besitzen, und konnte nicht vergessen machen, daß eben diese Welt zur gleichen Stunde von zwei russischen Sputniks umkreist wurde. Seine Forderung nach einer friedlichen Weltordnung, in der jedermann „frei produzieren, frei handeln, frei reisen und frei denken und frei beten" könne, hat zwar in bemerkenswerter Weise Ökonomie, Reiselust und Religion in Einklang gebracht, aber die Öffentlichkeit nicht davon ablenken können, daß es heute und hier um eine Entscheidung für oder gegen den Wahnsinn des atomaren Wettrüstens geht. Die ehrliche Nüchternheit Kennans und die phrasenlose Sprache der Dänen und Norweger erwiesen sich als wirksamer denn alles, was an Friedens- und Freiheitsproklamationen aus dem Palais Chaillot heraustönte.

In Anbetracht dieser Reaktion der Öffentlichkeit blieb nichts anderes übrig, als Zweck und Ziel der Konferenz zu verdunkeln. Das Schlußkommuniqué ist infolgedessen ein Dokument innerer Widersprüche geworden.

Man einigte sich „grundsätzlich" auf die Atomaufrüstung Europas und damit auf eine Verschärfung des Kalten Krieges (weil die Amerikaner ohne diese Bestätigung ihrer Stärkepolitik nicht nach Hause fliegen konnten). Man war sich aber ebenso „grundsätzlich" darüber einig, daß man abrüsten und damit also den Kalten Krieg einstellen wolle (weil die europäischen Nato-Politiker nicht aus Paris abzureisen wagten, ohne wenigstens eine schwache Hoffnung auf Entspannung erweckt zu haben).

Ein zynischer Betrachter des Pariser Dokumentes mag also zu dem Resultat kommen, daß im Palais Chaillot das „Prinzip der gleichzeitigen Auf- und Abrüstung" erfunden wurde.

Der britische „Observer" spricht denn auch unverblümt von dem „schizophrenen Charakter" des Schlußkommuniqués, das sich „zur Hälfte aus melodramatischen Klischees" zusammensetzt und es uns schwer macht, die Frage zu beantworten: „Wozu war das eigentlich nötig?"

Dulles und die westlichen Freiheiten

Nötig war die ganze Konferenz nicht. Man wußte schon vorher, daß über die Raketenbasen nicht das letzte Wort gesprochen werden würde. Es lagen weder präzise Vorschläge für ihre Standorte vor, noch war unter den Experten Einigkeit über den effektiven Wert der Basen erzielt worden. Man wußte ebenso gut, daß man die Bereitschaft der Russen zu Verhandlungen jederzeit ganz einfach durch diplomatische Erkundungen in Moskau prüfen lassen kann, wenn man sie ernsthaft erstrebt.

Es hätte keiner „Gipfel"-Konferenz der Nato-Chefs im Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit bedurft, um diese beiden Fragenkomplexe zu behandeln. Wozu also der Lärm?

Dulles hatte ihn veranstalten lassen; denn Dulles brauchte ein politisches Alibi. Die Westeuropäer sollten es ihm geben. Sie sollten ihn mit einer Art „Charta von Paris" ausstatten und ihm darin lautstark bestätigen, woran seine Landsleute in Amerika zu zweifeln beginnen. Sein „harter Kurs" stößt auf wachsenden Widerstand. Seine Prophezeiungen über den herannahenden Zusammenbruch des Sowjetsystems werden immer unglaubwürdiger. Seine Fähigkeiten zur Führung der amerikanischen Außenpolitik sind umstrittener denn je. Dulles hatte es dringend nötig, sich von seinen europäischen Nato-Freunden attestieren zu lassen, daß man auf dem eingeschlagenen Weg weitergehen muß. Ein klares Bekenntnis der Westeuropäer zu seiner schrankenlosen Rüstungspolitik sollte den amerikanischen Kongreß beeindrucken, den Dulles zur Bewilligung der gigantischen Summen des neuen Militäretats bewegen muß. Die Pariser Raketenkonferenz sollte seine Gegner auf dem Kapitolhügel von Washington zum Schweigen bringen.

Aber es kam anders, als er dachte. Er hat — dank der Wachsamkeit der Dänen und Norweger — keinen Blankoscheck auf die Politik der Stärke bekommen. Er mußte sich mit einem „schizophrenen" Dokument begnügen. Und so flog er denn von der Pariser Konferenz, auf der so viel von der „Freiheit" gesprochen worden war, zu dem letzten faschistischen Diktator Europas, um mit ihm über den Anschluß an den Atlantikpakt zu verhandeln. Der Verteidiger der westlichen Freiheiten suchte Trost bei Franco, in dessen Land man bekanntlich weder „frei handeln" noch „frei denken" und auch nicht „frei beten" kann (es sei denn, man betet wie der Staatschef). Aber man kann in Spanien wahrscheinlich Raketenbasen anlegen und auf Verständnis dafür stoßen, daß man sich unter keinen Umständen auf Verhandlungen mit Moskau einlassen darf. In Spanien gibt es ja auch keine Pressefreiheit und keine Macht, die „öffentliche Meinung" heißt. Mit der Verbeugung vor einem totalitären Regime warb Dulles um die „materielle und moralische (!) Stärkung der atlantischen Gemeinschaft" und pries „die engen Beziehungen zwischen Spanien und den USA als wichtigen Beitrag zur freien Welt". Wir wissen die Freiheit zu schätzen und halten deshalb jeden Kommentar für überflüssig. Als Dulles Madrid verließ, konnte man die Frage hören: Soll Franco — wenigstens vorübergehend — auf den Platz rücken, den bislang unbestrittenermaßen der deutsche Bundeskanzler in der Gunst des amerikanischen Außenministeriums einnahm? Wir glauben das nicht; denn Adenauers Rolle in Paris war nur deshalb eine Sensation der Weltpresse geworden, weil man sie mißverstanden hatte.

Adenauers Rolle in Paris

Die Öffentlichkeit konnte es zunächst nicht fassen. Der Getreue des Weißen Hauses in Europa hatte gewagt, nach der bestürzend scharfen Eröffnungsrede des amerikanischen Präsidenten um ein Geringes vom Kurs Washingtons abzuweichen. An einer einzigen Stelle seiner Ansprache am ersten Konferenztag machte Adenauer eine Bemerkung über den „maßvollen Ton" des Bulganin-Briefes und erklärte, er würde „keine Bedenken haben, den Versuch zu machen, auf diplomati-

schem Wege bei der sowjetischen Regierung zu klären, welche präzisen Vorstellungen sie mit diesen Vorschlägen verbindet."

Das genügte, um den Bundeskanzler in den Brennpunkt des Interesses der Weltöffentlichkeit zu rücken. Die Dulles nahestehende amerikanische Presse geriet sofort in Aufregung und sah Adenauer bereits in das verdammungswürdige Lager der „Neutralisten" abwandern. In Europa dagegen feierte man ihn als „Anwalt der Hoffnungen von Millionen", bedachte ihn überreich mit Vorschußlorbeeren und glaubte sogar, die westliche Welt könnte nun „die Verhandlungen mit Moskau vertrauensvoll und ohne Vorbedingungen in seine Hände" legen.

Die öffentliche Meinung ist leicht zu verwirren und leicht zu betören. Das weiß niemand so gut wie der Kanzler. Er hat Erfahrung darin. In seinem politischen Gepäck für Paris lagen die Ergebnisse der Bielefelder Meinungsforscher, die bei 73 % der Befragten aus 12 westdeutschen Städten auf völlige Ablehnung der Atomraketenpläne für die Bundesrepublik gestoßen waren. Der Bundeskanzler hielt es deshalb für opportun, der Volksmeinung Rechnung zu tragen und eine Geste der Entspannung zu machen. Die Bundesbürger mußten erst einmal beruhigt werden, aber die Amerikaner auch. So kam kurz nach der Sensation, die Adenauers vorsichtige Zugeständnisse an die deutsche Öffentlichkeit hervorgerufen hatten, die Beteuerung, daß sich grundsätzlich nichts an seiner Haltung geändert habe. Die „New York Herald Tribune" erläuterte daraufhin ihren Lesern die Absichten des Kanzlers: „In seinem Lande von Millionen bestürmt, die die Einwilligung in Raketenbasen fürchten, versucht er während des Zeitraumes, in dem die Militärexperten den Plan für die Stationierung vorbereiten, mit den Sowjets zu verhandeln. Wenn sich dann die Sowjets erneut als Feinde des Friedens und der Abrüstung erwiesen haben werden, wird der alte Kanzler in der Lage sein, zu sagen, ‚die Menschen rufen nach Frieden, aber es gibt keinen Frieden'; dann wird er den klaren Rechtsgrund für Ferngeschosse haben."

Daß Adenauer mit seinem Vorschlag neuer West-Ost-Gespräche lediglich Zeit gewinnen und einen weiteren Beweis für die angeblich mangelnde Verhandlungsbereitschaft der Russen erbringen möchte, halten auch andere Beobachter der Pariser Konferenz für möglich. Sie weisen dabei auf die für Rußland indiskutablen Abrüstungsvorschläge des Schlußkommuniqués hin und auf die Tatsache, daß man auch wieder das Junktim von Abrüstung und Wiedervereinigung hervorgeholt hat, das im letzten Sommer aufgegeben worden war.

Wenn man nicht gewillt ist, die Ideen Kennans, Bevans und Rapackis (die Bulganin in seinem Brief aufgegriffen hat) zu diskutieren, dürften die Gespräche mit den Russen schon als gescheitert zu betrachten sein, bevor sie überhaupt begonnen haben. Die Bonner Politiker beeilten sich, die Forderungen dieser Männer mit Worten wie „unrealistisch" . . ., „komplizierte Form des Selbstmords" . . ., „von Moskau inspiriert" abzutun. Worüber will man dann eigentlich mit dem Kreml sprechen?

Die deutsche Öffentlichkeit klammert sich an jede schwache Hoffnung auf einen Ausweg aus der verfahrenen Situation, in die die deutsche Politik im Schlepptau des Weißen Hauses geraten ist. Die Überraschung darüber, daß Adenauer sich in Paris endlich einmal von dem vorgeschriebenen Kurs der Amerikaner absetzte, hat denn auch sofort die beabsichtigte beruhigende Wirkung gehabt: der Bundeskanzler ist gar nicht so starr, wie man immer behauptet. Er wird uns schon vor der atomaren Ausrüstung bewahren!

Doch der britische Labour-Abgeordnete Richard Crossman hat uns schon vor der Pariser Konferenz wissen lassen, wie die Dinge in der Bundesrepublik voraussichtlich laufen werden. Crossman berichtete, daß ihm ein amerikanischer Diplomat in Bonn gesagt hat: „Die Bonner Regierung wird den Amerikanern so viel

Raketenbasen zur Verfügung stellen, wie sie haben wollen. Aber Adenauer wird warten, bis das deutsche Volk lange genug dagegen protestiert hat und bereit ist, wieder einmal eine vollendete Tatsache hinzunehmen."

Hat nicht Adenauer in der Frage der deutschen Wiederbewaffnung die gleiche Taktik angewandt? 1950 stimmten noch 70 % der Bonner Studenten dagegen, und an anderen Universitäten war es ähnlich. Die Gewerkschaften protestierten, die SPD lief Sturm, die Öffentlichkeit war erregt. Aber dann wurde der Furcht- und Angstkomplex vor der Roten Armee mobilisiert, und der Widerstand ebbte im Laufe der Zeit ab. Warum sollte sich das nicht wiederholen lassen? Kaum hatte der Kanzler sich in Paris das Ansehen eines „Friedensmachers" und „Führers der europäischen Fronde" verschafft, als er auch schon in der Pressekonferenz am 19. Dezember die Parolen ausgab, mit denen die amtliche Propaganda demnächst in der Bundesrepublik für die Atomraketen Stimmung machen wird. Er erklärte: „Sobald Shape die neue Konzeption ausgearbeitet hat, wird nach militärischen Gesichtspunkten entschieden werden, wo und wie viele Basen errichtet werden. Diese Frage darf nicht nach parteipolitischen Gesichtspunkten entschieden werden." Auf die Frage eines Journalisten, wie sich die Bundesrepublik verhalten wird, antwortete der Bundeskanzler: „Den Staat möchte ich sehen, der Nein sagt, wenn ihm erklärt wird, aus militärischen Gründen muß dies oder jenes zu deinem Schutz getan werden. Es ist Unsinn, wenn einer dann sagt, ich will oder ich will nicht."

Nun wissen wir also, was uns bevorsteht. Wenn der Versuch neuer Gespräche mit den Russen gescheitert ist — und warum sollte er das nicht? — dann wird man uns einreden, daß rein militärische Gründe die Errichtung von Raketenbasen notwendig machen. Wer das dann der Bundesregierung nicht abnimmt, der läßt sich nicht von seinem Gewissen, sondern von niederen Erwägungen der Parteipolitik leiten. (Die „Querulanten" von der SPD und FDP sollten sich das merken!) Das Volk aber wird mit patriachalischem Wohlwollen darüber belehrt werden, daß alles nur zu seinem „Schutz" vor den „Todfeinden" geschieht. Mit dem Sicherheitskomplex der westdeutschen Bevölkerung hat der Bundeskanzler zwei Wahlsiege errungen, warum sollte er damit nicht auch den Kampf um die atomare Ausrüstung gewinnen?

Im Rapacki-Plan einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa (Polen, die Tschechoslowakei und beide Teile Deutschlands umfassend) steckt nach Adenauers Meinung „doch nichts drin". Daß Großbritannien, Kanada und die nordischen Staaten zu einer gänzlich anderen Auffassung über den Wert dieses Planes gekommen sind, kann ihn wenig stören; denn er ist — nach wie vor — ein zuverlässiger Verfechter von Dulles Vorstellungen über die Politik der Stärke: „Die Erfahrungen der Vergangenheit, daß man mit dem östlichen Machtblock nicht aus einer Position der Schwäche und Unterlegenheit verhandeln kann, hat sich erst jetzt wieder bestätigt", schreibt einige Tage nach der Pariser Konferenz ein Vorwort zum Tätigkeitsbericht der Bundesregierung für 1957.

Es hat sich nichts geändert. Wir drehen uns weiter im Kreis: Erst rüsten, dann verhandeln. Wenn man meint, genug gerüstet zu haben, stellt man den Sowjets unannehmbare Bedingungen und rüstet weiter. Zeigt sich dann plötzlich, daß die Russen einen Vorsprung gewonnen haben, muß man mindestens erst wieder gleichgezogen haben, bevor man...

Derweil bleibt uns allen nur die bange Hoffnung, daß keiner die Nerven verliert und auf den Knopf drückt, der den Atomkrieg auslöst.

Wozu brauchen wir Raketenbasen?

Jedermann kann heute wissen, daß höchstens sechs Minuten vergehen zwischen dem Abschuß einer weitreichenden Rakete und der Explosion der von ihr getragenen Wasserstoffbombe am Zielort. Wovor will uns der Bundeskanzler mit den

Raketenbasen eigentlich „schützen"? Man versichert uns, daß der Westen einzig und allein an Verteidigung denkt. Wenn die Sowjets einen Krieg vom Zaune brechen wollen, dann wird uns nichts schützen. Der „Manchester Guardian" ließ durch seinen Militärexperten ganz nüchtern auseinandsetzen, daß der Gegner feste Raketenbasen ohne weiteres lokalisieren kann und sie durch Präventivschläge mit ballistischen Atomwaffen auslöschen wird, sobald ein Kriegsausbruch unvermeidlich erscheint. Die Sowjets brauchen keine sechs Minuten, um unseren „Schutz" als das erwiesen zu haben, was er eigentlich ist: ein „Magnet für einen Angriff" (immer vorausgesetzt, daß es die Sowjets sind, die angreifen). Wie lange wollen wir uns eigentlich noch die Wahrheit vernebeln lassen?

Blicken wir einmal auf die Weltkarte — nicht vom Standpunkt Washingtons und Bonns — sondern von Moskau aus! Wir werden entdecken, daß sich die Sowjetunion vom Pazifik bis zur Elbe, von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer von feindlichen Stützpunkten umgeben sieht. Die Russen fühlen sich von uns ebenso bedroht, wie wir von ihnen! Warum versuchen wir nicht, den Wahnsinn der gegenseitigen Bedrohung zu überwinden?

„Das Ziel des Sowjetblocks besteht darin, die freie Welt zu schwächen und zu spalten", behauptet das Pariser Schlußkommuniqué. Und mit Recht! Denn die Sowjetunion muß ein vitales Interesse daran haben, den Ring zu sprengen, von dem sie sich umklammert fühlt. Aber das ist ganz etwas anderes als eine Vorbereitung zum Atomkrieg und es steht in keinem Zusammenhang mit der völlig aus der Luft gegriffenen Behauptung des gleichen Dokumentes, daß „noch im letzten Monat die kommunistischen Machthaber erneut ihrer Entschlossenheit Ausdruck gegeben haben, der ganzen Welt ihre Herrschaft aufzuzwingen, wenn möglich durch Subversion, notfalls mit Gewalt". Wo soll das geschehen sein? Wenn man mit den „Kommunistischen Machthabern" die zum 40. Jahrestag der Oktoberrevolution in Moskau versammelten Regierungschefs der Ostblockländer meint, dann haben sie nichts davon gesagt, daß sie durch Subversion und mit Gewalt die Weltherrschaft erzwingen wollen. Sie haben gesagt, daß der Kommunismus sich im Endergebnis auf der ganzen Welt durchsetzen würde. Und mit dieser Erklärung haben sie von ihrem Standpunkt aus in gleicher Weise argumentiert wie die Nato-Politiker, die uns mit der Gewißheit erfüllen wollen, daß die Ideale der westlichen Demokratie schließlich auf der ganzen Welt siegen würden. Adenauer versichert in seinem Tätigkeitsbericht: „Wir wissen, daß der Größenwahn, der sich auf schrankenlose Macht stützt, der Gott als Lenker des Weltall entthronen will, der den Menschen, seine Freiheit und seine Würde mißachtet, nicht von Bestand sein wird. Er wird überwunden werden, denn die Freiheit ist stärker als die Sklaverei." — Wovor fürchten wir uns dann? Glaubt jemand im Ernst, daß die Russen es auf einen Atomkrieg mit dem Westen ankommen lassen wollen, in dem ihr Land ruiniert würde, auf das sie so stolz sind? Wenn der Westen des Sieges seiner guten Sache so sicher ist, warum sollen wir dann nicht die Koexistenz wagen? — Aber man kann doch den Russen nicht trauen! Das verlangt auch niemand, der die Koexistenz dem atomaren Wettrüsten vorzieht. Wir brauchen den Sowjets ebenso wenig zu trauen, wie B i s m a r c k dem zaristischen Rußland getraut hat. Aber wir sollten das Eigeninteresse der Sowjetunion an der Erhaltung des Weltfriedens in unsere Überlegungen einbeziehen und Zug um Zug die gegenseitige Bedrohung und die gegenseitige Furcht abbauen.

Stattdessen aber werden die Zwangsvorstellungen genährt, die unsern Politikern geeignet erscheinen, um mit ihrer Hilfe neue Machtpositionen zu gewinnen. Mit Raketenbasen in Europa will man das Gleichgewicht des Schreckens wieder herstellen und nennt das dann „Schutz". Wie einfach und wie einleuchtend!

Worauf warten wir noch?

Man hat die Furcht vor einem Angriffskrieg aus dem Osten solange geschürt, bis jeder Westdeutsche, der sich für eine Verständigungspolitik einsetzte, mit dem Brandmal des Verräters abgestempelt werden konnte. Wir fanden uns mit der Wiederbewaffnung ab, weil alle Proteste nutzlos waren und die Angst vor den Russen letztlich die Widerstandskraft lähmte. Man hat uns prophezeit, daß die Wiederbewaffnung uns der Wiedervereinigung näher bringt. Wir sind weiter davon entfernt denn je.

Jetzt verheißt man uns mit der atomaren Aufrüstung den Frieden für die Welt (und mit den Raketenbasen den „Schutz" für unsere Heimat) und gleichzeitig erklärt man uns „die Lage ist ernster, als alle glauben". Woran sollen wir eigentlich noch glauben? Die deutschen Atomwissenschaftler haben uns auf die Gefahren aufmerksam gemacht, denen man uns aussetzen will, um das va-banque-Spiel mit dem Atomtod fortsetzen zu können. Wir sind gewarnt. Worauf warten wir eigentlich noch?

Wollen wir uns noch einmal bieten lassen, daß man im Bundeskanzleramt kalt damit rechnet, die Proteste werden sich müde laufen? Daß man die Opposition im Bundestag majorisieren kann? Daß die Gewerkschaften aus lauter „politischer Neutralität" ihre Verantwortung für das Leben unseres Volkes vergessen werden? Es ist alles schon dagewesen.

Aber diesmal geht es nicht nur um das Problem der nationalen Existenz, wie bei der Frage Wiederbewaffnung oder Wiedervereinigung. Es geht „um Kopf und Kragen", wie der Bundeskanzler treffend, wenn auch in anderem Sinne bemerkt hat. Worauf warten wir eigentlich noch? Auf das Wunder, daß der westdeutsche Regierungschef seine grundsätzliche Haltung ändern könnte? Er hat es ja selbst gesagt, daß ihm dies gänzlich fern liegt.

Wollen die großen Massenorganisationen der Gewerkschaften und der SPD die Warner allein lassen — die Göttinger Achtzehn und Albert Schweitzer, die Unterzeichner des Appells der 101 Professoren und die Männer der Heidelberger Universität? Oder werden Opposition und Gewerkschaften endlich das politische Leben der Bundesrepublik aus der Stagnation reißen, in die es durch die achtjährige Herrschaft eines „großen alten Mannes" geraten ist?

Werden sie das Tarnmanöver der Bundesregierung entlarven und das Volk über die Hinhaltetaktik und die Verschleierungsmethoden aufklären? Werden sie den Mut haben, im richtigen Augenblick zu dem Protest aufzurufen, zu dem ein Volk fähig ist?

Es geht um Kopf und Kragen. Es geht um den letzten Versuch, den Wortführern des todbringenden Wettrüstens in den Arm zu fallen und eine Wende in der Weltpolitik herbeizuführen.

Sie kann von uns, von den Deutschen ausgehen!

treten katholische Integralisten vor das deutsche Volk hin und glauben den Völkerfrieden durch eine „katholische" Außenpolitik der Intoleranz und Aggression zu sichern. Die Stimme des Papstes klang anders, als er am Weihnachtsfest zur friedlichen Verständigung aufrief!

Was sich ereignet, wenn diese katholischen Integralisten sich widerlegt sehen, mußte der CDU-Abgeordnete Peter Nellen erleben, nachdem er im Dezemberheft dieser Zeitschrift die BBC-Reden des früheren Botschafters der USA in Moskau, G. B. Kennan, sachlich und wohlwollend kommentierte. Im „Rheinischen Merkur", der sich nach dem Tode des hochverdienten Dr. Kramer, einstigen Korrespondenten der „Germania", immer mehr zum anbeterischen Ausrufer extremistischer und verantwortungsloser „Stärke"-Parolen gemacht hat und sich damit offenkundig von einer sittlich-christlichen Einstellung zur Politik entfernt, hat P. W. Wenger die CDU zum Eingreifen gegen Herrn Nellen aufgerufen. Derartige Methoden sind den alten Publizisten unter uns nicht ganz unbekannt. Als Chefredakteur der „Germania" hatte der Verfasser dieser Zeilen einige Male nach 1933 den gefährlichen Vorzug, vom „Schwarzen Korps" als Staatsfeind bei den Machthabern denunziert zu werden. Auch Herr Gunter D'Alquen gab sich keine Mühe, Argumente vorzubringen, er drohte ganz einfach — und es blieb nicht bei Drohungen.

So war es damals. Sind wir schon wieder so weit?

Prof. Dr. Karl Bechert, MdB

Ist Bevölkerungsschutz im Atomkrieg möglich?

Unser Jahrhundert hat Kriege ohne Kriegserklärungen gehabt; es gab Überfälle, die sich Polizeiaktionen nannten, man sprach von Befriedung statt von der Wirklichkeit des Krieges. Wenn von Bevölkerungsschutz die Rede sein soll, dann ist es natürlich gleichgültig, welchen Namen die Politiker dem Kampf geben, für die Bevölkerung bedeutet er Krieg. Solcher Krieg kann ein Krieg ohne Atomwaffen sein oder einer, der sich zu einem Kampf mit Atomwaffen entweder entwickelt oder von Anfang an solche Waffen verwendet.

Krieg ohne Atomwaffen?

Der erste Fall kann bei uns nur eintreten, wenn England sich nicht bedroht fühlt, denn England rüstet um auf Atomwaffen und kann Krieg nur mit Atomwaffen führen. Krieg ohne Atomwaffen kann es also bei uns nur dann geben, wenn ein Grenzstreit, ein Kampf ausbrechen würde, der in den Augen englischer Politiker unbedeutend wäre. Die Art der Gefahren, die durch einen solchen Krieg über die Bevölkerung kommen können, wäre dieselbe wie im zweiten Weltkrieg und die Schutzmöglichkeiten im wesentlichen die gleichen, mit einigen Unterschieden. Die Evakuierung von Frauen und Kindern erstreckte sich im vorigen Krieg über Jahre hinweg, die „Kinderlandverschickung" gehörte dazu; diesmal würde wohl kaum genug Zeit dafür bleiben, denn Raketen, wenn sie verwendet werden, würden einem solchen Beginnen schnell ein Ende setzen. Die Zerstörungsfähigkeit der her-

kömmlichen Waffen hat sich zudem gesteigert, und für die beabsichtigte Art der Kriegführung ist das Wort des Generals Schuyler unheilverkündend: „In einem künftigen Kriege muß mit einer zeitigen Massenflucht der Zivilbevölkerung gerechnet werden. In einem solchen Falle helfen nur Radikalmaßnahmen wie die Zernierung aller größeren Städte durch Verbarrikadieren ihrer Ausgänge, Herunterkämmen aller zivilen Verkehrsteilnehmer von der Landstraße mit Hilfe von Spezialpanzern und Gewaltanwendung beim Durchstoßen von Autoknäueln." So schrecklich diese Äußerung klingt, für das militärische Denken von heute gilt sie als selbstverständlich: die Straßen sollen frei sein für die Panzer, die den Gegenschlag führen. In Korea sind Tausende von flüchtenden Menschen auf den Landstraßen zugrundegegangen durch die vorrückenden und kämpfenden Panzer und die Bomben, die auf sie fielen. Was geschieht, wenn starke Bomben in ausreichender Zahl fallen, wissen wir aus dem vorigen Krieg. Mehr Schutz als damals gibt es nicht, eher weniger; man wird in einem solchen Krieg mit großen Brandherden und schrecklichen Brandwaffen rechnen müssen. Das bedeutet: Feuerstürme in den Städten. Bunker gewähren dagegen keinen guten Schutz, wenn man sie nicht mit langen unterirdischen Fluchtwegen ausstattet. Wie weit Bunker gegen herkömmliche Bomben schützen, hat uns der vorige Krieg gelehrt. Je tiefer man die Bunker legt, je dickere Wände sie haben und je besser sie den Luftdruckwellen und Erschütterungen standhalten, desto größer ist die Zahl der Menschen, die bei einem solchen Angriff davonkommen können. Man spricht auch davon, Schutzgebiete für Nichtkämpfer, Frauen, Kinder, Alte, Verwundete anzulegen. Sie müßten deutlich erkennbar abgegrenzt sein, auch von oben erkennbar. Wird aber in einem künftigen Krieg das Völkerrecht und Menschenrecht besser geachtet werden als im vorigen? Die Äußerung von Schuyler macht es nicht wahrscheinlich. Wenn es Krieg gibt, wird die Unmenschlichkeit triumphieren.

Je deutlicher man sich aber die Umstände und die Entwicklung in einem Konfliktfall vorzustellen versucht, desto klarer sieht man, daß es in Mitteleuropa einen Krieg nicht geben wird, der nur herkömmliche Waffen verwendet. Bei der heutigen politischen Lage würde jeder auf einem schmalen Grenzstreifen beginnende Zusammenstoß, etwa mit der Tschechoslowakei oder der DDR, das Eingreifen der Atlantikpakt-Staaten und der Staaten des Warschauer Vertrages nach sich ziehen und damit schnell zum Atomkrieg werden.

Unterseeboothäfen am Atlantischen Ozean würden Rußland ermöglichen, amerikanische Häfen mit Atombomben anzugreifen; ein Vormarsch russischer Truppen gegen die atlantische Küste wäre für Amerika jederzeit das Signal zum Gegenangriff mit Atomwaffen.

Was bedeutet ein Atomkrieg für die Bevölkerung?

Sobald größere Streitkräfte eingreifen, vor allem, wenn russische in den Kampf kommen, beginnt der Atomkrieg. Raketen sind nur Träger; sie können herkömmliche oder atomare Sprengköpfe tragen. Raketen können so zu Kernspaltungs- oder auch zu Wasserstoffwaffen werden. Bei den Atomwaffen hat man nämlich Kernspaltungswaffen und Wasserstoffwaffen zu unterscheiden.

Kernspaltungswaffen beziehen ihre Zerstörungskraft und ihre Radioaktivität aus der Kernspaltung. Mit ihr ist naturnotwendig die Entstehung von radioaktiven Stoffen verbunden, die lange Zeit strahlungsfähig bleiben. Diese „langlebige Radioaktivität" kann auf keine Weise beeinflußt, unterdrückt oder vermieden werden, wie schon das Beispiel des Atomabfalls bei Reaktoren zeigt. In Reaktoren gehen ja auch Kernspaltungen vor sich; dabei entstehen radioaktive Stoffe in solcher Menge, daß man nur einen geringen Teil davon in Industrie und Medizin verwenden kann. Was nicht verwertbar ist, bildet den „Atomabfall", und die langlebigen Stoffe darin machen es so schwierig, den Abfall ungefährlich aufzubewah-

ren. Könnten die Physiker die Strahlungsfähigkeit dieser langlebigen Stoffe vermindern, sie hätten es längst getan. Es liefert also jede Explosion einer Kernspaltungswaffe, sei es eine Atombombe, Atomgranate oder Atomrakete, eine gewisse, länger dauernde radioaktive Verseuchung des Gebietes, über dem sie ausgelöst wurde. Diese Verseuchung kommt vor allem dadurch zustande, daß aus der Explosionswolke radioaktiver Staub und Niederschlag in der näheren und weiteren Umgebung der Explosionsstelle ausfällt. Von dieser Verseuchung ist zu unterscheiden die Strahlung, die im Augenblick der Explosion und für eine kurze Zeitspanne danach aus dem Feuerball und der Explosionswolke hervorbricht. Bei den Kernspaltungswaffen ist die Verseuchung verhältnismäßig gering, verglichen mit der Verseuchungswirkung von „schmutzigen" Wasserstoffbomben. Immerhin waren in Hiroshima und Nagasaki noch nach Monaten radioaktiv verseuchte Flächen vorhanden. Der Bericht von Nobuo Kusano[1]) bringt die Krankheitsgeschichte eines Japaners, der einen Tag nach dem Angriff nach Hiroshima kam, dort 6 Tage in der Nähe des Nullpunktes der Explosion — das ist der Punkt auf dem Erdboden genau unter dem Explosionsort — mit Aufräumungsarbeiten beschäftigt war und im ganzen einen Monat in Hiroshima blieb. Nach 6 Jahren erkrankte er an Leukämie und starb. Zu den Krankheitserscheinungen gehörten schreckliche Geschwulstbildungen, die an den Stellen auftraten, an denen sein Körper der Bestrahlung besonders stark ausgesetzt gewesen war: an Gesicht, Händen, Armen und Zehen.

In diesem Zusammenhang ist es wohl nötig, auf Verharmlosungsversuche in der deutschen Presse einzugehen, welche die Atomwaffenexplosionen als „nicht so schlimm" darstellen wollen. Man berichtet, daß amerikanische Soldaten in Motorfahrzeugen, auch in Panzern, durch das Versuchsgelände in der Nevadawüste gejagt seien, und „es passierte ihnen gar nichts".

Aber:

1. es sind bereits Leukämie-Fälle berichtet worden, die unter diesen Soldaten vorgekommen sind;

2. gegen die Entstehung von Erbschäden, die in den Fortpflanzungsorganen dieser Soldaten durch die Gamma-Strahlung angerichtet werden, gibt es keinen wirksamen Schutz; die Nachkommen werden noch in späteren Generationen über Jahrhunderte hin darunter minder oder schwerer zu leiden haben; eine Beeinflussung und Rückbildung einmal eingetretener Erbschäden ist uns nicht möglich.

3. die Bestrahlung, der die Soldaten ausgesetzt waren, hielt nur kurze Zeit an; sie wurden danach sorgfältig untersucht und ärztlich betreut. Es handelt sich dabei um eine „Kurzzeitbestrahlung", verglichen mit der lange währenden Strahleneinwirkung, der wir nach einem Atomkrieg ausgesetzt wären. Wir müßten ja in dem verseuchten Gebiet leben! Es ist aber bekannt, daß lange währende, wenn auch schwache Bestrahlung schließlich zu s c h w e r e n S c h ä d e n, auch zu Krebs, führen kann.

4. Der Sohn des Bundespressechefs, Peter v o n E c k a r d t, Journalist, schildert die Erderschütterung, den Luftdruck im Betonbunker, der über 5 km von der Explosionsstelle einer Atombombenexplosion entfernt lag, wobei die Atombombe etwas energiereicher war als eine „Standardbombe". Die Helligkeit war so groß, daß er durch die geschlossenen Augen hindurch den Ellenbogenknochen, jede Ader und jeden Muskel in dem Arm sehen konnte, mit dem er das Auge verdeckt hielt. Das Verhalten der Soldaten nach der Explosion schildert er so: „Keiner weiß etwas zu sagen. Da gibt es nichts mehr zu sagen. Nur ein Hauptmann meint:, Boys, we better quit and become Christians again!' (Jungs, besser wir hören auf und werden wieder Christen!)."

5. Einer der Hochschullehrer der Universität Nagasaki gab Ende November 1957

[1]) Atomic Bomb Injuries, The Tsukiji Shokan Company, Tokyo, 1953, S. 95.

auf einem medizinischen Kongreß in Nagasaki bekannt, daß 10 % der stärker Strahlengeschädigten, die auch äußerlich erkennbar Körperschäden davongetragen haben, geistesgestört sind, von den weniger Verletzten 6 %; untersucht wurden 7000 Personen, welche die Explosion überlebten. Schon länger ist bekannt, daß die japanischen Mütter in Hiroshima und Nagasaki, die z. Z. der Explosion schwanger waren, eine ungewöhnlich hohe Zahl von Fehlgeburten und Mißgeburten zur Welt brachten.

6. Wir hätten in einem Atomkrieg nicht nur eine einzige Atombombe zu erwarten, sondern viele. Die Truppenübung „Carte blanche" 1956 rechnete mit etwa 150 Atombombenwürfen auf deutsche Städte. Atomgranaten will man in großer Zahl verschießen, die Verseuchung wäre bei uns viel höher als die nach dem Angriff auf Hiroshima und Nagasaki. Diese taktischen Atomwaffen, auch Atomraketen, würden die Bevölkerung viel mehr treffen als die auseinandergezogenen beweglichen Truppenverbände.

Zerstörungswirkungen der A-Waffen

Atombomben, wie sie auf die japanischen Städte fielen, Atomgranaten oder Atomraketen entsprechen der Größenordnung nach etwa der Sprengkraft von 5000 bis 500 000 t Trinitrotoluol (TNT). Die Zerstörungswirkung der Hiroshima-Bombe lag in der Größenordnung von 15 000 t TNT. Man denke sich also 15 000 t des schlimmsten chemischen Explosionsmittels auf einen Haufen gebracht und angezündet! So wird verständlich, daß eine einzige Bombe dieser Art eine Großstadt völlig vernichten kann. Im ganzen sind bei diesen Waffen vier Wirkungen zu unterscheiden: 1. die Luftdruckwellen der Explosion, welche die Häuser wie mit Riesenhämmern treffen, zerschlagen und zerblasen, 2. die Hitze und ihre Wärmestrahlung, 3. die radioaktive Strahlung aus der Explosion und der aufsteigenden Wolke, 4. die radioaktive Verseuchung aus dem radioaktiven Staubfall und Niederschlag nach der Explosion.

Man spricht von Standardatombomben, wenn es sich um eine Kernspaltungsbombe von 20 000 t TNT Zerstörungskraft handelt. Die vernichtende Wirkung ist verschieden, je nachdem, ob die Explosion über dem Erdboden, am Boden, im Boden, unter Wasser stattfindet.

Explosionen über dem Erdboden sind solche, bei denen der Feuerball der Explosion den Erdboden nicht berührt. Bei der Standardatombombe trifft das zu, wenn sie mindestens etwa 150 m über dem Erdboden gezündet wird. Etwa ⅔ der entwickelten Energie setzt sich dann in Luftdruckwellen um, ⅓ geht in die Hitzeentwicklung. Über Hiroshima und Nagasaki wurde die Atombombe in ungefähr 600 m Höhe über dem Erdboden gezündet. In Entfernungen bis 800 m vom Nullpunkt der Explosionsstelle wurden alle Gebäude völlig zerstört, auch die erdbebensicheren verstärkt gebauten Betongebäude; bis 2,4 km wurden noch die meisten Häuser zerstört; bis 3,2 km reichte das Gebiet schwerer Beschädigung der Häuser; von 4,8 km an gab es leichte Beschädigungen — dies alles durch eine Bombe! Da taktische Atomwaffen an Zerstörungswirkung der Hiroshima-Bombe gleichkommen, kann man sich leicht deutlich machen, daß flächenhafter Beschuß eines Geländestreifens mit Atomgranaten alle Gebäude im Gelände vernichten würde. Menschen sind erstaunlich widerstandsfähig gegenüber raschen Luftdruckänderungen, wie sie durch die Atombombe erzeugt werden. Die Menschen tötet meist nicht der Luftdruck, sie werden vielmehr durch die herumfliegenden Trümmer erschlagen. Eine Standardatombombe tötet Menschen im Freien bis zu 1,3 km vom Nullpunkt der Explosion, im bebauten Gelände bis zu etwa 900 m. Der Feuerball der Explosion hat eine Sekunde nach der Explosion ungefähr 300 m Durchmesser, die schnell aufschießende Explosionswolke erreicht in einigen Minuten Höhen zwischen 10 und 20 km und wird schließlich bis zu 3 km breit. In einem Umkreis von etwa 1,8 km geht die Hälfte der Menschen zugrunde, die im Augen-

blick der Explosion ungeschützt der Wärmewirkung ausgesetzt sind, schwere Verbrennungen gibt es bis 2,5 km, leichte bis 4 km Entfernung.

Bei der Strahlungswirkung ist vor allem die durchdringende Gamma-Strahlung zu betrachten, die durch Beton und Eisen hindurchgeht wie Sonnenlicht durch Milchglas. Um die Wirkung beurteilen zu können, muß man wissen, daß eine einmalige Ganzkörperbestrahlung tödlich ist, wenn die Strahlungsmenge 700 Röntgen (r) oder mehr beträgt; 50 % der Menschen sterben schon bei 400 r, einige Todesfälle gibt es bei 100 r, Strahlenschäden treten bereits bei 25 r einmaliger Ganzkörperbestrahlung auf. Die Standardatombombe, wenn sie in 600 m über dem Boden explodiert, liefert[2]) in 700 m Entfernung vom Nullpunkt 10 000 r, in 1,4 km Entfernung 4000 r, in 2,4 km etwa 50 r, in 3 km weniger als 1 r. Eine Betonwand von 30 cm Dicke schwächt die außen ankommende Gamma-Strahlung so, daß diese hinter der Wand nurmehr $^1/_5$ ihrer Stärke hat, in 700 m Entfernung von der Explosionsstelle wären das immer noch 2000 r, eine mit Sicherheit tödliche Strahlungsmenge. 40 cm Beton schwächen auf $^1/_{10}$, 65 cm auf $^1/_{50}$, 75 cm auf $^1/_{100}$, 1 m Beton auf $^1/_{1000}$. Bei Eisenwänden leisten Dicken, die ⅓ der genannten Betondicken betragen, bereits dieselbe Schwächung: 10 cm Eisen z. B. schwächen auf $^1/_5$ der ankommenden Strahlungsstärke. Festgestampfte Erde leistet weniger, bei ihr sind die Dicken etwa 1,7 mal größer zu wählen als bei Beton.

Neben der Gamma-Strahlung ist besonders durchdringend und daher gefährlich die Neutronenstrahlung, die bis 800 m vom Nullpunkt auf Ungeschützte tödlich wirkt. Eine Kernwaffenexplosion auf dem Erdboden bei einer Standardatombombe, also in weniger als 100 m Höhe über dem Erdboden, reißt gewaltige Mengen Staub und Trümmer hoch und erzeugt ein breites und tiefes Loch im Boden; in sandigem Boden wäre es etwa 360 m breit und 60 m tief. Ernste Strahlungsgefährdung gibt es über eine Fläche von 260 km², also bis zu 9 km Entfernung vom Nullpunkt.

Eine Standardatombombe, 15 m unter der Erdoberfläche gezündet, gibt in Sandböden einen Krater von 650 m Durchmesser und 110 m Tiefe, in normalem Boden wären die Maße etwa: Durchmesser 220 m, Tiefe 35 m. Die Umgebung würde mit 10 Millionen Tonnen radioaktiven Staubes und Schuttes bedeckt. Damit kann man eine Großstadt auf einige Zeit unbewohnbar machen. Der Radius des Druckschadens wäre kleiner als bei Explosionen über dem Erdboden, nur etwa die Hälfte bis Zweidrittel davon, er wäre in Lehmboden größer als in Sand. Natürlich werden alle in der Erde liegenden Versorgungsleitungen, z. B. für Gas, Wasser, Strom, in der Umgebung zerstört oder beschädigt. Das alles sind jeweils die Wirkungen einer einzigen Kernspaltungswaffe!

Solche Atomgranaten, die der Kanzler Adenauer „weiter entwickelte Artillerie" zu nennen gewagt hat, gibt es bereits in großer Zahl. Was wird, wenn sie in großer Zahl verschossen werden? Ärztliche Kongresse haben darüber beraten, wie den Kranken und Verletzten nach einem Atomangriff zu helfen wäre. Man sprach davon, daß man sich um die nicht werde kümmern können, die trotz Behandlung innerhalb der nächsten Wochen sterben würden. Die Verseuchten und radioaktiv Kranken werden von den anderen getrennt gehalten werden müssen, ihre Ausscheidungen, ihre Bettwäsche sind gefährlich, jede Berührung kann Radioaktivität übertragen. Es muß für unverseuchtes Wasser, entseuchte Luft, für ungefährliche Nahrungsmittel vorgesorgt sein. Und dies nicht nur für die Erkrankten, sondern vor allem für die Überlebenden inmitten großer verseuchter Gebiete und für lange Zeit. Wer will behaupten, daß diese gigantischen Probleme technisch und finanziell zu bewältigen sind?

---

[2]) Indischer Bericht „Atom, Aufstieg oder Untergang?", deutsch erschienen im Krausskopf-Verlag, Wiesbaden, 1957; s. dort S. 87.

Eine Kernspaltungsbombe, dicht über dem Wasser explodierend, ist in ihrer Wirkung einer Explosion dicht über der Erde ähnlich. Besonders gefährlich sind Explosionen dicht unter der Wasseroberfläche, weil sie radioaktiven Regen und damit schwere Strahlengefahr über einen Bereich bringen, der bei einer Standardatombombe etwa 13 km² bedeckt, wenn in 15 m Wassertiefe gezündet wird. Noch 2 Wochen nach der Explosion war bei einem Versuch dieser Art auf Bikini das Betreten der verseuchten Schiffe, auch mit Schutzanzügen, nicht möglich wegen der tödlichen Strahlengefahr.

Totale Vernichtung durch H-Waffen

Viel schrecklicher und umfassender in der Wirkung als Kernspaltungswaffen sind Wasserstoffwaffen. Es sind solche Waffen, bei denen die Kernverschmelzung als Energielieferant, evtl. neben der Kernspaltung, auftritt. Das „Englische Weißbuch über die Verteidigung vom 4. 4. 1957" sagt: „Es muß offen zugegeben werden, daß gegenwärtig keine Möglichkeit besteht, die Bevölkerung Großbritanniens gegen die Folgen eines Angriffs mit Kernwaffen ausreichend zu schützen." „Selbst wenn nur ein Dutzend angreifende Bomber durchkommen, könnten sie mit Wasserstoffbomben weitgehende Verwüstungen anrichten." England hat jetzt darauf verzichtet, Bunker zu bauen; man spricht von Schulung, notwendiger Forschung, Aufbau eines Warnsystems für radioaktiven Niederschlag, Arbeit an Verkehrs- und Nachrichtenverbindungen für den Notfall.

Die Zivilverteidigungs-Übung in den Vereinigten Staaten und Kanada vom Sommer 1956 hat das amtliche Ergebnis gehabt, daß man einem modernen Krieg mit Wasserstoffwaffen fast völlig hilflos gegenüberstehen werde. In den wechselnden Vorschlägen spiegelt sich die amtliche Ratlosigkeit: Zuerst wollte man die Ausfallstraßen der großen Städte so verbreitern und ausbauen, daß auch Weltstädte wie New York und Chikago in wenigen Stunden sollten geräumt werden können; Evakuierung — in Deutschland sagt man neuerdings „Verbreitung" — der Bevölkerung galt als das Heilmittel. Die schnellfliegenden Raketen großer Reichweite mit Spitzengeschwindigkeiten bis zu 20 000 km in der Stunde haben solche Pläne sinnlos gemacht; binnen kaum mehr als einer Viertelstunde wären Geschosse aus Innerrußland in New York. Jetzt ist in den Vereinigten Staaten Bunkerbau das Rezept, das helfen soll, wobei aber für den Ernstfall mit Millionenverlusten an Menschen in den Großstädten gerechnet wird.

Die Wirkungen von Wasserstoffbomben sind grundsätzlich von derselben Art wie bei Kernspaltungswaffen, nur im Ausmaß viel schrecklicher; wieder sind zu unterscheiden: Druckwirkung, Hitze, radioaktive Strahlung und radioaktive Verseuchung. Die Standard-Wasserstoffbombe hat eine Energieentwicklung, die tausendmal größer ist als die der Standard-Atombombe, sie entspricht 20 Millionen t TNT, das ist $^1/_{50}$ der gesamten Erzeugung an elektrischer Energie auf der Erde im Jahr, freigemacht durch die Explosion einer einzigen solchen Bombe in einem winzigen Bruchteil einer Sekunde! Der Schaden durch die Druckwellen einer Standard-Wasserstoffbombe ist am größten, wenn die Explosion etwa 2500 m über dem Erdboden gezündet wird. Bis in 15 km Entfernung[3]) vom Nullpunkt der Explosion würden alle Gebäude zerstört, pulverisiert werden, bis zu 30 km Entfernung gäbe es schwere Gebäudeschäden, bis 50 km leichtere Gebäudeschäden, bis 80 km schwere Verbrennungen an ungeschützten Personen. In einem Umkreis, der nach Kilometern zählt, werden durch die radioaktive Strahlung alle Lebewesen getötet, auch durch dicke Wände hindurch. Aus der hochsteigenden Explosionswolke fallen im Laufe von Stunden bis zu 1½ Tagen nach

[3]) Siehe B. Rajewsky, Strahlendosis und Strahlenwirkung, 2. Aufl., Verlag Thieme, 1956, s. dort Tabelle O 6.

der Explosion radioaktive Teilchen und radioaktiver Niederschlag herunter. So wird ein gewaltiges Gebiet tödlich radioaktiv verseucht, dessen Durchmesser für normale Witterungsbedingungen auf etwa 240 km geschätzt wird. Dieses Gebiet müßte also von der Bevölkerung in den Stunden nach der Explosion geräumt werden. Die Strahlenbelastung durch radioaktive Verseuchung und Bestrahlung beträgt bei einer 15-Millionen-Tonnen-Bombe in 305 km Entfernung vom Nullpunkt in Windrichtung noch 300 r in 36 Stunden! Der Feuerball einer Standard-Wasserstoffbombe hat einen Durchmesser von 5 bis 6,5 km, er verursacht Augenschäden nachts bis in 65 km Entfernung. Deckungslöcher schützen gegen die Hitze erst etwa von 15 km an, bis in diese Entfernung sind die Straßen unpassierbar wegen der herumliegenden Trümmer; in diesem Gebiet ist also wirksame Rettungsarbeit nicht möglich.

Dies alles ist die Wirkung einer einzigen Wasserstoffbombe. Fällt sie auf eine Großstadt, so ist mit Millionen von Toten zu rechnen. Die Stabsübung „Schwarzer Löwe" vom Frühjahr 1957 setzte voraus, daß auf Mitteleuropa 100 Wasserstoffbomben gefallen seien. Mit den Kreisen tödlicher Verseuchung von sechs geeignet gesetzten Wasserstoffbomben kann man aber schon die ganze Bundesrepublik bedecken!

Seit einiger Zeit wird viel von der „sauberen Wasserstoffbombe" geredet. Sie unterscheidet sich von der „schmutzigen" dadurch, daß sie bei gleicher verwendeter Wasserstoffmenge erheblich weniger an Zerstörungskraft hat und keine langfristige radioaktive Verseuchung großer Gebiete liefern kann. Strahlungsfrei ist aber auch die „saubere" Wasserstoffbombe n i c h t, sie gibt vielmehr für eine kurze Zeitspanne nach der Explosion ungeheure Mengen radioaktiver Strahlung ab. Die durchdringende Neutronenstrahlung einer Wasserstoffbombenexplosion, sei sie nun schmutzig oder sauber, kann geeignete Stoffe in der Umgebung der Explosionsstelle für lange Zeit radioaktiv machen. So haben Amerikaner nachgewiesen, daß Muscheln im Stillen Ozean, über 200 km von der Explosionsstelle entfernt, erhebliche Mengen an radioaktivem Kobalt-60 enthielten. In Meerwasser ist nämlich eine geringe Menge Kobalt gelöst, das durch den Neutronenstrom aus der Explosion radioaktiv werden kann. Die Muscheln brauchen Kobalt, sammeln es gierig und speichern es in sich. So können auch „saubere" Wasserstoffbomben menschliche Nahrungsmittel gefährlich radioaktiv machen. Es ist Irreführung, wenn durch Pressemeldungen der Eindruck erweckt wird, in einem kommenden Atomkrieg würden nur saubere Wasserstoffbomben verwendet und der Krieg werde deshalb „nicht so schlimm" sein, weil die radioaktive Verseuchung gering bliebe. Nehmen wir an, der Westen wolle wirklich in einem Atomkrieg nur „saubere" Wasserstoffbomben verwenden — wer aber soll die Russen veranlassen, auf die „schmutzigen" Wasserstoffbomben zu verzichten, die viel zerstörungsfähiger sind und riesige Gebiete tödlich radioaktiv verseuchen können? W e n n also in einem Krieg Wasserstoffbomben verwendet werden, dann werden es „schmutzige" sein. Das amerikanische Verteidigungsministerium hat dies im Sommer 1957 bestätigt durch die Erklärung: Die Möglichkeit, mit Wasserstoffbomben große Gebiete radioaktiv zu verseuchen, bedeutet eine neue Angriffswaffe. Außerdem würde aber schon das ausgiebige Verschießen von g e w ö h n l i c h e n Atomgranaten, die also Kernspaltungswaffen sind, große Gebiete unbewohnbar machen können auf lange Zeit.

Als Schutz gegen solche radioaktive Verseuchung hat man empfohlen, jahrelang unter der Erde in Bunkern zu leben. Professor T e l l e r sagt: Nach einigen Jahren werde man herauskommen, um festzustellen, welche Gebiete der Vereinigten Staaten dann noch bewohnbar sind. Solchen „Zukunftsplänen" hat die Maulwurfsbombe das Lebenslicht ausgeblasen, eine Wasserstoffbombe in geeigneter Tiefe unter der Erdoberfläche gezündet, erzeugt einen riesigen Krater und ein gehöriges Erdbeben.

Die Explosion bei Eniwetok, die „nur" 5 Millionen t TNT Energieinhalt hatte, gab einen Krater von 1,6 km Durchmesser und 60 m Tiefe. Es wurden etwa 50 Millionen t Erdreich hochgerissen, zerstäubt, verdampft. Für ein Leben in Bunkern über Jahre wären die Aufgaben zu lösen: Wie entseucht man stark radioaktive Luft — wie wenig das heute möglich ist, hat das Reaktorunglück in England (Windscale) vom Oktober 1957 gezeigt: trotz der vielen im Schornstein eingebauten Filter kam radioaktives Gas heraus und über die Felder der Umgebung. Weiter: Wie entseucht man hochradioaktives Wasser oder wie erhält man Wasser frisch für mehrere Jahre und viele Menschen? wie beschafft man die Lebensmittel für viele, und wohin mit den Abfällen und Abwässern? Was sollen die Menschen solange tun? Ein, wenn auch begrenztes, staatliches und wirtschaftliches Leben müßte unter der Erde weitergehen, wenn die Menschen die Jahre aushalten sollen.

Dazu kommen die Schädigungen des Erbgutes, das die bestrahlten Menschen an ihre Nachkommen weitergeben würden, Schädigungen, die z. T. erst in Jahrhunderten in den Nachkommenlinien zum Vorschein kämen. Je höher die Strahlungsmenge, desto häufiger sind diese Erbschäden, desto schlimmer die Wirkung auf zukünftige Geschlechter, wenn größere Menschenzahlen von der Strahlung getroffen wurden.

Die deutsche Situation

Für uns wäre jeder Krieg in Deutschland, der mit Atomwaffen geführt wird, das Ende. Verteidigung am Eisernen Vorhang ist nicht möglich, das hat jede Nato-Stabsübung bisher immer wieder als Ergebnis gehabt. Insofern stehen die militärischen Gegebenheiten in bemerkenswertem Gegensatz zu den Behauptungen, die der Kanzler Adenauer wiederholt vor dem Bundestag aufgestellt hat. Die militärischen Sachverständigen Englands, Frankreichs und der Vereinigten Staaten sprechen immer nur vom Auffangen des östlichen Vorstoßes „in der Tiefe des Operationsraumes", also in Frankreich und an den Pyrenäen. Dann erst sei der Gegenstoß möglich. Jedes Gebiet aber, das von den Russen besetzt wäre, würde durch die Westalliierten mit Atom- und Wasserstoffwaffen angegriffen werden. Auch darüber herrscht bei den westlichen Militärs Einigkeit. Für uns in Deutschland bedeutet das Vernichtung durch diese Waffen vor der „Befreiung". Auf deutschem Boden sind Atomwaffen gelagert. Die einzige „Sicherheit", die daraus folgt, ist die, daß Deutschland deshalb im Kriege mit Atomwaffen angegriffen wird und zugrunde geht. Denn der Gegner wird die Waffen, die ihm am gefährlichsten werden können, zuerst und mit den wirksamsten Waffen bekämpfen. Es ist auch nicht wahr, daß der Besitz oder die Lagerung von solchen Waffen auf unserem Boden zur Abschreckung eines Angriffs nötig wäre. Zur Abschreckung genügt völlig die vorhandene amerikanische und englische Atombewaffnung. Auch die Raketen mittlerer Reichweite — bis zu 2500 km — schützen uns nicht, ziehen vielmehr bei einem Krieg Wasserstoffbomben auf die Abschußgebiete dieser Raketen herab, und für den Aufbau von Abschußstellen solcher Raketen in unserem Lande gibt es keinerlei militärische Notwendigkeit. Bei der großen Reichweite können solche Abschußstellen ebenso gut westlich von Deutschland gebaut werden. Denn darüber sollte es jetzt in Deutschland keinen Zweifel mehr geben: Jede Zunahme unserer Bewaffnung in Deutschland ist ein Stück weiter auf dem Weg, der von der Wiedervereinigung wegführt zur endgültigen Trennung. Und auch dies können wir feststellen: Die ganze jetzige Verteidigungsplanung gemäß dem Atlantikpakt läuft militärisch darauf hinaus, daß die Bundesrepublik, ihre Soldaten und ihre Bevölkerung geopfert würden auf dem Altar der westlichen Sicherheit. Uns, die wir an der vordersten Front liegen, käme die Aufgabe zu, nach Kriegsbeginn einen Vorstoß aus dem Osten möglichst zu verlangsamen, der dann in Frankreich zum

Stehen käme — so hofft man. Unser Land und Volk würde durch die Kernwaffenangriffe vernichtet. Die deutschen Atlantikpakttruppen würden unter dem Nato-Oberbefehlshaber eingesetzt, selbstverständlich nach den militärischen Erfordernissen der Gesamtlage, nicht etwa vor allem zum Schutz unseres Landes. Uns bliebe zur „Verteidigung" die Miliz. Nach den Plänen des Bundesverteidigungsministeriums soll sie ausgebildet werden zur Bekämpfung von Panzern und Fallschirmtruppen, ausgerüstet werden mit Panzerfäusten, Gewehren, Maschinengewehren, leichten Panzerabwehrgeschützen. Die Miliz soll auch Brücken und andere militärisch wichtige Punkte bewachen und verteidigen. Es gibt aber bekanntlich Raketen kurzer Reichweite; am Fallen kann man sie nicht hindern, wenn sie abgeschossen sind. Abwehren kann man sie nicht, man kann nur auch solche verschießen. Wer glaubt, daß gesperrte oder gesprengte Brücken heute noch ein Hindernis sind? In einem Atomkrieg kann man der Miliz nur raten, möglichst schnell im Bunker zu verschwinden; da stirbt man etwas später.

Eine weitere mögliche Form des Krieges ist oder wird bald sein der Raketenkrieg zwischen den Vereinigten Staaten und Rußland über große Entfernungen. Auch dieser Krieg wäre für uns das Ende, wenn Atomwaffen im Lande sind, wobei es gleichgültig ist, ob wir selbst die Verfügung über sie haben oder nicht. Denn der Gegner würde alles sofort auszuschalten versuchen, was ihm besonders gefährlich werden kann. Mit anderen Worten: Atom- und Wasserstoffbomben würden uns aufs Haupt fallen.

Zu den Kriegsformen, die heute für möglich gehalten werden, gehört auch der atomare Abnützungskrieg. In einem Streifen von gehöriger Breite — man spricht von tausend Meilen — wollen die Kriegführenden aufeinander einwirken mit allen Waffen, die sie haben. Dieser Streifen soll, wie verlautete, in Mitteleuropa liegen. Das hätte für die Atom-Großmächte den „Vorteil", daß die radioaktive Verseuchung, die ein solcher Krieg mit sich bringt, ziemlich weit vor ihren Grenzen stattfände. „Spielregeln" nach Art mittelalterlicher Turnierspiele sollen bei diesem Krieg eingehalten werden; so ist allen Ernstes gesagt und geschrieben worden, und das in einem Zeitalter, das jeder Menschlichkeit im Kriegführen abgeschworen hat! Wie soll dieser grausige Karneval-Krieg zu Ende gehen? Etwa damit, daß der eine Kriegführende sich für besiegt erklärt? Wird nicht jeder so viel an Waffen im Rückhalt haben, daß er den Gegner über alle Spielregeln hinweg an der empfindlichsten Stelle tödlich treffen kann? Für uns würde auch diese Kriegsform das Ende sein.

Das Ergebnis: In Deutschland ist Bevölkerungsschutz in einem Atomkrieg heutiger Form nicht wirksam möglich. Der Krieg würde innerhalb kürzester Zeit ein völliges Chaos bringen; von sinnvollem, gelenktem Handeln kann dann weder militärisch noch zum Schutze der Bevölkerung die Rede sein. Sehen wir zu, daß unsere Politik dem Frieden dient! Krieg kann in der heutigen Welt nicht mehr als „Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln" gelten. Er bedeutet für unser Volk den totalen Untergang. Die grundlegende Aufgabe aller unserer politischen Bemühungen muß es sein, ausgleichend zu wirken im Sinne der Minderung der großen weltpolitischen Spannungen. Nur eine solche Politik ist christlicher Haltung wahrhaft angemessen, und nur eine solche Politik dient einer friedlichen Zukunft.

Zur indischen Politik

Im Zusammenhang mit dem nachstehenden Beitrag zur Außenpolitik Indiens erhielten wir von Seiner Exzellenz Herrn Arathil Candett Narayan Nambiar, dem Botschafter Indiens bei der Bundesrepublik, zur Veröffentlichung die folgenden Ausführungen:

„Mit großem Interesse habe ich die verständnisvolle und gerechte Interpretation verfolgt, die Indiens Haltung zur Politik des Auslandes in den ‚Blättern für Deutsche und Internationale Politik' erfahren hat, und ich möchte gerne diese Gelegenheit ergreifen, Ihnen hierfür meinen Dank zum Ausdruck zu bringen.

Ich bin davon überzeugt, daß auch in Zukunft die Grundzüge der indischen Politik in Ihren ‚Blättern' stets einen Platz finden werden. Solche Beiträge dienen dazu, die deutsch-indischen Beziehungen zu fördern und eine bessere Zukunft für unsere beiden Länder und für die Erhaltung des Friedens in der Welt herbeizuführen.

A. C. N. Nambiar"

Dr. Girija K. Mookerjee, Erster Sekretär der Indischen Botschaft in der Bundesrepublik Deutschland

Indiens außenpolitische Linie

Die Außenpolitik eines Landes ist niemals frei in dem Sinne, daß ein Staatsoberhaupt oder eine Regierung ihren Kurs willkürlich oder einer rein ideologischen Überzeugung gemäß bestimmen könnte. Sie wird zuerst und sehr entschieden bestimmt von der geographischen Lage, von der Beschaffenheit der Grenzen, von den nächsten Nachbarn. Dieser letzte Begriff der Nachbarn hat sich in der Neuzeit durch die Entwicklung der Technik und die sich daraus ergebende Verengung der Welt immer weiter ausgedehnt, so daß heute praktisch jedes Land der Nachbar jedes anderen Landes ist und in den Kreis außenpolitischer Erwägungen mit einbezogen werden muß.

Noch im 19. Jahrhundert konnten sich politische Ereignisse von der Bedeutung des Wiener Kongresses oder des Deutsch-Französischen Krieges vollziehen, ohne daß die Länder anderer Kontinente davon wesentlich berührt wurden. Aber schon im ersten Weltkrieg änderte sich das Bild, und der zweite Weltkrieg zeigte in aller Deutlichkeit, daß politische Entscheidungen einzelner Staaten sich direkt oder indirekt auf Länder auswirken, die daran überhaupt nicht beteiligt waren. Die Zeit isolierter Entwicklungen und einer ausschließlich national ausgerichteten Außenpolitik ist damit für immer vorüber.

Ein sichtbarer Ausdruck dieser grundlegenden Wandlung in den internationalen Beziehungen ist eine Organisation wie die UNO, die weder über Macht noch über Souveränität im hergebrachten Sinn verfügt und doch die Möglichkeit hat, in die Außenpolitik anderer Länder bestimmend einzugreifen — eine Tatsache, die noch im vergangenen Jahrhundert undenkbar gewesen wäre.

Man kann die Bildung einer derartigen Organisation als eine Art Notwehr der Menschheit ansehen, die, um der drohenden Gefahr der gegenseitigen Vernichtung zu entgehen, notgedrungen zu einer übernationalen Regelung kommen muß, wenn sie unter den veränderten Bedingungen überleben will. Aber schon vorher — auf das Warnungssignal des 1. Weltkrieges hin — wurde ein ähnlicher Versuch mit der Bildung des Völkerbundes unternommen. Er scheiterte an dem überlebten, aber immer noch gefährlich wirksamen National- und Großmachtkomplex, der sich aus den Ideen der radikalen Denker des 18. Jahrhunderts entwickelte. Weder Rousseau noch Voltaire scheinen die späteren Entwicklungen vorausgesehen zu

haben, aber die Französische Revolution der Jahre 1789—1799 und die Bolschewistische Revolution im Jahre 1917 entfesselten nationale Machtgelüste, die die europäische Gesellschaft bis in die Grundfesten erschütterten.

Hier liegt die Wurzel zu Kriegen, zu Eroberungen, zu Kolonialismus, zur Unterdrückung der Menschenwürde und schließlich auch zum Scheitern des Völkerbundes, und heute noch findet man die gefährliche Überzeugung, daß die Bedeutung eines Individuums von der Macht des dahinterstehenden Staates abhänge. Ein Amerikaner z. B. ist nicht zuerst Mensch, sondern Angehöriger eines reichen, großen und mächtigen Landes, Repräsentant einer Großmacht, während ein Liechtensteiner, ungeachtet seiner persönlichen Qualitäten, zunächst einmal unbedeutend ist, weil das Land, dem er angehört, vom Machtstandpunkt aus keine Rolle spielt. Dieser Komplex hat die menschlichen Beziehungen unendlich erschwert und auf dem Gebiet der Politik zu Mißverständnissen und kriegerischen Auseinandersetzungen geführt.

Indien aber hat die verhängnisvollen Auswirkungen dieses Komplexes als Kolonialland am eigenen Leibe schmerzlich erfahren. Es hat Generationen versäumter Entwicklung auf allen Gebieten nachzuholen, und das Bewußtsein, daß der Friede schlechthin die Lebensbedingungen der gegenwärtigen Welt darstellt, ist hier vielleicht klarer entwickelt als in vielen anderen Ländern, eben weil Indien den Frieden notwendiger braucht als diese anderen Länder.

Die beiden Großziele der indischen Politik: Friedliche Entwicklung im Lande selbst und Entspannung der Weltlage sind eng miteinander verknüpft. Eine gespannte Weltlage hemmt die Wirtschaftsentwicklung — ein Scheitern dieser Entwicklung würde zweifellos ein neues Spannungsmoment in die internationale Situation einführen.

Die indische Regierung treibt bei der Verfolgung dieser beiden Ziele eine Politik, die in der Welt neben Anerkennung und Bewunderung auch Zweifel und Mißtrauen hervorgerufen hat: Sie zeigt keine Neigung, sich einem der Machtblöcke anzuschließen, sie enthält sich jedoch keineswegs der Stellungnahme zu einzelnen Fragen, die sie unabhängig von der Tendenz des Block-Denkens behandelt. Sie bezeichnet diese Haltung im Gegensatz zum starren Festhalten an Doktrinen und vorgeschriebenen Linien als pragmatische Politik, d. h. eine Politik, die jedes Problem für sich, unter seinen eigenen Bedingungen und in seinen eigenen Zusammenhängen entscheidet. Sie vertritt die Überzeugung, daß die einzige Möglichkeit für ein Weiterbestehen der Welt in der Koexistenz der verschiedenen Staatssysteme, Doktrinen und Ideologien besteht.

Es wäre unrichtig, würde man diese Art der Politik allein auf die Initiative Nehrus zurückführen. Es handelt sich da um eine alte indische Tradition des Denkens und Verhaltens, die von Gandhi auf geniale Weise wiederbelebt und den gewandelten Verhältnissen der neuen Zeit angepaßt wurde.

Der Begriff der Koexistenz ist zum notwendigen Teil einer Lebensform geworden, die sich in Indien während zweier Jahrtausende entwickelt hat. Seit dem Altertum ist Indien ein Sammelbecken verschiedener Völker, Rassen, Kulturstufen und Religionen. Der Charakter des indischen Volkes formte sich durch Umstände, Veranlagung und den Einfluß der Lehre B u d d h a s in Richtung auf Toleranz anderen Völkern und Religionen gegenüber. Lange vor der Reformation hatte sich hier die Überzeugung durchgesetzt, daß Religion Angelegenheit des einzelnen ist, daß jede Rasse, Gemeinschaft und Kultur ihre Berechtigung in sich selbst trägt und Achtung und Toleranz verdient. Eine Kirche im westlichen Sinne fand in diesem geistigen Klima keine Entwicklungsmöglichkeit. An der stillen Kraft dieser Überzeugung brach sich der Bekehrungseifer des Islam, und auch dem Eindringen des Christentums wurde kein Widerstand entgegengesetzt, so daß es vom Beginn der christlichen Aera an in Malabar blühende christliche Gemeinden gibt, die sich in

dieser Atmosphäre der Duldung und gegenseitigen Achtung ungehindert entwickeln konnten.

Aus dieser Tradition heraus ist es wohl verständlich, daß das neue Indien nach der Unabhängigkeit den Begriff der Koexistenz als wichtigsten Punkt in sein innen- und außenpolitisches Programm übernahm, um so mehr, als er als Werkzeug des Freiheitskampfes in Gandhis Hand so unvorhergesehene Erfolge erzielt hatte.

So setzt also Indien dem Großmachtkomplex des Westens, der inzwischen zur Bildung von Fronten geführt hat, die die ganze Welt in zwei Teile spalten, seine Panch Sheel entgegen — jene fünf Prinzipien des friedlichen Zusammenlebens, die einst Kaiser Asoka (273—231 v. Chr.) in Stein gehauen in allen Provinzen seines Reiches aufstellen ließ. Ihr Sinn entsprach etwa der Formulierung, wie sie in der Präambel des Abkommens zwischen Indien und China vom 29. April 1954 erscheint:

1. Gegenseitige Achtung vor der Freiheit des anderen Volkes
2. Territoriale Unabhängigkeit und Souveränität
3. Nichteinmischung in die inneren und äußeren Angelegenheiten anderer Völker
4. Verzicht auf Aggression
5. Friedliche Koexistenz

In der indischen Innenpolitik führte die Anwendung dieser Prinzipien zur Bildung eines Säkularstaates, in dem Menschen verschiedener Glaubensbekenntnisse und Kulturstufen auf ihre Weise in Frieden, Sicherheit und Freiheit leben können. Ihr Einfluß auf die Außenpolitik zeigt sich in dem vorher erwähnten Abkommen zwischen Indien und China vom 29. April 1954, in einer gemeinsamen indisch-chinesischen Erklärung vom 26. Juni 1954 und in der gemeinsamen russisch-indischen Erklärung vom 11. Oktober 1954 in Moskau. Länder wie Burma, Cambodja, Ägypten, Indonesien, Laos, Polen, Viet-minh und Jugoslawien übernahmen die Panch Sheel. Die Hauptversammlung der Unesco in Montevideo nahm eine dahingehende Resolution an; die afro-asiatische Konferenz in Bandung bekannte sich einstimmig zu diesen Prinzipien und fügte fünf weitere Punkte hinzu. Ihre Wirkung trat im Fall Korea, Indochina, Suez, China, Algerien, Indonesien immer wieder zutage, und zweifellos ist diese Wirkung positiv zu werten, nicht nur im Hinblick auf Indien selbst, sondern im weiteren Zusammenhang in bezug auf Südostasien, auf den Fernen Osten und die gesamte internationale Lage.

Es mag vielleicht nützlich sein, sich vorzustellen, wie die Welt im Atomzeitalter aussehen würde, wenn Indien noch unter fremder Herrschaft, also politisch bedeutungslos wäre und nicht wie gegenwärtig durch das Volumen seines Gebietes und seiner Millionenbevölkerung und sein demokratisches Regierungssystem ein so wesentliches Gegengewicht gegen die Zerspaltung der Welt hätte darstellen können. Das Verhältnis der beiden Machtblöcke, die die Tendenz haben, sich gegenseitig auszuschließen, was in der praktischen Konsequenz und in Anbetracht der Entwicklung neuer und schrecklicher Waffen nichts weiter als gegenseitige Vernichtung bedeuten kann, hätte sich ohne das hemmende Element einer ausgleichenden Kraft, die kategorisch Frieden und Koexistenz fordert und selbst praktiziert, zweifellos mehr und mehr verschärft, bis die Katastrophe, die für keine Seite einen Gewinn, sondern für alle das Ende bedeutet, zu einer unabwendbaren Tatsache geworden wäre.

Daß es nicht so gekommen ist, kann Indien sich nicht als Verdienst anrechnen; aber die Welt wird anerkennen müssen, daß Indiens Politik, die oft so schwankend erschien und doch einer bestimmten Linie, eben der des Friedens und der Entspannung, treu blieb, ihren Teil dazu beigetragen hat.

Nehru betont in seinen Reden immer wieder, die größte Gefahr unserer Zeit bestehe darin, daß das politische Denken hinter der technischen Entwicklung zurückgeblieben sei: In seiner Rede vor der Schwedisch-Indischen Gesellschaft in Saltsjoebaden sagte er:

„Ich bin der Meinung, daß die heutige Welt einen historischen Augenblick erreicht hat, wo es unerläßlich ist, alte Denkbahnen zu verlassen, und ich glaube, daß dies möglich ist, wenn der Versuch wirklich ernsthaft unternommen wird. Wie sind wir in diese Geleise des Denkens hereingekommen? Sicher liegen die Ursachen in der Geschichte der Vergangenheit, in den durch vergangene Ereignisse geweckten Leidenschaften und Ängsten der Menschheit. Aber eben diese Ängste nötigen uns nun, jene Geleise zu verlassen und mit einem neuen frischen Verstand neue Gedanken zu denken. Ich halte die Wiederholung von Schlagworten für unrealistisch, auch wenn es gute Schlagworte sind, denn diese Wiederholung bedeutet, daß wir aufgehört haben zu denken, daß wir nur noch reagieren, statt eine neue Initiative zu ergreifen. Ich meine, man sollte versuchen umzudenken und den Schatz an gutem Willen in den Völkern der Welt und ihren verantwortlichen Führern in die Wirklichkeit umzusetzen."

Als veraltet in diesem gefährlichen Sinne bezeichnet Nehru die Politik der Militärbündnisse, der Bildung von Machtblöcken, des Kalten Krieges. Vom pragmatischen Standpunkt aus ist sie bereits gescheitert, und der Weg, der in eine bessere Zukunft führt, muß ein neuer Weg sein, ein Weg, der jedem Land die Möglichkeit gibt, sich frei zu entwickeln, eine Ordnung, die Übergriffe und Einmischung in die Angelegenheiten anderer Länder wirksam verhindert.

Das Jahr 1958, auf dessen Schwelle wir stehen, ist nicht frei von Drohung, und doch berechtigt es zu Hoffnungen auf eine fortschreitende Entspannung. Die innere Entwicklung der Sowjetunion läßt auf eine bevorstehende Lockerung und Liberalisierung innerhalb des Ostblocks schließen. In West und Ost gibt es deutliche Anzeichen, daß man des Kalten Krieges müde geworden und mehr und mehr zu Verhandlungen bereit ist, wie auch aus der Reaktion Eisenhowers und Bulganins auf Nehrus Friedensappell vom 28. November 1957 hervorgeht. Immer mehr emanzipierte Kolonialländer werfen ihren Einfluß in die Waagschale des Friedens.

Die kriegsmüde und mit Furcht erfüllte Welt scheint jetzt endlich zu der Erkenntnis zu kommen, daß den verschiedenen Systemen nichts anderes übrigbleibt, als nebeneinander zu existieren, und daß es in jedem Falle besser ist, wieder zu verhandeln, auch wenn es mühsam ist, auch wenn es Zeit kostet, als sich gegenseitig an Drohungen und Rüstungen zu überbieten und sich eines Tages umzubringen. Sollte das nicht bereits ein Anzeichen dafür sein, daß der Geist der Koexistenz sich durchzusetzen beginnt und eine Haltung zu entwickeln, die allein zu einer Stabilisierung der internationalen Verhältnisse führen kann?

Die indische Außenpolitik könnte keine bessere Bestätigung und Ermutigung zur Fortsetzung ihrer Bemühungen erfahren.

Botschafter Dr. Zairin Zain

Mehr Verständnis für Indonesien!

Der Verfasser, Botschafter Indonesiens bei der Bundesrepublik, hat als bevollmächtigter Minister seines Landes in den vergangenen Monaten den Standpunkt Indonesiens vor der UN vertreten.

Es gibt auf der Weltkarte immer noch einige „weiße Flecken", die geographisch und allgemeinwissenschaftlich noch gar nicht oder nur wenig erforscht sind. Liest man die westliche und besonders die deutsche Presse der letzten Monate, könnte man zu der Ansicht kommen, daß das riesige Inselreich Indonesien nachrichtenmäßig auch zu den „weißen Flecken" gehört. Was von den meisten Kommentatoren an angeblichen Fakten und an Schlußfolgerungen und Erläuterungen geboten wird, zeugt von einer geradezu erstaunlichen Unkenntnis. Erstaunlich ist sie vor allem deswegen, weil die Redaktionen im Zeitalter des Funks und des Flugverkehrs durchaus die Möglichkeit hätten, sich an Ort und Stelle genauer zu informieren. Leider aber macht man sich nicht einmal die Mühe, auch nur die offiziellen Dokumente der Vereinten Nationen zur Grundlage der Berichterstattung zu machen. Sonst wäre es nicht dazu gekommen, daß die meisten deutschen Zeitungen den Anlaß zur seit Wochen so heftig diskutierten Krise zwischen den Niederlanden und Indonesien völlig falsch dargestellt hätten. „Indonesien fordert sofortige Übergabe West-Neuguineas" — so etwa ist der Tenor fast aller Berichte über den Beginn der Auseinandersetzung gewesen.

Es ist ein Faktum, das nicht bestritten wird: das indonesische Volk ist in einem Zustand der Erregung, und es hat auch manche Impulshandlungen gegeben, wie sie in solchen Fällen überall in der Welt vorkommen. Warum ist das indonesische Volk erregt und warum äußerte sich diese Erregung in so demonstrativer Form? Es ist eine Binsenwahrheit: Wer auf etwas reagiert, selbst wenn er dies in heftiger, temperamentvoller Form tut, ist nicht von vornherein der Schuldige. Er kann provoziert worden sein. Und diese Provokation muß nicht eine einmalige, nach außen hin sichtbare gewesen sein. Sie kann sich auch jahrelang in schleichender Form hinziehen und immer wiederholen — bis einmal das Faß voll ist und überläuft. In diesem Falle bestand die seit Jahren schleichende Provokation in der beharrlichen Weigerung der Gegenseite, zu verhandeln. Während der Round-Table-Konferenz in Den Haag im Jahre 1949 sicherten die holländischen Vertreter Indonesien die Rückgabe Neuguineas zu, und zwar mit den dokumentarisch festgehaltenen Worten: die Übertragung der Souveränität solle „unconditional, irrevocable and complete" sein, also bedingungslos, unwiderruflich und vollständig. Aber — so sagte man uns damals — das holländische Parlament werde in seiner damaligen Zusammensetzung nicht die Mehrheit aufbringen, die dieses Versprechen der niederländischen Regierung billige. Deshalb sollten wir mit der endgültigen Übertragung der Souveränität noch ein Jahr warten. Wir haben ein Jahr gewartet — und dann kam keine Antwort. Wir baten um Verhandlungen über die Realisierung des feierlichen Versprechens; wir baten im Jahre 1950, 1951, 1952, 1953, 1954, 1955, 1956, und zum letztenmal im Jahre 1957. Was war das Ergebnis unseres wahrhaft geduldigen Wartens? Man weigerte sich, überhaupt mit uns zu verhandeln!

Wir haben jetzt vor den Vereinten Nationen nicht etwa die sofortige Rückgabe Neuguineas verlangt. Wir haben darum gebeten, die Vollversammlung möge beiden Seiten empfehlen, sich zu Verhandlungen über Neuguinea an einen Tisch zu setzen. Dies war der eindeutige Inhalt des Antrages, der den Vereinten Nationen vorgelegt wurde, und den 41 von 81 Mitgliedstaaten unterstützten. War das ein unbilliges Verlangen, um Verhandlungen zu bitten? Und kann man es einem Volke verdenken,

daß ihm einmal die Geduld reißt, wenn feierliche Versprechen immer wieder gebrochen werden und man ihm selbst das Verhandeln verweigert? Man gibt in der Presse auch selten zu, daß die offizielle holländische Regierungsdelegation in Den Haag im Jahre 1949 feierlich zugesichert hatte, Holland werde nach Ablauf eines Jahres mit Indonesien die Einzelheiten der Rückgabe West-Neuguineas aushandeln. An der Tatsache der Rückgabe selbst wurde damals überhaupt nicht gerüttelt. Und während die Zeitungen zur Verteidigung der Holländer anführen, daß die Niederlande sich jetzt nicht an dieses Abkommen zu halten brauchen, weil Indonesien im Jahre 1956 einseitig die Union mit den Niederlanden aufgelöst habe, erwähnen sie nicht, daß dieser Aktion des Jahres 1956 sechs Jahre lang wiederholte vergebliche Versuche vorausgingen, die für das Jahr 1950 zugesagte Rückgabe West-Neuguineas zu realisieren. Der Asiate schießt nicht so schnell und wird nicht schnell gewalttätig. Verhandeln und sich aussprechen — das ist ihm angeboren; er wird aber zutiefst beleidigt, wenn man sich grundsätzlich weigert, mit ihm zu verhandeln.

Es stimmt auch nicht, wenn die Presse schreibt, Indonesien wolle alle Holländer aus dem Lande weisen. Und es ist erst recht eine Irreführung der Öffentlichkeit, wenn man von einem neuen Flüchtlingselend spricht. Bisher haben nur etwa 10 000 Holländer, in erster Linie Pensionäre und nicht beruflich tätige Personen, mit ihren Familien das Land verlassen, und zwar unter völlig geordneten Umständen. Während ein im beschaulichen Bonn fern vom Schuß sitzender Journalist in einem großen Nürnberger Abendblatt am 7. Dezember meldete, die Europäer in Indonesien würden in Konzentrationslager gesperrt, bringt am 10. Dezember der holländische Journalist Calle in einem direkten Telefoninterview aus Djakarta, das über Radio Hilversum verbreitet wurde, die Mitteilung, den Holländern sei kein Haar gekrümmt, sie bekämen ganz normal ihre Lebensmittel, von Absperrungen von Strom und Wasser sei überhaupt keine Rede, ja, sie fahren sogar nach wie vor am Wochenende 40 bis 60 Kilometer weit in ihren eigenen Kraftwagen zu ihren Wochenendhäusern in den Bergen. Wer weiß es besser, der Mann, der hier in Deutschland darüber schrieb oder der Holländer Calle, der zu Holländern über den holländischen Rundfunk spricht?

Wenn viele tausend arbeitende Holländer unter dem Einfluß einer gewissen Propaganda das Land zu verlassen gedenken, weil die Initiatoren dieser Propaganda sich davon erhoffen, daß der Apparat der indonesischen Wirtschaft infolge des Fehlens dieser Fachleute zusammenbricht — dann ist das eine andere Sache. Die indonesische Wirtschaft wird nicht zusammenbrechen, wenn diese Holländer, die an sich bleiben könnten, von sich aus das Land verlassen. Es ist ein bewußt gezüchteter Zweckmythos, zu predigen „Ohne die Holländer geht es nicht". Es geht auch ohne sie, wenn auch zugegeben werden muß, daß die Übergangszeit für Indonesien schwierig sein wird. Wir haben es früher schon erlebt, daß man behauptete, die Indonesier würden allein nicht mit den Eisenbahnen, Elektrizitäts- und Gaswerken fertig werden. Aber schon seit langem werden alle diese Einrichtungen von uns allein betrieben. Und genau so wird es auch mit den Plantagen und den Handelsinstitutionen sein. Es ist in Deutschland zu wenig bekannt, daß unsere indonesische Wirtschaft jetzt noch bis zu 80 v. H. in ausländischen, vorwiegend in holländischen Händen ist. Wie soll die nationale Staatwerdung Erfolg haben, wenn die Wirtschaft eines Volkes und Staates fast restlos in fremden Händen ruht, wenn die Erträge dieser Wirtschaft weiterhin in starkem Maße ins Ausland fließen, während von den Profiten seit Jahren nichts mehr im Lande investiert wird?

Dieses Problem sollte man im Westen sehen und nicht so einseitig nur die Impulshandlungen einiger Gewerkschaftler herausstellen. Es hat auf diesem Sektor Impulsivhandlungen gegeben. Mehr oder weniger aggressive Gewerkschaftler haben eigenmächtig Beschlagnahmungen durchgeführt; diese sind jedoch inzwischen

sämtlich korrigiert worden, und im Auftrage der Regierung hat das Militär den Schutz des Eigentums übernommen. Namens meiner Regierung darf ich authentisch versichern, daß das holländische Eigentum weder nationalisiert, sozialisiert oder sonstwie enteignet wird. Dieses Eigentum ist vorläufig in treuhänderische Verwaltung übernommen worden, bis die Emotionen sich beruhigt haben. Es ist dies eine vorübergehende Maßnahme, um die Anlagen und Eigentumsrechte vor willkürlichen und unbedachten Angriffen erregter Gruppen zu schützen. Wenn es zunächst den Anschein hat, daß die Regierung Indonesiens sich hinter die impulsiven Aktionen des Volkes stellt, daß sie die Holländer zum Verlassen des Landes auffordert, dann vielleicht aus folgendem Gedanken: Man kann die Holländer nicht ewig in einer ihnen feindlichen Umgebung belassen, ohne daß dies über kurz oder lang wieder zu sogenannten „Kurzschlußreaktionen" führt, die dann vielleicht nicht mehr so völlig unblutig verlaufen, wie es in diesen Monaten absolut der Fall war. Die Holländer in Indonesien haben sich selbst dieses feindliche Milieu geschaffen. Es ist noch nicht abzusehen, wie die Endlösung aussehen wird. Daß es dabei eine den internationalen Rechtsgepflogenheiten entsprechende Regelung der Eigentumsverhältnisse geben muß und wird, entspricht durchaus der Einstellung der indonesischen Regierung.

Die Bundesrepublik und Indonesien unterhalten gute Handelsbeziehungen miteinander, doch sind diese nicht derartig verzahnt, daß wir gegenseitig völlig voneinander abhängig sind. Erfahrene Kaufleute wissen, daß man auch nicht, wie das vielfach vermutet oder gar gemeldet wurde, von einer plötzlichen Verlagerung des Indonesienhandels von Holland auf die Bundesrepublik sprechen kann. Man kann solche Dinge — sollte man sie überhaupt beabsichtigen — nicht wie ein Zauberkünstler aus dem Ärmel schütteln. Angesichts der tausendfältig ineinander verwobenen wirtschaftlichen und monetären Beziehungen aller Handelsländer können heute keine radikalen Umstellungen im Blitztempo möglich werden. Nehmen wir einmal den theoretischen Fall an, daß die Handelsbeziehungen zwischen Indonesien und den Niederlanden wirklich völlig gelöst würden, dann hätte das noch nicht zu bedeuten, daß wir die Bundesrepublik drängen werden, an die Stelle Hollands zu treten. Indonesien kann und will auch nicht ein befreundetes Land in eine Situation dängen, in der es gegenüber einem anderen mit ihm befreundeten und verbündeten Lande in eine peinliche Situation geraten würde. Wir werden nicht die Bundesrepublik, sondern einzelne Firmen rein geschäftlich fragen: Könnt und wollt Ihr uns mehr von diesen und jenen Handelsgütern verkaufen? Und wir werden fragen: Könnt Ihr von diesem oder jenem mehr als bisher kaufen? Haben die deutschen Geschäftsleute etwas zu verkaufen, oder wollen sie kaufen — nun gut, dann unterhalten wir uns über die Möglichkeiten und Bedingungen. Wollen oder können die deutschen Geschäftsleute es nicht — auch gut, dann werden wir in anderen Ländern kaufen und an andere Länder verkaufen. Das alles hat nichts mit Politik zu tun, sondern fällt ausschließlich in den Bereich des kaufmännischen Kalküls. Wir erstreben eine neue Basis der Zusammenarbeit mit ausländischen Firmen, eine Basis echter Partnerschaft, bei der es keine Ausbeutung gibt, und bei der das Ausland auch nicht zu befürchten braucht, daß das von ihm investierte Kapital auf irgendeine Weise verloren gehen kann.

In der europäischen Öffentlichkeit denkt man oftmals zu wenig daran, daß wir Asiaten in einer anderen Geisteswelt leben und daß unsere Art zu Denken nicht immer der des Westens gleich ist. Allzu oft verlangt der Westen immer wieder von uns, daß wir uns nach seiner Denkweise richten und seine Maßstäbe zu den unseren machen. Eine Bereitschaft zu gegenseitigem besseren Verständnis kann einer guten Lösung der Probleme nur dienlich sein.

Peter Nellen, MdB

Gefährliche Traumtänze

Für einen Abgeordneten des Deutschen Bundestages, seit August 1949 Mitglied der CDU/CSU-Fraktion, seit seiner Rückkehr aus Krieg und Kriegsgefangenschaft durch seine Tätigkeit im vorpolitischen und politischen Raum bekannt als ein entschiedener Gegner der bolschewistischen Ideologie und als ein scharfer Kritiker der politisch-diplomatischen Methoden der Herren im Kreml, ist es ungewöhnlich, eines „Generalangriffs auf die moralische Basis der freien Welt" bezichtigt zu werden. Das tut der „Rheinische Merkur" durch die Feder seines Paul Wilhelm Wenger. Konvenienz und Anstand verbieten es dem Angegriffenen, diese Methode so zu qualifizieren, wie sie es nach dem abgewogenen Urteil ruhig denkender und gutgesinnter Mitbürger verdient. Trotzdem: Ein solcher Angriff muß Mitbürger, Wähler und Parteifreunde, gelinde gesagt, befremden. Eng und einseitig integralistische Leser des „Rheinischen Merkur" — vielleicht nur sehr wenige — mag er in ihrer dumpfen, unkritischen Erregbarkeit zu Zornesausbrüchen und zu einer wahren Hexenjagd hinreißen. Den wirklich integral und gerade deswegen realistisch Denkenden kann er nur zu einer wohlbegründeten nüchternen Ablehnung solcher Methoden und zu einem Urteil über Wengers politisch-publizistisches Elaborat führen, das alles ander als schmeichelhaft ist.

Der „Rheinische Merkur" manövriert schon einfach dadurch tendenziös und demagogisch, daß er mit einigen allzu wenigen Zitaten aus einem acht Seiten langen Aufsatz wild um sich schlägt. Die vornehmste Pflicht, seinen Lesern die notwendige, auch nur einigermaßen vollständige und gerade dadurch erst wahrheitsgemäße Unterrichtung über das, was so heftig angegriffen wird, zu bieten, scheint für Wenger nur eine Pflicht und Sorge zweiten, sehr minderen Ranges zu sein. Auf die tiefgründige Verachtung, die der „Rheinische Merkur" dadurch seinem Leser gegenüber offenbart, daß er dessen Einsicht und Urteilskraft kaum, seine Emotion um so stärker anspricht, sei nur beiläufig hingewiesen.

Wir sind nicht naiv genug, darin nur einen Verstoß gegen den „demokratischen Stil", ein bedauerliches Ausgleiten, ein Danebengreifen im Ton zu erblicken, sondern glauben darin die Absicht und die allmählich zu einer gewissen Vollkommenheit entwickelte Methode zu erkennen, mit der man einer echt abendländischen und christlichen Tradition der Achtung vor der Person und des anständigen, ehrenhaften Umgangs mit anderen, auch im politischen Meinungsstreit, keinen guten Dienst tut. Mit diesem überschrill klingenden Fanfarenstoß zu Hexenjagd und Verketzerung gerät man in die höchst verderbliche Nähe totalitärer Methoden und schwächt all jene Positionen, die man nicht nur zu halten, sondern bewußt zu verteidigen vorgibt. Zur diskriminierenden Abstempelung und zur sachverzerrenden, damit höchst zweifelhaften und gefährlichen Vereinfachung ist man allzu schnell bereit. Wenger nennt Namen wie Chruschtschow (KPdSU), Wehner (SPD), Nellen (CDU) schlicht und grob, massiv und wohlbedacht in einem Atemzug. Und schon ist ein zurechtgemachter, kraß eingefärbter Popanz aus einem imaginären Schlund bolschewistischer Teufelei, marxistischer Verruchtheit, koexistenzialistischer und deswegen selbstmörderischer Ignoranz beschworen und zum Abschuß freigegeben.

Es muß tiefste Besorgnis erregen, daß eine Analyse der weltweit beachteten Reden Kennans und auch einige schlicht-realistische Anwendungen seiner Darlegungen und Erkenntnisse eine solch massive und sachlich nicht begründete Abwehr erregen, während sie den Verfasser des angegriffenen Zeitschriftenartikels fast wie Gemeinplätze und Selbstverständlichkeiten anmuten, über die man allerdings nicht gern

diskutiert und die für manchen Bundesrepublikaner zum Tabu geworden sind. Er will sich ihnen nicht stellen. Leider wartet er, bis politische Fragen, schwere und unausweichliche Aufgaben, entweder von der Opposition oder von auswärtigen Regierungen, mögen sie im befreundeten Westen oder im gegnerischen Osten sitzen, an ihn herangebracht werden. Das scheint uns sehr gefährlich, ja auf die Dauer geradezu unverantwortlich.

Man darf nach Herrn Wenger nicht darauf aufmerksam machen, daß die Russen als politische Macht sowohl mit ihrer heutigen von uns abgelehnten Ideologie, als auch ohne diese Ideologie und sogar bei manierlichen diplomatischen Methoden eine europäische und Weltrealität ersten Ranges sind. Sofort wird man verdächtigt, vor einem einzigen politischen Kontinent „von Wladiwostock bis Gibraltar" defaitistisch kapituliert zu haben. Aus der tragisch überheblichen Simplifikation des großen Korsen, der da beiläufig meinte, man brauche nur beim Russen ein wenig Lack abzukratzen, um dann auf den Asiaten zu stoßen, aus seiner unrealistischen und deswegen den Untergang provozierenden, trotzig bornierten Unterschätzung jenes Rußlands, als zumindest auch einer europäischen Potenz, hat man nichts gelernt. Daß dieser, wie die Angelsachsen es richtig ausdrücken, Orbit, wie die UdSSR es ist, unser Nachbar, vierte Besatzungsmacht, Mitunterzeichnerin des Potsdamer Abkommens ist, scheint den abendländisch-politischen Traumtanz Wengers nicht zu stören. Daß diese Riesenmacht nach ihrer Befreiung vom Tatarenjoch seit mindestens 450 Jahren im Zuge ihrer stetigen Hinwendung zum Westen wegen ihrer Größe und Potenz immer gefährlich bleibt, daß man aber gerade deswegen ein echtes politisches Arrangement jenseits aller so oft falsch verstandenen Politik der Stärke erstreben muß, leuchtet nicht ein. Der „Rheinische Merkur" sollte sich an der Verhandlungsführung des Bundeskanzlers in Moskau und an dessen bemerkenswerten programmatischen Äußerungen auf der letzten Nato-Konferenz in Paris nur ein wenig an Unterweisung und politischer Weisung holen. Welche Vorstellungen macht er sich überhaupt von den Beziehungen zwischen Großmächten, von denen man niemals eine freiwillige Kapitulation, ja, noch nicht einmal einen Gesichts- oder Prestigeverlust erwarten, geschweige denn erpressen kann. Glaubt er an der so notvoll schweren Aufgabe einer europäischen Neuordnung, mit den von uns allen gewünschten evolutionären und freiheitlichen Entwicklungen im westslawischen Raum und besonders mit den realistisch-auszuhandelnden, noch wichtigeren Folgen für ein wiedervereinigendes Deutschland, vorbeikommen zu können, indem er einseitig auf die Amerikaner blickt? Ist der Vorschlag oder vielleicht sogar der Plan einer militärisch verdünnten und atomwaffenfreien Zone im Herzraum Europas, der nicht nur das geteilte Deutschland umfaßt und der die gefährliche kriegerische Begegnung der beiden Flügelmächte verhindern könnte, so abwegig? Verdient er unbegründete Abweisung schon vor der Schwelle eines Gesprächs? Selbstverständlich müßte ein solcher Raum vertraglich vereinbart, gesichert und ebenso vertraglich wirkungsvoll kontrolliert sein. Verdient schon die ernsthafte Erwägung eines solchen Gedankens den Vorwurf, man mache sich die billigste Ami-go-home-Parole zu eigen? Wenn einem der Rückzug der Roten Armee bis hinter die Westgrenzen der UdSSR nicht nur wünschenswert, sondern im Interesse einer dauernden Friedensordnung, ja, als eine ihrer wichtigsten Voraussetzungen geradezu notwendig erscheint, dann — wir wagen es zu wiederholen — kann man nicht die USA-Kräfte dort fixieren wollen, wo sie heute stehen.

Unsere ideologische Position, unsere Zugehörigkeit zur westlichen Welt, unsere Sympathie für eine europäisch-atlantische Friedensordnung ist so über jeden Zweifel erhaben, daß wir weder jetzt noch in Zukunft daran denken, ein solches „Arrangement" gegen die Führungsmacht der westlichen Welt und ohne sie ins Auge zu fassen. Das kann uns aber andererseits nicht dazu bringen, die östliche Führungs-

macht — die auf unserem Kontinent angesiedelt ist — aus dem Spiel zu lassen und wie eine quantité négligeable zu behandeln. Wir wagen das auszusprechen trotz unserer ideologischen Gegnerschaft und trotz unserer unvergeßlichen, zum Teil sehr bösen Erfahrungen mit den Methoden dieser Macht. Wir wagen es besonders zu sagen, nachdem die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Moskau den entscheidenden und entschiedenen politischen Willen der Bundesrepublik bekundet hat, normale, d. h. realistische Beziehungen mit Moskau zu unterhalten. Aber auch damals schon hat Herr Wenger lamentiert. Seine politischen Vorstellungen sind rein deduktiv. Sie gehen aus von einer zu bekämpfenden Ideologie und verstellen sich dadurch jeden möglichen Weg zu dem, was allein die furchtbarste Katastrophe verhindern kann: zum realistischen Gespräch, zu den ach so mühsamen, herkömmlichen politisch-diplomatischen Methoden. Es mutet geradezu wie ein tragischer und verzweifelter Trotz an, daß diese politische Haltung immer nur in wilder Einseitigkeit den Status quo der heutigen Nato-Politik, der weiter gesteigerten Aufrüstung, der Verhärtung der Blockfronten und leider, eingeschlossenermaßen, dann auch die Teilung Deutschlands in Kauf nehmend, zementiert und ausbaut. Sie ist nicht bereit, das zweifellos in Gespräch und Verhandlungen mit Moskau immer vorhandene Risiko an dem allein vergleichbaren anderen Risiko zu messen, nämlich der Flucht in den atomaren Paroxysmus. Wenn man das ausspricht, wird einem schrill entgegengeschmettert, man mache sich töricht, leichtsinnig, böswillig oder sogar vorsätzlich zum Handlanger der Atompsychose und diene damit den raffiniertesten russischen Absichten. Hier ist dann leider nicht mehr zu helfen. Man müßte diese zornigen Verdächtiger sich selbst und ihrem beklagenswerten Rasen überlassen — wenn nicht alles so gefährlich wäre, wenn die Stunde, von vielen der Besten, Klügsten und Verantwortlichsten angezeigt, nicht gebieterisch danach verlangte, alle Verkürzungen und gefährlichen Simplifikationen beiseite zu schieben, nüchtern, mit großer Vorsicht und mit dem schwerem Gepäck leidvollster und nicht leichthin ermutigender Erfahrungen endlich mit beiden Weltmächten ins Gespräch zu kommen. Nur dadurch kann die schauerliche Unordnung und die Koexistenz in reiner Furcht und in Schrecken entzerrt werden. Nur so werden weitere ganz besonders uns Deutsche am Herzen liegende Lösungen europäischer und deutscher Probleme vorbereitet.

Wollen wir uns gegenseitig bei diesen schweren Sorgen und bei diesen Aufgaben vor dem atomaren Hintergrund unserer Zeit nicht auch etwas besser behandeln? Kann die so unendlich schwierige politische Diagnose unserer Zeit und die lebensrettende Heilung ihrer Nöte nicht überhaupt nur in dem gewiß schwierigen Dialog zwischen Gutgesinnten, manchmal sehr heftig Wollenden gefunden werden?

Paul Schallück

Das Fuldaer Manifest

Das gutbürgerliche Geräusch knallender Sektkorken, pfeifender Raketen und sich beglückwünschender Passanten ist verhallt; die Zeit der guten Vorsätze und Versprechungen für zwölf Monate dahin. Nicht etwa in solch gemütlichem Festgetöse oder in einer der üblichen, recht human gehaltenen und erfahrungsgemäß nicht sonderlich konsequenzenreichen Silvesteransprachen, sondern bereits im Dezember, auf dem glatten Parkett der Diplomatie, auf der Nato-Gipfel-Konferenz in Paris nämlich, hatte der deutsche Bundeskanzler gesagt: „Ich würde keine Bedenken haben, den Versuch zu machen, auf diplomatischem Wege bei der Sowjetregierung zu klären, welche präzisen Pläne sie mit diesen Vorstellungen verbindet." Dr. Adenauer reagierte damit auf den Brief des sowjetischen Ministerpräsidenten Bulganin, der ihm vor der Pariser Konferenz zugegangen war. Europa, die Nato-Staaten, die ganze westliche Welt horchten auf, als sei ihnen ein Wunder verkündet worden. Die Verwunderung der Politiker und der Öffentlichkeit wuchs vermutlich nicht aus der Vorstellung, man könne ja auch mal „auf diplomatischem Wege bei der Sowjetregierung" etwas zu klären versuchen. Dieses Mittel politischer Tätigkeit dürfte, wenn auch hier und dort vergessen, noch immer gegenwärtig sein. Die Verwunderung wuchs aus der Tatsache, daß es der Regierungschef der westdeutschen Bundesrepublik war, aus dessen Mund — spontan oder aus taktischen Erwägungen — diese Worte kamen. Der Bundeskanzler hatte nicht wie seit Jahr und Tag durch ein Seitenmundstück in das nordamerikanische Horn gestoßen, das mit mannhafter Blindheit von Präsident Eisenhowers Außenminister, J. F. Dulles, gehalten wird; er hatte nicht die Politik der Stärke ein weiteres Mal proklamiert, sondern — spontan oder aus taktischen Erwägungen — der deutschen Volksmeinung nachgegeben und auch Verhandlungen mit Rußland vorgeschlagen.

In diese hoffnungsvolle Weihnachts- und Silvester-Stimmung knallte dann aber zu Neujahr, von Fulda, der sogenannten „mitteldeutschen Bonifatius-Stadt am Eisernen Vorhang", aus abgeschossen, ein seltsames, nicht eben ohrenbetäubendes, aber empfindliche Ohren doch peinigendes Silvester-Pfeifen.

Einundzwanzig namhafte katholische Persönlichkeiten, führende katholische Männer aus der Bundesrepublik, vornehmlich des katholischen Männerwerkes, unter ihnen Johannes Even, Josef Gockeln, Friedrich August von der Heydte, Süsterhenn und Alois Hundhammer, wenden sich unter dem Titel „Letzter Appell" an die Öffentlichkeit. „In großer Sorge um den Weg des deutschen Volkes und um das Schicksal Deutschlands und ganz Europas" wenden sie sich „an der Jahreswende 1957/58 an alle deutschen Männer und Frauen, die in der politischen Führung stehen. Angesichts alarmierender Anzeichen einer neuen Fehlentwicklung der deutschen Politik erheben wir unsere Stimme von Fulda aus. Um zu verhindern, daß unser ganzes Volk und ganz Europa in eine neue Katastrophe hineintreiben, bitten wir inständig alle vor Gott und der Geschichte Verantwortung tragenden Landsleute, über weltanschauliche und parteipolitische Gegensätze hinweg, in den kommenden Wochen und Monaten stets folgenden Grundtatsachen der politischen Wirklichkeit eingedenk zu sein."

Die Verfasser dieser Kundgebung gehören zu eben dem Kreis, der während des letzten Wahlkampfes mit ihrer „Aktion 57" eine Katastrophenstimmung zu verbreiten suchten. Nun sind sie ein zweites Mal dabei, das Weltende vorauszusagen, wenn nicht... Nun, wie stellen sich die namhaften Persönlichkeiten in ihrem so apokalyptisch klingenden „Letzten Appell" die Grundtatsachen der

politischen Wirklichkeit, vor allem aber die neue, diesmal nicht nur innenpolitische, sondern europäische, weltweite Katastrophe vor? Recht einfach oder geradeheraus oder primitiv, jedenfalls in der markanten Redensart zeitgemäßer Simplifikateure. Die Wirklichkeit und die drohende Katastrophe heißt für sie: Kommunismus, Bolschewismus, Rußland, Sowjetunion.

Die führenden katholischen Männer drücken alle Farbschattierungen zwischen Rot und Schwarz, die sich in ihren ideologischen Tuben befinden, heraus und malen ein düsteres, endzeitliches Gemälde. Sie sprechen von dem unveränderten Drang des Kommunismus nach Weltbolschewisierung. Sie nennen, ohne sich eines einzigen Beweises zu bemühen, die Sowjetunion einen Staat, der keine Vertragstreue kennt. „Ein Leben und eine deutsche Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit sind endgültig gescheitert, wenn diese im wesentlichen lediglich durch Verträge und Abmachungen mit der Sowjetunion gesichert werden sollen." Die katholischen Männer schlagen noch immer, oder schon wieder, die bösen Intellektuellen ins Gesicht, „die in totaler Verkennung der unabänderlichen Grundsätze des Kommunismus mit diesem im Zeichen des Friedens und des sozialen Fortschritts ein Koexistenz-Verhältnis einzugehen bereit waren" und sind. Diese Intellektuellen „in ihrer unterstützenden Funktion der jeweiligen bolschewistischen Machtergreifung" und Versklavung werden von den Persönlichkeiten mit den Worten des italienischen Kommunistenführers Togliatti „nützliche Idioten" genannt. „Der Bolschewismus ist eine totalitäre Weltanschauung, die konsequent und unerbittlich die totale Unterwerfung des seiner Freiheit und Würde beraubten Menschen verlangt." Die Namhaften sprechen prophetisch „von der schicksalhaften Aktualität ... die die Budapester Entscheidungs-Situation des Jahres 1956 ... für Deutschland und den Westen in den kommenden zwei Jahren" haben werde. Sie bitten daher, „die Einigung Europas und seine militärische Verteidigung mit allen zweckdienlichen Mitteln voranzutragen." Sie setzen den bösen Willen der Sowjets voraus, Europa zu überfallen. Sie wollen keinem Politiker erlauben, vor dieser sogenannten politischen Wirklichkeit „in selbsttrügerischer Verblendung geistig, politisch und moralisch zu kapitulieren oder mit ihr verantwortungslos zu experimentieren". Das ist der Sinn dieses „Letzten Appells" aus der „Bonifatius-Stadt am Eisernen Vorhang". „Gott gebe unsern politischen Führern und uns allen die Kraft der richtigen Erkenntnis und des mutigen und entschlossenen Durchhaltens im weltweiten Kampf um die Rettung des Menschen."

Ich möchte das Fuldaer Manifest eine bittere Silvesterspeise nennen. O nein, ich beabsichtige nicht, die Sowjetunion zu einem vorbildlich vertragstreuen Partner zu ernennen. Welchen Staat dieser Erde dürfte man so zu ehren versuchen? Ich bezweifle auch nicht das immanente Missions-Streben der kommunistischen Lehre, sich über die ganze Welt auszubreiten. Missionarische Bemühungen gibt es auch andernorts. Und es würde vielleicht sogar fruchtbar sein, auch über diese und manch andere Parolen oder Feststellungen zu diskutieren, sich neue Kenntnisse, sich Aufklärung zu verschaffen, mit neuen Kenntnissen diese Behauptung fallen zu lassen, jene zu korrigieren oder die dritte zu erhärten. Aber ich frage mich, welche Diskussionen nach einer so massiven Undifferenziertheit, nach dieser rein emotionellen Katastrophen-Bläserei, nach einem apodiktisch „Letzten Appell" überhaupt noch möglich sind.

Ich vermag es nicht anders zu lesen und zu sehen: Das Fuldaer Manifest ist ein Verzicht auf eine wesentliche menschliche Fähigkeit: auf das Gespräch. Die Sprache, die Beziehungen schafft zwischen dem Du und dem Ich, das Hören und Antworten, das Gespräch sind vielleicht keinem so sehr in die Verantwortung gegeben wie dem Schriftsteller.

Das mag der Grund sein, warum sich hier ein Schriftsteller zu so eminent politischen Dingen zu äußern wagt. Meinen die namhaften katholischen Männer, die menschliche Fähigkeit zum Gespräch habe in der so verräterisch oft zitierten Realpolitik nichts mehr zu suchen? Wenn die Menschen und die Mächte nicht mehr miteinander sprechen, sprechen können oder sprechen wollen, müssen dann nicht notwendigerweise die Bomben ihr Gebrüll anheben und die Raketen ihr vernichtendes Pfeifen, um mit den Spannungen fertig zu werden, die naturgemäß zwischen den Menschen und Mächten bestehen?

Die führenden katholischen Männer des „Letzten Appells" wollen aber offensichtlich mit ihren politischen Gegnern nicht sprechen, sich nicht mit ihnen sprechend auseinandersetzen und die gegnerischen Absichten von Mal zu Mal prüfen. Sie empfehlen, sie bitten darum, nur noch zu rüsten. Sie haben nicht ausdrücklich gesagt, daß sie auf Gespräche, Verhandlungen, Erkundungen verzichten. Aber sie haben den politischen Gegner, in diesem Falle die Sowjetunion, mit ihren Farbschattierungen zwischen Rot und Schwarz wie einen Teufel an die Wand gemalt: sie haben den Gegner zum Teufel erklärt. Mit einem Teufel kann man nicht mehr sprechen, mit einem Teufel kann man nicht mehr verhandeln. Einen Teufel kann man nur noch mit der Politik der Stärke behandeln. Gegen einen Teufel kann man nur noch rüsten. Einen Teufel kann man nur vernichten, mit klassischen Waffen, mit „sauberen" A- oder unsauberen H-Bomben und Raketengeschossen.

Und zum Werk solcher Verteufelung wird ausgerechnet Bonifatius angerufen. Offenbar ist den letzten Appellanten auch folgende Überlegung nicht gekommen: Einen Menschen — und so lange uns nichts Gegenteiliges zu Ohren kommt, müssen wir wohl auch die Kommunisten diesseits oder jenseits des Eisernen Vorhangs für Menschen halten — einen Menschen zum Teufel erklären, ausdrücklich oder zwischen den Zeilen, das heißt theologisch gesprochen, ihm den Willen und die Möglichkeit, erlöst zu werden, absprechen; ihn der Sünde wider den heiligen Geist bezichtigen. Heißt das christlich gedacht? Oder heißt das etwa — wenn ich mich noch einmal jener Theologie bedienen darf, an die sich ja die katholischen Persönlichkeiten gebunden wissen — bedeutet das nicht, sich über den Heiligen Geist stellen, sich das Urteil Gottes anmaßen? Und zu solchem Werk wird ausgerechnet der Heilige Bonifatius angerufen. Was, frage ich mich, werden die katholischen Bischöfe Westdeutschlands zu solch unchristlichem Verhalten ihres katholischen Männerwerkes sagen? Und was sagt dazu der Papst? Stimmen die Fuldaer Katholiken noch überein mit den Mahnungen des Heiligen Vaters, der wiederholt das Wettrüsten geächtet und zu Verhandlungen aufgerufen hat, der vor einigen Monaten den Leiter der Katholischen Aktion Italiens nach Moskau schickte? Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken, also Carl Fürst zu L ö w e n s t e i n, hat sich allerdings von dem Fuldaer Manifest distanziert und eilends dementiert, er habe sich auch in die Reihe der letzten Appellanten gestellt. Ein Dementi war notwendig geworden, als eine westdeutsche Agentur die Unterschrift des Fürsten Löwenstein unter das Manifest gemeldet hatte. Diese Meldung nennt das Zentralkomitee kurz und bündig eine „Falschmeldung". Das ist ein Trost, läßt allerdings die Fuldaer Manifestanten als Außenseiter, als Sektierer erscheinen.

Sektierer wohl auch im politischen Sinne. Es will doch so scheinen, als hätten die Fuldaer den Namen des nordamerikanischen Historikers und Diplomaten G. F. K e n n a n nie gehört, der in einigen Vorträgen am englischen Rundfunk vor der ausschließlich militärisch-strategisch verstandenen Sicherheit gewarnt hat, und Bundespräsident H e u s s hat in seiner Silvesteransprache deutlich und positiv auf die Gedanken G. F. Kennans hingewiesen; es will so scheinen, als hätten die katholischen

Persönlichkeiten keine Kenntnis von den lebhaften Debatten im gesamten Westen über Kennans Gedanken und Vorschläge, die alle einen Weg zu Verhandlungen suchen; als hätten sie auch die Worte des Bundeskanzlers in Paris nicht vernommen.

Oder müssen wir annehmen, daß sie diese verheißungsvollen Sätze Dr. Adenauers wohl gehört haben, aber nicht an sie glauben mögen, weil Dr. Adenauer in Paris, abgesehen von seiner sensationellen Verhandlungsbereitschaft, mit Mister Dulles darüber einig war, daß Ost-West-Verhandlungen im Augenblick so gut wie keine Aussicht auf Erfolg hätten, da ja doch beide Seiten auf ihren Standpunkten beharrten? Hatte der Bundeskanzler nicht auch den Rapacki-Plan der „Atomfreien Zone", der nunmehr in der ganzen westlichen Welt diskutiert wird, mit einer etwas voreiligen Bemerkung — „Da steckt doch nichts drin!" — beiseite geschoben? Hatte er nicht erklärt: „Den Staat möchte ich sehen, der nein sagt, wenn ihm erklärt wird, aus militärischen Gründen muß dieses und jenes zu deinem Schutz getan werden?"

Vielleicht stimmt es, was hier und dort in der westdeutschen Presse zu lesen war: daß nämlich der westdeutsche Bundeskanzler nicht nach Gesprächen, nicht nach Verhandlungen mit Moskau ausschaue; was er brauche, seien gescheiterte Verhandlungen, ein Alibi, um Westdeutschland doch noch zu einer Raketenbasis der USA zu machen. Vielleicht gibt es einen verheimlichten Draht von Bonn nach Fulda. Vielleicht versucht Bonn, der Bundeskanzler oder das Auswärtige Amt, auf dem Umweg über Fulda die deutsche Volksmeinung zu ändern, die ohne jeden Zweifel nach Verhandlungen mit Moskau verlangt. Vielleicht.

Trotzdem sollten wir nicht müde werden, den Bundeskanzler beim Wort zu nehmen und ihn unablässig daran zu mahnen, was er in Paris gesagt hat: „Ich würde keine Bedenken haben, den Versuch zu machen, auf diplomatischem Wege bei der Sowjetregierung zu klären, welche präzisen Pläne sie mit diesen Vorstellungen verbindet." Er soll verhandeln, prüfen, erkunden — von Bonn, nicht von Fulda aus. Denn daß der Mensch mit dem Menschen sprechen kann und spricht, begründet sein Wesen, seine Würde und seinen Frieden.

Dr. Hermann Rauschning

Durchbruch zur Realpolitik

Die Nato-Konferenz ist trotz dem hochgespielten Erscheinen des amerikanischen Präsidenten Eisenhower in Paris nicht das große politische Ereignis geworden, das vielfach erwartet wurde. Sie war nicht viel mehr als eine Stillhalteaktion. Die zentrifugalen Kräfte sind zwar nicht äußerlich wirksam, aber doch deutlich sichtbar geworden. Zu wirklichen Entscheidungen ist es nicht gekommen; sie sind vertagt. Die Vereinigten Staaten haben zwar ihr Ziel erreicht. Die Errichtung von Raketenbasen ist beschlossen; aber die Entscheidung über die Durchführung und der Standort ist Einzelverhandlungen der Mitgliederstaaten mit Amerika vorbehalten. Die Einheit ist formell gewahrt. Der Präsident hat eine Ansprache gehalten, deren Zweck die Stärkung der moralischen Widerstandskräfte war. Man darf sagen, daß sie von ihm so gemeint war, wie sie gehalten wurde, von den weniger mit gro-

ßen Friedensimpulsen beseelten Politikern aber blasiert, wenn nicht enttäuscht, entgegengenommen wurde. Sie enthält nicht den geringsten praktischen Vorschlag zur Lösung der Vertrauenskrise, die durch die Vorder- und Hinterstuben der Politiker aller Nato-Staaten nebelt. Aber eins ist im Durchbruch, und das ist als ein entscheidender Fortschritt zu verzeichnen. Unter den europäischen Mitgliedstaaten des Atlantischen Bündnissystems und in Amerika selbst, wenn auch noch nicht in den Regierungskreisen, beginnt sich endlich die Erkenntnis durchzusetzen, daß das Zentralproblem nicht die Art und Stärke der militärischen Rüstung ist, sondern die dem Bündnis zugrundeliegende Politik. Es beginnt klar zu werden, daß militärische Einrichtungen und strategische Pläne allenfalls die Mittel einer Politik, nicht aber schon diese selbst sind.

Zwar stand hinter dem Atlantischen Bündnissystem eine politische Konzeption. Aber sie ist mehr und mehr durch bloße Machtmittel verdrängt worden. Stark zu werden, überstark zu werden, war der eigentliche politische Tenor der Alliance. Dahinter verschwand das ursprüngliche Ziel der Eingrenzung der gegnerischen Macht oder später ihrer Rückdrängung, und damit auch die kritische Frage, ob eine solche Politik sinnvoll und überhaupt möglich ist. Stark zu sein, wurde Selbstzweck. Die Politik wurde von ihren Mitteln aufgezehrt. Dies beginnt heute endlich einem größeren Kreise von Politikern auch in den Vereinigten Staaten aufzugehen. In einer recht beachtlichen Reihe nachdenklicher Pressestimmen aller Länder meldet sich der Zweifel über die Politik, die sich der Nato als ihres Hauptmittels bedient, und damit kommt eine Diskussion in Gang, von der man hoffen kann, daß sie bis zum Grund der bisherigen Fehlschläge in den Bemühungen um Entspannung und Frieden durchdringt.

Im Vordergrund der Erörterungen stehen freilich immer noch die Fragen der Rüstung. Der Schock über die Überlegenheit oder mindestens Gleichrangigkeit der russischen mit der amerikanischen Rüstung ist noch nicht überwunden. Er hat zu dem Vorschlag eines künftigen Militärbudgets von über 39 Milliarden Dollar, das sind ca. 160 Milliarden DM, und zu einer Nachforderung für die beschleunigte Durchführung des amerikanischen Raketenprogrammes geführt. Es hat auch nicht den Anschein, als ob die bisherige amerikanische Ablehnung von neuen internationalen Konferenzen einer anderen Ansicht Platz machen würde. Außenminister Dulles hat erst kürzlich vor dem Auswärtigen Ausschuß in Washington eine Gipfelkonferenz als nutzlos erklärt. Das ist von seinem bisher eingenommenen Standpunkt aus logisch, weil das Grundprogramm seiner Politik bisher war, ernsthaften Verhandlungen solange auszuweichen, bis der Westen eine entschiedene militärische Überlegenheit über den Osten erreicht habe. In dem Augenblick, in dem statt dessen die Stärke des Gegners sichtbar wird und die erwartete Position der Stärke, aus der verhandelt werden könnte, mindestens sich vorübergehend in eine solche der Schwäche verwandelt, verbieten sich für diese Politik Verhandlungen noch mehr als bisher.

Aber die Position und das Ansehen von Dulles als außenpolitischem Berater und Exekutor des Präsidenten ist nie schwächer gewesen als gegenwärtig. Zwar scheut man sich in aller Klarheit festzustellen, daß es die Außenpolitik von Dulles sei, die völlig gescheitert ist; denn diese Politik wurde mehr oder weniger von beiden Parteien, mindestens in ihrer Grundkonzeption, gutgeheißen. Daher konzentriert sich der öffentliche Unwille auf die technischen Rüstungsfragen, auf die Überlegenheit Sowjetrußlands auf dem Gebiet der Fernraketen und solche im Grunde zweitrangigen Ereignisse wie die Priorität Rußlands in den Erdsatelliten. Aber das seit langem schwebende Mißtrauen gegen die Geeignetheit der Dullesschen Politik ist offen ausgebrochen. Zum Teil verbirgt sich das hinter einer Kritik seiner unangebrachten Äußerungen, seiner eklatanten Taktlosigkeiten. Aber das Urteil des „common man", des Mannes der Straße, die öffentliche Meinung, die man im Gespräch

erfährt und die hierzulande von erheblichem Gewicht ist — im Gegensatz zur Bundesrepublik —, ist in ihrem Spott vernichtend. Man fragt, was denn das für eine Politik sei, die statt Gegner auseinanderzumanövrieren, wie China und Sowjetrußland, sie erst recht zueinander zwingt. Man fragt nach dem Ziel einer Politik, die uns immer weiter vom Frieden abbringt, statt ihn näher zu bringen. Am bittersten aber entlud sich die eigentliche Stimmung in zwei Witzworten, die man hier jüngst hören konnte: die Politik sei schon immer dull, werde immer duller und sei jetzt vollends Dulles. Oder in dem anderen: die Deutschen hätten neuerdings ihre Nationalhymne geändert und sängen jetzt „Deutschland, Deutschland über Dulles".

Dieser letzte Ausspruch beruht auf einem sonderbaren Mißverständnis, wenn man es ein solches nennen darf. Die New York Herald Tribune hatte einen Artikel gebracht, in dem Bundeskanzler Adenauer unterstellt wurde, er habe seine bisherige Bundespolitik geändert, er sei von Dulles abgefallen und habe sich sozusagen zum Sprecher des „Neutralismus" gemacht, der Europa neuerdings zu befallen drohe. Er befürworte Gespräche mit Rußland und mache die Durchführung des Raketenprogramms von dem Ausgang solcher Gespräche abhängig. Die Meinung, Adenauer habe seinen politischen Meister Dulles im Stich gelassen und sei an die Spitze der Opposition gegen ihn getreten, machte auch die Runde in vielen wichtigen Provinzblättern und hat nicht wenig dazu beigetragen, die öffentliche Meinung in den USA aufmerken zu lassen. Es bleibe dahingestellt, ob die politische Ansicht des Kanzlers richtig wiedergegeben wurde. In jedem Fall hat sich gezeigt, wie bedeutsam eine unabhängigere Politik der Bundesrepublik für die gesamtpolitische Entwicklung sein k ö n n t e, und wie sehr man mit der Möglichkeit einer solchen rechnet — ohne zu der so törichten, von wahrhaft kleinbürgerlichen Ansichten über die Politik ausgehenden Befürchtung Anlaß zu geben, die mir häufig während meiner Reise in Deutschland 1954/55 entgegengehalten wurde, Amerika werde Deutschland „im Stich lassen", wenn es nicht in allem nach amerikanischem Willen handle. Man erinnert sich jener von den Bonner Politikern längst begrabenen Episode aus dem Frühjahr 1955, als Präsident Eisenhower in einer Pressekonferenz offen zugestand, die Bildung eines Gürtels neutraler Staaten zwischen West und Ost sei eine unter Umständen annehmbare Lösung, vorausgesetzt, daß keine Machtvakuen dadurch entständen. Das konnte sehr wohl als ein Wink zum Versuch einer von der bisherigen politischen Linie weit abweichenden Friedenspolitik aufgefaßt werden. Es war damals Bonn, das sich mit an Entrüstung grenzender Entschlossenheit für die Beibehaltung der „Politik der Stärke" einsetzte und Amerika die Richtigkeit des mephistophelischen Wortes demonstrierte: „Am Ende hängen wir doch ab von Kreaturen, die wir machten."

Die Diskussion über die Richtigkeit der bisherigen Außenpolitik und nicht mehr allein über die Zulänglichkeit der Rüstungen beginnt in Gang zu kommen. Darüber täuscht sich hier niemand mehr. Die Fronten heben sich schärfer ab, die Gegensätze versteifen sich. Auf der einen Seite gewinnen die Militärs, die es „schon immer gesagt" und gewarnt haben, das Ohr einer entschlossenen Minderheit. Auf der anderen Seite unterscheidet man klarer als bisher zwischen den Problemen der militärischen Sicherung und denen einer Politik, die zu einem Frieden führen könne. Man fragt sich, ob beide Ziele ohne weiteres miteinander identisch seien, ob sie in Übereinstimmung miteinander gebracht werden können oder ob sie sich nicht vielmehr zum Teil ausschlössen. Es gibt bereits Stimmen, die den Vorwurf einer militärischen Politik gegen die bisherigen Konzeptionen erheben und die die Fragwürdigkeit jeder Politik, die n u r Sicherheit und in erster Linie eine solche sich zum Ziel setzt, aussprechen, und die den Begriff einer „wasserdichten" Sicherheit in unserer Lage überhaupt als problematisch bezeichnen. Man wird damit rechnen müssen, daß sich in den kommenden Monaten ein zäher und undurchsichtiger Kampf dieser beiden

politischen Lager abspielen wird, der keineswegs zwischen den beiden politischen Parteien ausgetragen wird, sondern eigene Linien quer durch alle politischen und sozialen Parteien und Gruppen zeigt. Man wird annehmen dürfen, daß die amerikanische Nation in ihrer überwältigenden Mehrheit für eine Revision der Politik im Sinne eines dauerhaften Friedens ist, ohne sich indessen darüber klar zu sein, wie eine solche Politik zu artikulieren und allmählich zu verwirklichen sein würde. Man weiß nur, daß die bisherige Politik nicht zum Ziel geführt hat und nicht zum Frieden führen kann. Man wird indessen das andere Lager nicht unterschätzen dürfen. Hier besteht eine Beurteilung der politischen Notwendigkeiten, die nicht bloß zum Zweifel, sondern über ihn hinaus zur Entscheidung führt und damit zum entschlossenen Handeln. Hier ist daher ein stärkerer Wille vorhanden.

Wenn man die Überlegungen dieses Lagers auf einen kurzen Nenner bringen will, dann ist es die Einsicht in die Unvermeidbarkeit des Krieges. Die technischen Fortschritte der Sowjetunion haben die Argumente verstärkt, nicht entkräftet. Die hinter dieser Ansicht stehenden Personenkreise haben sich für die bisherige Politik der „Eingrenzung" und der „Rückdrängung" in der Annahme entschlossen, daß es auf solche Weise gelingen würde, allmählich den Gegner ohne wirklichen Einsatz der Machtmittel zu Boden zu ringen, sei es, daß er in sich zerfalle, sei es, daß er sich so gründlichen inneren und außenpolitischen Wandlungen unterwerfe, daß eine Gefahr für Amerika und seine Lebensordnung nicht mehr bestehe. Daß weder das eine noch das andere durch die bisherige Politik erreichbar sei, zwingt zu der Schlußfolgerung, daß der Krieg ausgetragen werden müsse. Die Beweggründe sind sowohl militärischer wie wirtschaftlicher und sozialer Art. Ein Nebeneinander der beiden Ordnungssysteme wird für nicht möglich gehalten. Die materielle Unterlegenheit der liberalen Ordnung in einem längeren Wettbewerb der beiden Ordnungssysteme wird hier zugegeben. Die Freiheit sei auf die Dauer nur in einer freien Welt zu behaupten, nicht in einer beschränkten freien Sphäre, die den ständigen Druck einer mit straffer Disziplin geordneten Sphäre auszuhalten habe. Die Fortsetzung der bisherigen Politik führt somit, nach Ansicht dieser Gruppe, entweder zu einer allmählichen Rückdrängung des Westens — der genauen Kehrseite der bisherigen Dulles'schen „Rückrollungspolitik" — zu dem was man Niederlage im „instalment plan", im „Abzahlungsgeschäft", nennt oder aber zum Kriege. Ein solcher Krieg sei jedoch nur durch einen Anfangssieg zu entscheiden, nicht wie bisher durch die „letzten Schlachten". Es dürfe an seinem Anfang nicht ein Pearl Harbour stehen, sondern der durchschlagende Anfangserfolg. Ein solcher sei aber nur möglich in einer überraschenden Präventivaktion. — Die innere Logik der neuen Waffen erweise unwiderleglich die Offensive als die einzig rationale Strategie. Daher sei die Konzeption der strategischen Defensive, die der Nato zugrunde liegt, verfehlt.

Arthur K r o c k, ein bekannter amerikanischer Journalist, hat über Gedankengänge dieser Art einiges aus einem geheimen Bericht der Armee an den Nationalen Sicherheitsrat verlauten lassen. „Strike first", schlage als erster los, heißt die logische Schlußfolgerung für das militärische Denken. Der Krieg muß mit einem durchschlagenden Siege beginnen; ein solcher ist nur durch einen überraschenden Präventivschlag mitten aus dem Frieden möglich.

Es wäre unverantwortlich, wenn man nicht diesen Ansichten rein militärischen Denkens hinzufügte, daß sich zur Zeit für Amerika eine solche Strategie und Politik verbietet, mit der verglichen die des deutschen Generalstabes von 1914 mit der Notwendigkeit, die belgische Neutralität zu verletzen, um einen kriegsentscheidenden Anfangserfolg zu erzielen, zahm und zivilistisch erscheint. Denn ohne interkontinentale Raketen ist Amerika auf das Einverständnis seiner Alliierten angewiesen, von den auf ihren Territorien befindlichen vorgeschobenen Flugbasen und Abschußrampen loszuschlagen, was der Aktion ihren notwendigen überraschenden Charak-

ter nehmen würde. Zugleich aber, so geht das Argument weiter, sei Rußland demnächst imstande, ohne Einwilligung fraglicher Bundesgenossen, ohne Basen außerhalb des eigenen Gebietes jederzeit von seinem eigenen Hoheitsgebiet Amerika einen vernichtenden Schlag auszuteilen. Für diese Schule ist daher der ganze Fragenkomplex, der auf der Pariser Nato-Konferenz verhandelt, wenn auch nicht gelöst wurde, uninteressant. Raketenbasen in Europa und sonstwo mit Mittelstreckenraketen erlauben nicht den einzig noch möglichen Krieg mit einem Vernichtungsschlag im Beginn der Aktionen. Die ganze Nato-Politik ist im Licht der modernsten Kampfmittel Spiegelfechterei, vieux jeu.

Die Gefährlichkeit der Lage, die alle bedroht, und die Notwendigkeit einer von Grund auf anderen Politik aller Nationen wird damit erwiesen. Denn die logischen Schlußfolgerungen, zu denen die amerikanischen Strategen gelangt sind, werden auch ihren russischen Kameraden nicht verborgen geblieben sein. Gelingt es nicht, in den nächsten Monaten zu den Anfängen einer Verständigung und zum Fundament einer Friedensordnung zu gelangen, dann droht der bisherige Rüstungswettlauf zum Wettlauf um die Präventivaktion, den Anfangssiegen zu werden, zum Wettlauf um den Absprung in den Krieg, wobei die Russen unfraglich für die nächste Zeit über vielleicht entscheidende Vorteile verfügen.

Es wäre trostlos, wenn dies das ganze Bild unserer Lage wäre. Was jahrelange Warnungen einiger politischer outsider und als Neutralisten, Narren und kommunistische Weggenossen verschrieener Einzelpersonen nicht vermocht haben, das haben die beiden „Sputniks" mit der Tatsache der Überlegenheit der Russen auf dem Felde der Fernraketen zuwege gebracht. Die amerikanische Nation beginnt sich die zwei entscheidenden Fragen zu stellen. Die erste gilt dem bisherigen Ausgangspunkt der Politik, die andere ihrem Ziel. Ist es richtig und möglich, lautet die erste Frage, erst den derzeitigen Machtzustand, wie er durch den Ausgang des Krieges, die Vorfriedensvereinbarungen der Siegermächte und die Nachkriegsentwicklung entstanden ist, ändern zu wollen, ehe man an die eigentliche Aufgabe der Politik, einen dauerhaften Frieden, herangeht? Oder muß man nicht von dem Status quo ausgehen, von der Wirklichkeit gleichrangiger Weltmachtgruppen und der Tatsächlichkeit verschiedener Ordnungssysteme, und somit alle Vor- und Zwischenspiele aufgeben, wie Eingrenzung und Rückrollung, Ausdehnung der eigenen Machtsphäre, alle Wünsche einer Änderung der gegensätzlichen Ordnungen und Ideologien, sei es durch Gewalt oder „psychologische" Mittel? Wie sieht überhaupt ein Friede aus, der gegensätzliche Ordnungen und Interessen abgrenzen und miteinander zu einer gewissen Kooperation bringen muß? lautet die zweite Frage. Nicht als ein Parlament der Nationen, wie es die „Vereinigten Nationen" sein wollen und werden können; nicht als „Rechtsordnung" der Nationen, die sowohl ein Mittel als auch ein letztes Ziel einer erst fortgeschrittenen wirklichen Gesellschaft der Nationen sein können; sondern auf der realen Ebene der Macht als ein System wechselseitiger Begrenzung und Kontrolle der Macht? Ist das auf Grund einer Zweiteilung von Weltmachtgruppen möglich? Ist das durch militärische Machtblöcke möglich, durch besondere Sphären der Sicherung? Ist das auf einem Gleichgewicht der Kräfte möglich, dem Gleichgewicht der Waage? Oder bedarf es vielmehr einer anderen Art Gleichgewicht, einer Gliederung in besondere Funktionen? Ist nicht überhaupt der Friede ein System von Funktionen? Bedarf nicht der Friede vor allem einer Unterscheidung und Ausgliederung von besonderen Funktionen der Mächte und Machtgruppen? Ist nicht der Friede gleichbedeutend mit der Überwindung der Zweiteilung und mit dem fortschreitenden Ersatz militärischer Sicherungssysteme durch ein allgemeines politisches Vertragssystem, das gewiß nicht absolute Sicherheit verspricht, so wenig ein militärisches es vermag?

Auf diese Fragen haben amerikanische Politiker bisher noch keine klare Antwort

zu geben vermocht; sie haben nicht einmal die Fragen selbst bereits in klarer Schärfe formuliert. Aber von vielen Seiten her tastet man sich an sie heran, indem man von der zwingenden Erkenntnis ausgeht, daß weder die Politik des „containments", der Eingrenzung, zum Frieden führt noch die ihre Ziele weitersteckende Politik des „rolling back", mit der Außenminister Foster Dulles bereits vor seiner Ernennung aufwartete. Der Vater der ersten Politik, der Eingrenzungspolitik, ist der zeitweilige amerikanische Botschafter in Moskau, George F. Kennan, der unter den amerikanischen Politikern die am weitesten fortgeschrittenen Gedanken über eine neue Außenpolitik geäußert und damit in Europa, vor allem erfreulicherweise auch in der Bundesrepublik Aufsehen erregt hat. Das Bedeutsame, das Beispielhafte der von Kennan empfohlenen Politik liegt jedoch nicht in ihren einzelnen Zügen. Eine Reihe von Politikern und politischen Schriftstellern haben seit Jahren ähnliche Vorschläge in größerer Perspektive gegeben*). Die Bedeutung liegt vielmehr darin, was in den deutschen Berichten über ihn kaum an den Tag kam, daß er das Hauptziel seiner politischen Konzeption unter dem Druck der veränderten politischen Realität entscheidend g e ä n d e r t hat.

Im Gegensatz zu der in ihren Zielen vagen, unklaren Politik von Foster Dulles mit ihrer Absicht, durch den Druck überlegener Machtmittel und einer Abschnürung des Sowjetblockes Konzessionen zu erzwingen, war die ursprüngliche Eingrenzungspolitik Kennans in ihren Zielen klar umschrieben. Sie hatte daher bis zu einem gewissen Grade Erfolg. Aber nur als ein taktisches Mittel, als ein „System von Aushilfen", nicht als eine politische Strategie. Denn als eine solche war auch die Kennan'sche Konzeption verfehlt. Kennan glaubte ursprünglich, die Politik der Eingrenzung könne solange fortgesetzt werden, bis das russische Regime zusammenbrechen oder sich drastisch ändern würde. Dies müsse und könne durch die ständige und unzweifelhafte militärische Überlegenheit erreicht werden. Beides hat sich als trügerisch erwiesen. Die Sowjets haben in einer nicht zu ahnenden Weise den technischen Vorsprung der alten Industrieländer aufgeholt und sind rüstungstechnisch nicht mehr unterlegen. Das amerikanische Volk hat sich außerdem nicht bereitfinden lassen, die Opfer zu tragen, die eine dauernde militärische Überlegenheit gekostet hätte. Daher ist auch die ursprüngliche Kennan'sche Politik als gescheitert anzusehen. Sie war von der Dulles'schen nur gradmäßig, nur durch die Dulles mehr entsprechende aggressive — man kann auch sagen „plumpe" Art unterschieden. Kennan's seit Jahren hier und da an die Öffentlichkeit gelangten Äußerungen, die im Gegensatz zur offiziellen Politik der Vereinigten Staaten standen, runden sich nunmehr zu der klaren Einsicht ab, daß die Nationen in ihren Bemühungen um einen Frieden von der t a t s ä c h l i c h e n M a c h t l a g e ausgehen müssen, statt von einer künftig zu erreichenden, für sie vorteilhafteren. Es gilt, keine Zeit mehr zu verlieren, wenn der Krieg noch verhütet werden soll. Alle politischen Mittel sind zu erwägen, die die Spannung erleichtern können. Man kann sich keinem mehr verschließen, das die Möglichkeit einer Entspannung enthält. Ob das nun Neutralität ist oder demilitarisierte Zonen oder was sonst noch als Möglichkeit eines Behelfs auftaucht. Der Friede kann nur noch im langsamen, zähen, pragmatischen Prozeß gewonnen werden, durch Versuch, Irrtum und neuen Versuch, in der ständigen Bereitschaft zu verhandeln und zu geben, um dafür zu gewinnen, nach dem alten klassischen Grundsatz: do ut des.

Mit einer solchen Ansicht ist viel erreicht. Es wird geraumer Zeit bedürfen, ehe sich Kennan's unorthodoxe Ansichten gegen die der Militärs und gewisser anderer Kreise durchsetzen werden. Dieser Prozeß könnte beschleunigt werden, wenn die politische Führung der Bundesrepublik in der Tat die Rolle übernehmen würde,

*) In diesem Zusammenhang verweisen wir auf das 1953 erschienene Buch des Verfassers „Ist Friede noch möglich?" (Die Redaktion).

die ihr die New York Herald Tribune unterstellt hat. Denn noch einmal — wahrhaft unverhofft — hat Deutschland die Chance in die Hand gespielt bekommen, als ein selbständiger Faktor in der Richtung auf eine Entspannung und einen dauerhaften Frieden und damit vielleicht auch noch auf eine Wiedervereinigung zu handeln. Daß es sich hier nicht um eine totale Schwenkung der Politik um 180° handeln könnte oder um eine „Politik der Schwäche" statt der bisherigen illusorischen „Politik der erborgten Stärke", muß angesichts der Böswilligkeit der üblichen Auslegungstechnik ausdrücklich hervorgehoben werden. Versäumt diesmal Deutschland seine letzte Chance, — nämlich die Entwicklung zu beschleunigen und damit die Gefahrenzone schneller zu durchschreiten; mehr vermag es nicht — dann wird sich das deutsche Volk nicht zu beklagen haben, wenn es entweder in dem dritten Krieg „von dem Antlitz der Erde weggewischt" wird oder wenn sich Amerika und Rußland über seinen Kopf hinweg als quantité négligeable verständigen.

Prof. Dr. Werner Hahlweg

Restauration und Widerstand

I.

„Bonn ist nicht Weimar" lautet der Titel eines 1956 erschienenen Buches des Schweizer Journalisten F. R. Allemann. In ihm sucht der Verfasser unter Beleuchtung der politischen Wirklichkeit Westdeutschlands zu beweisen, die Situation der Bundesrepublik sei eine grundsätzlich andere wie die der ersten deutschen Republik[1]). Man mag die Tatsache nicht bestreiten, indes auch kaum die mahnenden Worte des Tübinger Historikers Hans Rothfels vom 9. Mai 1955 überhören: die Niederlage des Jahres 1945 zu beherzigen als „Tiefpunkt", „Endpunkt und Ausgangspunkt" zugleich; an das „Unmenschliche" zu denken, das zu dieser Niederlage geführt habe und in ihr ausgebrochen sei. Darüber hinaus solle man sich heute — in dem Bewußtsein der geschichtlichen Katastrophe — nicht etwa dem „Hochgefühl" hingeben, es wieder „so herrlich weit gebracht" zu haben[2]). Im gleichen Sinne hatte ein Jahr zuvor Hermann Heimpel von dem Postulat einer nüchternen Erkenntnis unserer zwiespältigen Situation gesprochen[3]).

Wie aber steht es damit in der politischen Wirklichkeit der Bundesrepublik? Der kritische Beobachter dieser Wirklichkeit — soweit er einen Teilausschnitt aus der Vielschichtigkeit eines in seiner Gesamtheit schwer zu durchdringenden Geschehens zu überschauen vermag — wird etwa die Stellung zur jüngsten Vergangenheit, d. h. die Auseinandersetzung mit der Epoche des Nationalsozialismus, als einen zentralen Ausgangspunkt der Betrachtung wählen.

---

[1]) Vgl. F. R. Allemann, Bonn ist nicht Weimar, bes. S. 292 ff., 440.

[2]) Vgl. H. Rothfels, Zehn Jahre danach, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 3 (1955), S. 227—239.

[3]) Vgl. H. Heimpel, Geschichte und Geschichtsunterricht, in: Die Gegenwart, 9. Jg., Nr. 219 v. 23. 10. 1954, S. 685 f.

Hier steht die Tatsache im Vordergrund, daß die nationalsozialistische Epoche mit ihrer Denkungsart, Gesittung, aber auch ihren äußeren Formen[4]) stärker immer noch im deutschen Volke verwurzelt ist, als es zunächst den Anschein hat, und in Bereichen weiterlebt, die sich nicht mühelos umgreifen lassen[5]). In dem Zusammenhang muß auf das Fiasko des alliierten „Entnazifizierungsverfahrens" in Westdeutschland hingewiesen werden. Den politischen Realitäten kaum Rechnung tragend, verlagerte es unter Mißachtung des „Eliteprinzips" die anstehende und durchaus notwendige, möglicherweise revolutionäre, in jedem Falle blutige Auseinandersetzung unter den Deutschen selbst (wie sie 1918 nur teilweise stattgefunden hatte) auf die bürokratische Ebene papierner Befragungen[6]). Schließlich spielt die Krisenstruktur unseres Zeitalters eine Rolle: ist doch die Erscheinung des Nationalsozialismus mit seinen nachgewiesenen Verbrechen und Pervertierungen überkommener Wertvorstellungen nur e i n e der verschiedenen Äußerungen dieses Zeitalters einer umfassenden Transformation, das zumindest mit dem Jahre 1789 begann und dessen Ende (trotz einzelner sichtbarer Stufenfolgen) noch längst nicht abzusehen ist[7]). Jedenfalls stellt der Zusammenbruch des nationalsozialistischen Regimes im Jahre 1945 keine Zäsur von grundsätzlicher Bedeutung dar. Die damals geübten Methoden und Praktiken leben allenthalben unter veränderten Vorzeichen fort — eben weil sie zu den t a t s ä c h l i c h vorhandenen, dämonischen „Inhalten" unserer Epoche gehören.

II.

Man muß Voraussetzungen dieser Art kennen, um die Tatsache zu begreifen, daß in Westdeutschland eine echte, weitere Kreise erfassende und dadurch Formkraft gewinnende Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus bisher nicht stattgefunden hat — trotz einzelner gewiß ernstzunehmender Bestrebungen in dieser

---

[4]) Ein Beispiel hierfür bietet etwa die Beibehaltung des nationalsozialistischen Uniformtypus bei der Polizei deutscher Bundesländer, etwa in Baden-Württemberg oder Nordrhein-Westfalen (Schaftstiefel bekannten Musters, „Koppel", Schnitt des Rockes und der Hosen, Schirmmütze mit Silberkordel und übernatürlich erhöhter Stirnseite). Die Silhouette dieser Polizei des demokratischen Staates gleicht jener der Gefolgsleute Himmlers wie ein Ei dem anderen.

[5]) Die Tatsache wird nicht zuletzt im Bereich der Sprache sichtbar, vgl. Sternberger-Storz-Süskind, Aus dem Wörterbuch des Unmenschen, 1957. Worte wie „Einsatz", „Einsatzbereitschaft", „Großeinsatz", „Einsatzgeschwader", „Drahtzieher", „Frischmilch", „Betreuung", „Schadpanzer" kennzeichnen die Deformierung oder Korrumpierung der deutschen Sprache. Man braucht nur etwa die im Schild-Verlag, München, erschienene Guderian-Schrift „Panzer marsch!" durchzusehen (u. a. S. 75, 144), um den Verfall der sprachlichen Ausdrucksform in Deutschland im Vergleich zur Zeit Goethes oder Clausewitz' zu beobachten.

[6]) Vgl. hierzu u. a. den Wortlaut der „Warnung" des 1945 ausgegebenen, aus 131 Fragen bestehenden Fragebogens der amerikanischen Militärregierung: „Military Government of Germany. Fragebogen. MG/PS/9a (Rev. 15 May 45)": „Vor Beantwortung ist der gesamte Fragebogen sorgfältig durchzulesen. In Zweifelsfällen ist die englische Fassung maßgebend. Die Antworten müsen mit der Schreibmaschine oder in klaren Blockbuchstaben geschrieben werden. Jede Frage ist genau und gewissenhaft zu beantworten und keine Frage darf unbeantwortet gelassen werden. Das Wort ‚ja' oder ‚nein' ist an der jeweilig vorgesehenen Stelle unbedingt einzusetzen. Falls die Frage durch ‚Ja' oder ‚Nein' nicht zu beantworten ist, so ist eine entsprechende Antwort, wie z. B. ‚keine' oder ‚nicht betreffend' zu geben. In Ermangelung von ausreichendem Platz in dem Fragebogen können Bogen angeheftet werden. Auslassungen sowie falsche oder unvollständige Angaben stellen Vergehen gegen die Verordnungen der Militärregierung dar und werden dementsprechend geahndet."

[7]) Schon L. v. Ranke und A. de Toqueville haben um die Mitte des 19. Jahrhunderts diese Problematik voller Sorge erkannt.

Richtung[8]). Eine Analyse der Masse der heute vorliegenden Memoiren, Untersuchungen oder sonstiger Äußerungen von Zeitgenossen zur Geschichte der nationalsozialistischen Epoche läßt vielmehr folgende Hauptrichtungen oder -tendenzen hervortreten: 1. Das Ressentiment gegenüber dem Nationalsozialismus und dem Dritten Reich dominiert derart, daß eine kritisch objektive Auseinandersetzung nicht stattfinden kann. 2. Nationalsozialismus und Drittes Reich werden (wie ehedem) unkritisch glorifiziert; zumindest wird das Geschehen „verharmlost", „romantisiert". Man sucht sich dabei nur das heraus, was in das Wunschbild paßt — wohlgemerkt in Verfälschung der Wahrheit, da das Geschehen allemal in seiner Gesamtheit, in allen seinen Zügen gesehen werden muß und nicht willkürlich „sortiert" werden darf. 3. Man will die Erinnerung an die nationalsozialistische Zeit nicht wieder heraufbeschwören. Man weicht den drängenden, noch ungelösten Fragen aus, „spricht nicht darüber", sei es, um den „inneren Frieden" zu bewahren, oder weil es als peinlich empfunden wird, in einer wenig rühmlichen Vergangenheit „herumzubohren".

Wohin dies — das Fehlen einer tiefgehenden, ebenso sachlich konkreten wie schonungslos kritischen Auseinandersetzung mit der jüngsten Vergangenheit, ohne „Verschleierungen" oder „Rechtfertigungen" — bei einzelnen Kreisen, Gruppen oder Richtungen führen kann (oder zumindest mitwirkend ist), läßt sich etwa aus Ansätzen zu neuen Dolchstoßlegenden, aus der Problematik des Ordensgesetzes, aus der zunehmenden NS-Rechtfertigungsliteratur oder aus Neuerscheinungen spezifisch militaristischen Schrifttums entnehmen.

Die neuen Dolchstoßlegenden bestehen im wesentlichen aus zwei sich gegenseitig ausschließenden Thesen. Einmal wird den deutschen Widerstandskämpfern alle Schuld an der Niederlage des Dritten Reiches in die Schuhe geschoben[9]), zum anderen sind Generale der ehemaligen deutschen Wehrmacht bestrebt, das Odium der deutschen Niederlage von der militärischen Führung abzuwälzen und Hitler als den allein Verantwortlichen an der Katastrophe hinzustellen[10]). Der Krieg selbst aber scheint im Bewußtsein mancher Kreise mehr und mehr den Charakter einzelner, teilweise durchaus nicht unromantischer Episoden anzunehmen. Man spricht gern und viel von Marschall Rommel, dem ritterlichen „Wüstenfuchs", feiert

---

[8]) U. a. darf hier auf die Tätigkeit des „Instituts für Zeitgeschichte" in München verwiesen werden, die vornehmlich der Erforschung der nationalsozialistischen Epoche gewidmet ist.

[9]) Es genügt in dem Zusammenhang, auf den Remer-Prozeß hinzuweisen; vgl. auch: Rechtsradikalismus im Nachkriegsdeutschland. Studien über die „Sozialistische Reichspartei" (SRP). Schriften des Instituts für politische Wissenschaft, Bd. 9 (1957), S. 25 f., 181, 218 f.

[10]) Vgl. u. a. A. Kesselring, Gedanken zum zweiten Weltkrieg (1955), S. 11: „Was nicht neu ist, aber vielleicht für manche Leser in dieser Schärfe als Novum wirkt, ist die nicht abzuleugnende Tatsache, daß vor allem von 1942 an fast alle Entscheidungen letztlich auf den allmächtig gewordenen Führer des Dritten Reiches zurückgehen; ganz zwangsläufig muß sich daher die Kritik in der Hauptsache gegen diesen wenden." Entsprechende Äußerungen auch bei Halder, Hitler als Feldherr (1949), bes. S. 22 ff.; anders dagegen S. Westphal, Heer in Fesseln (1950), S. 307 ff., der die Ursachen der deutschen Niederlage weniger in der Anhäufung von Fehlern einer dilettantischen Führung, sondern in der weitaus überlegenen Kraft der Gegenseite erblickt. Zur grundsätzlichen Problematik der neuen Dolchstoßlegenden vgl. auch S. A. Kaehler, Neuere Dolchstoßlegenden und ihre Widerlegung, in: „Die Sammlung", 3. Jg., 1948, H. 2. 3; H. A. Lunshof, De Duitsers en de onherroepelijke nederlaag, in: „Elzeviers Weekblad" v. 6. 10. 1956; Haagsch Dagblad v. 19. 10. 1955, Dolkstoot-Legende.

den „Stern von Afrika“[11]) oder singt „Lili Marleen“[12]). Man verschweigt jedoch geflissentlich, daß es daneben noch ein Maidanek und Theresienstadt oder ein „Cyclon B“, dazu eine sehr tätige Guillotine gab[13]); daß hinter dem Rücken der für „Führer und Reich“ kämpfenden und sterbenden deutschen Soldaten mehr als sechs Millionen Hebräer auf grausamste Art umgebracht wurden[14]). Und man will es in bestimmten Kreisen immer weniger wahrhaben, daß gerade im zweiten Weltkriege eine deutsche Widerstandsbewegung wirksam war, deren Opfergang allein es zuzuschreiben ist, wenn das heutige Deutschland so etwas wie ein politisch-moralisches Alibi für die Zeit von 1933—1945 aufweisen kann. Und nur vereinzelt wird es heute in Westdeutschland begriffen, daß der zweite Weltkrieg letzthin in Auschwitz verloren wurde[15]).

Die Problematik aber der Ordensfrage liegt in der Tatsache, daß man es den Trägern „großer Ordensschnallen“ nicht ansehen kann, w o f ü r sie ihre Dekoration erhielten. Ist es doch d o k u m e n t a r i s c h erwiesen, daß Eiserne Kreuze und Kriegsverdienstkreuze auch für die Ermordung von Juden im Ghetto oder von KZ-Insassen b e a n t r a g t u n d t a t s ä c h l i c h v e r l i e h e n wurden[16]). Außerdem könnte man die Frage stellen: wenn Hitlers Orden „restauriert“ werden, warum wird dann nicht auch den nachgewiesenen Angehörigen der deutschen Widerstandsbewegung eine Gedenkmedaille verliehen?

NS-Rechtfertigungsliteratur und militaristisches Schrifttum schließlich erscheinen in der Bundesrepublik seit etwa 1952 in bunter Reihenfolge: u. a. Alfred Rosenberg, „Letzte Aufzeichnungen“[17]); Hausser, „Waffen-SS im Einsatz“[18]); Bruno C. Backhaus, „Volk ohne Führung“[19]); Joachim von Ribbentrop, „Zwischen London und Moskau“[20]); Ilse Heß, „Gefangener des Friedens. Neue Briefe aus Spandau“[21]);

---

[11]) Vgl. hierzu „Filmkritik“ Nr. 9/57, S. 143 (Der Stern von Afrika), über die Tragödie Marseilles, „die darin bestand, daß er und seinesgleichen nicht Deutschland verteidigten, sondern nur das System von Auschwitz, das auch Deutschland erdrückte“.

[12]) Vgl. hierzu den Bericht in „Elzeviers Weekblad“ v. 6. 10. 1956, „Düsseldorf 1956“ (Treffen des Deutschen Afrika-Korps).

[13]) Vgl. in dem Zusammenhang die Bemerkung in „Elzeviers Weekblad“ v. 6. 10. 1956, „Düsseldorf 1956“: „De heren Doenitz en Rommel hebben met de wapenen in de hand een der gemeenste tirannieën verdedigt, die de wereld heeft gekend. Zij hebben minder hun land dan wel de misdaad gediend. Zij hebben de wereld tot een catastrofe en hun volk tot de afgrond gebracht.“

[14]) Vgl. hierzu die dokumentarischen Belege bei L. Poliakow-J. Wulf, Das Dritte Reich und die Juden. Dokumente und Aufsätze ([2] 1955).

[15]) Vgl. hierzu die treffende Bemerkung bei Lunshof, a. a. O.: „In Auschwitz lag de oorzaak van de nederlag, niet in de relaties van de Führer tot zijn zeer bekwame en zeer gehoorzame militaire dienaeren, die met hun wapens de verkeerde zaak dienden.“

[16]) 1944 wurden an III./SS-Pol. Rgt. 22 verliehen: 1 Kriegsverdienstkreuz I. Kl., 6 EK II. Kl., 34 KVK II. Kl. (vgl. Aktenvermerk Krakau, 15. 2. 1944, Verleihung von Kriegsauszeichnungen für „Ghetto-Großeinsatz“), Poliakow-Wulf, a. a. O., S. 173; vgl. auch Schreiben des SS-Gruppenführers Globocnik an Himmler v. 4. 11. 1943 (ebenda, S. 44 f.), dazu den Bericht: „Die Mörder sind unter uns. Anklage wegen sechsfachen Mordes gegen ehemaligen KZ-Aufseher“, in: „Badische Neueste Nachrichten“ v. 25. 9. 1957.

[17]) Vgl. A. Rosenberg, Letzte Aufzeichnungen. Ideale und Idole der nationalsozialistischen Revolution. 1955, Plesse-Verlag, 320 S., 16 Abb., DM 14,80.

[18]) Ersch. im Plesse-Verlag, Göttingen, 36 Abb., 272 S., DM 12,50; liegt bereits in 4. Aufl. vor.

[19]) 1955 ersch., 264 S., Göttinger Verlagsanstalt, DM 11,60.

[20]) Erinnerungen und Aufzeichnungen. Aus dem Nachlaß hrsg. v. Annelies von Ribbentrop. 336 S., 12 Bildtafeln, Ganzleinen-Geschenkband, DM 16,50. Druffel-Verlag, Leoni am Starnberger See.

[21]) Druffel-Verlag, 196 S., Ganzleinen mit Schutzumschlag, DM 9,60.

E. J. Krätschmer, „Die Ritterkreuzträger der Waffen-SS“[22]); Panzer-Meyer, „Grenadiere“, eines der „packendsten Erlebnisbücher des 2. Weltkrieges“, wie der Verlag hervorhebt[23]); Erich Kern, „Buch der Tapferkeit“[24]); Julius Lippert, „Lächle und verbirg die Tränen“[25]); dazu die SS-Zeitschrift „Wiking-Ruf“ oder Helmut Sündermann, „Alter Feind — was nun?“[26]). Vielleicht macht man damit auch Geschäfte, wie etwa der Erich Pabel Verlag in Rastatt/Baden mit seiner billigen, in Zeitungskiosken zu habenden Serie: „Der Landser zu Lande, zu Wasser und in der Luft. Romane vom Einsatz aller Waffengattungen“. Für 80 Pf kann man da erstehen: G. Conrad, „Kanoniere in die Räder! Die dramatische Geschichte vom Einsatz deutscher Artilleristen im Nordabschnitt der Ostfront“[27]).

III.

Das Ganze, wie es heute in der Bundesrepublik geduldet und verbreitet wird[28]), stellt sich als ein seltsames Mosaik mit noch unklarem Endpunkt dar, das fraglos restaurative Züge im Sinne einer Rehabilitierung von Nationalsozialismus und Militarismus aufweist. Darüber hinaus zeigen diese Beispiele, daß es Kreise oder Gruppen in der Bundesrepublik gibt, die den tieferen Sinn der deutschen Niederlage von 1945 ebensowenig zu begreifen vermögen oder verstehen wollen wie vordem die des Jahres 1918. Es ist kürzlich festgestellt worden, daß 46 politische Vereinigungen dieses Geistes, 30 entsprechende Zeitungen und Nachrichtendienste, 68 Buch- und Zeitschriftenverlage sowie 120 Publizisten und etwa 50 Jugendgruppen und Jugendverbände in der Bundesrepublik bestehen[29]), deren Aktivität im Ausland wohl registriert wird[30]).

Dies alles fügt sich zu dem Bild gewisser restaurativer Tendenzen in Westdeutschland in Politik, Verwaltung und Wirtschaft, ohne daß es bereits möglich wäre, den Begriff „Restauration“ in seiner Vieldeutigkeit und mehrfachen Abwandlung er-

---

[22]) Ersch. im Plesse-Verlag, Göttingen, 1955, 350 Abb., 352 S., DM 19,50.

[23]) Ersch. im Schild-Verlag, München, 2. Aufl., 1957.

[24]) „Für den alten Soldaten und die Jugend“, heißt es im Prospekt des Druffel-Verlages. 192 S., 12 Kunstdrucktafeln, 6 Kartenskizzen, grauer Ganzleinen-Geschenkband, DM 9,60. Die Auswahl der „Themen“ ist bezeichnend für die Tendenz: Verdun; Alcazar; Scapa Flow; Narvik; Eben Emael; Kreta; Alexandria; Tobruk; Sewastopol; Kaukasus; Gran Sasso; Arnheim.

[25]) Erlebnisse und Bemerkungen eines deutschen Kriegsverbrechers. Druffel-Verlag, 224 S., 1 Bildtafel, Ganzleinenband, DM 12,60.

[26]) Druffel-Verlag, 208 S., 6 Bildtafeln, Ganzleinenband, DM 9,80.

[27]) An altbekannte nationalistische oder nationalsozialistische Phrasen erinnern die einleitenden Sätze (S. 3) über den (wie heute jedermann weiß, mißgeleiteten und überforderten) deutschen Soldaten: „Er hat sich selbst übertroffen und ein Denkmal gesetzt, das durch alle Entbehrungen als leuchtendes Mahnmal in die Geschichte eingehen wird.“

[28]) Es wäre sicher aufschlußreich, zu erfahren, von welcher Seite die aufgeführten Verlage finanziert werden; ebenso wäre es u. a. wünschenswert, die Finanzquellen des „Stahlhelm“ und seiner Zeitschrift zu wissen. In Holland beispielsweise hat sich der Chef des Generalstabes gegen die Verbreitung der „Scharnhorst-Buchkameradschaft“ in der niederländischen Armee gewandt; vgl. „Algemeen Dagblad“ (Den Haag) v. 4. 10. 1956, „Nazi-propaganda via boekenclub“.

[29]) Vgl. U. Lohmar, Der deutsche Soldat im Zwielicht der Ideologien, in: Frankfurter Hefte, Jg. 1957, H. 11, S. 769.

[30]) Vgl. u. a. The Wiener Library Bulletin, Vol. X, Nos. 5—6, 1956, Nationalism in Youth Organisations, S. 22; Vol. X, Nos. 3—4, 1956, SS Activity, S. 40; Vol. XI, Nos. 3—4, 1956, Right Wing in action. German Reich Party and Waffen-SS, S. 24; Vol. XI, Nos. 1—2, 1957, Nazis in Buenos Aires after 1945. An Argentine Appraisal, S. 10.

schöpfend zu umreißen[31]). Sicher ist jedenfalls „Restauration" immer der bequemste Weg, unangenehmen Entscheidungen oder Konsequenzen in bestimmten Situationen zu entgehen, soweit man diese „Restauration" nicht überhaupt als Ziel einer künftigen Entwicklung anstrebt. Für die Weimarer Republik beispielsweise galt später das Schlagwort, sie sei die „Fortsetzung des Kaiserreiches mit anderen Mitteln" gewesen[32]). Restauration kann sich ferner mit dem Mangel an neuen schöpferischen Ideen verbinden; man kann dort auch mit Begriffen wie „Tradition" oder „Kontinuität" arbeiten. Man „legitimiert" sich, indem man „auf Bewährtes" zurückgreift.

Ergeben sich in dem Zusammenhang Gedanken an die Taten der deutschen Widerstandsbewegung, so entsteht der Eindruck, daß sie im Bewußtsein der deutschen Öffentlichkeit eine bisher verhältnismäßig geringe Würdigung erfuhren[33]). Die große Masse des Volkes macht sich keine näheren Gedanken über die dort zutagegetretene Problematik. Hat man wohl dasjenige genügend gewürdigt, was als das eigentliche auch heute weiterwirkende Vermächtnis der Widerstandskämpfer zu betrachten ist? Hans Rothfels bringt dieses Vermächtnis in den folgenden Sätzen zum Ausdruck: „Und doch hat der Durchbruch ins Freie, für den der 20. Juli Symbol ist, eine wegweisende Bedeutung. Es sind damals in der Grenzsituation Möglichkeiten und Umwertungen vorgelebt und vorgestorben worden, die potentiell zum Wesen der Zeit gehören, in der wir existieren." Es ist von den Männern des 20. Juli „auch auf der Ebene des Täglichen und Stündlichen eine Wachheit des Gewissens und der Mitverantwortung dem Einzelnen eingeschärft worden, der es an Erprobungen nach der Natur des modernen gesellschaftlichen Mechanismus nicht fehlen kann, und ohne die doch eine freie Welt nicht zu bestehen vermag". Und hören wir ergänzend Pastor Bonhoeffer: „Es mußte sich herausstellen, daß eine entscheidende Grunderkenntnis dem Deutschen noch fehlte: die von der Notwendigkeit der freien, verantwortlichen Tat auch gegen Beruf und Auftrag."

IV.

Der Verlauf gerade des zweiten Weltkrieges hat die Widerstandsbewegungen in allen an dem Ringen beteiligten Ländern zu einem neuen gewichtigen Element der Kriegführung werden lassen, dem auch in Hinkunft größte Bedeutung beizumessen ist[34]). Aber die als ernste Lehre zu wertende Tragik nicht nur der Widerstandskämpfer Deutschlands, sondern auch der anderer Länder liegt in der Tatsache, daß sie allesamt „zu spät" kamen, d. h. als das Unheil bereits seinen Lauf genommen hatte. Und wenn es eine Folgerung aus solchem Schicksal gibt, so ist es diese: mit dem Widerstand beizeiten zu beginnen, bevor es zu spät ist.

In Westdeutschland scheinen an die Stelle einer kritisch-sachlichen Verarbeitung der jüngsten Vergangenheit Ideologien von zweifelhafter Gültigkeit und umstrit-

[31]) Das Problem der Restauration hat schon in früheren Zeiten eine Rolle gespielt; L. v. Ranke beispielsweise veröffentlichte 1832 im ersten Band der „Historisch-Politischen Zeitschrift" eine Abhandlung: „Über die Restauration in Frankreich" (S. 9 ff.); über die Problematik der Restauration in unserer Zeit vgl. u. a. Allemann, a. a. O., S. 108 ff., „Exkurs über die ‚Restauration'".

[32]) Vgl. in dem Zusammenhang Th. Eschenburg, Die improvisierte Demokratie der Weimarer Republik (1954), S. 31—48.

[33]) Die Tatsache besteht, wiewohl gerade über die deutsche Widerstandsbewegung die grundlegenden Arbeiten von H. Rothfels (The German opposition to Hitler, 1948), E. Zeller (Geist der Freiheit. Der zwanzigste Juli, 1953) oder G. Ritter (Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, 1954), dazu das Quellenwerk von H. Gollwitzer-K. Kuhn-R. Schneider (Du hast mich heimgesucht bei Nacht. Abschiedsbriefe und Aufzeichnungen des Widerstandes 1933—1945, 1954) vorliegen.

[34]) Vgl. in dem Zusammenhang den aufschlußreichen, von Irwin R. Blacker herausgegebenen Sammelband: Behind the lines. Twenty-eight stories of irregular warfare (1956).

tenen Grundlagen zu treten[35]). Das historische Versagen des Nationalsozialismus wird mancherorts nicht begriffen, Vertreter dieses Regimes suchen wieder eine Rolle in der Öffentlichkeit zu spielen; Mangel an Taktgefühl und Selbstkritik lassen sie die Tatsache übersehen, daß sie dazu nicht mehr die innere Berechtigung besitzen[36]).

Anders wie nach 1918 kann allerdings jetzt, nach dem Zusammenbruch von 1945, eine wirkliche Bilanz gezogen werden; dadurch unterscheidet sich die Situation in der Bundesrepublik grundsätzlich von der der Weimarer Demokratie. Restauration und Widerstand indes stehen nach den Gesetzen der modernen Revolutionsmechanik in enger Wechselbeziehung. Mit anderen Worten: in dem Maße, wie Restauration voranschreitet, wird sich auch der Widerstand bilden.

Man soll die Dinge freilich nicht überschätzen, sie jedoch nicht übersehen. Die Bevölkerung der Bundesrepublik, in ihrer Existenz zwischen den Giganten von West und Ost gefährdeter als je zuvor, sollte es sich wohl angelegen sein lassen, die drastischen Lehren der letzten 40 Jahre in kritischer, wirklichkeitsnaher Durchdringung zu beherzigen.

Empfindsamkeit statt Einfühlung

Anmerkungen zu einem ungewöhnlichen Reisebericht

Der zuerst von Alfred Andersch in der Redaktion „Radio-Essay" des Süddeutschen Rundfunks herausgebrachte, inzwischen auch schon von einigen anderen Sendern der Bundesrepublik übernommene vierstündige Bericht des Schriftstellers Wolfgang Koeppen von einer Reise in die Sowjetunion im Sommer des vergangenen Jahres stellt schon insofern eine Besonderheit dar, als sich hier nach der „Feature"-Hausse der zurückliegenden Jahre der Rundfunk auch der alten, jedoch immer noch packenden Kunstform des einfachen Erzählens wieder erinnert hat und eine abendfüllende Reportage von einem einzigen Sprecher vortragen ließ. Das geht längst nicht immer, doch geht es hier sehr gut, weil Stoff und Stil genügend Dramatik in sich haben. Das ist schon nicht mehr nur Radio, das ist Literatur, und es ist gute, ergreifende Literatur.

Hier zunächst Koeppens Stationen: Per Eisenbahn von Berlin nach Moskau, zu Schiff die Wolga abwärts bis Stalingrad — mit Zwischenlandungen in Uglitsch, Kostroma, Kineschma, Gorki, Kasan, Uljanowsk, Kuibyschew und Saratow —, der berühmte Kurort Sotschi am Schwarzen Meer, von dort über Krasnodar zurück nach Moskau, dann Leningrad und schließlich noch einmal Moskau, — alles in allem nur eine kleine Strecke eines endlosen Landes, aber eine Fülle von scharf beobachteten und unerschrocken wiedergegebenen Eindrük-

---

[35]) Vgl. hierzu Lohmar, a. a. O., S. 768 ff.

[36]) Ein Beispiel hierfür bieten etwa die Vorgänge bei der Wahl des Oberbürgermeisters der Kurstadt Baden-Baden im Oktober 1957, wo der ehemalige nationalsozialistische Bürgermeister und frühere NS-Kreisleiter von Rastatt/Baden (Alter Kämpfer) Kurt Bürkle als Kandidat auftrat und immerhin 20 % der abgegebenen Stimmen für sich buchen konnte.

ken bergend, von denen viele den Schluß auf das Ganze, Große zulassen, — und interessant von der ersten bis zur letzten Zeile. Wir kennen ja dieses ungestüm sich zivilisierende Riesenreich im Osten so wenig, daß uns schon die Schilderung eines kleinen Wolgadampfers zu erregen vermag, obwohl oder gerade weil er genau so aussieht wie Passagierdampfer in aller Welt.

Koeppen nennt seine Reise eine „empfindsame". Technische Errungenschaften, Produktionszahlen, Klubhäuser, Schulen, Kollektivfarmen — alles das interessiert ihn nicht, und er läßt auch größtenteils die Frage nach dem Vorrang unserer Demokratie vor der östlichen Volksdemokratie oder unserer Marktwirtschaft vor der östlichen Planwirtschaft beiseite. Er will die Landschaft sehen, die alten russischen Kirchen, die alten russischen Holzhäuser und die alten russischen Menschen, die Menschen Dostojewskis und Gogols. Und er will sehen, was die große Revolution aus den neuen russischen Menschen gemacht hat.

Bleiben wir gleich bei diesen (denn von ihnen wissen wir weniger als von der sowjetischen Politik): Es geht viel Ernst von ihren zum großen Teil gutgeschnittenen, zuverlässigen Gesichtern aus; ihre Kinder in den sauberen einheitlichen Kleidern und Anzügen „gehen so ernst und tapfer zur Schule, als rückten sie ins Feld" (eine der wenigen unfairen Floskeln des Berichts; die koketten sind etwas zahlreicher); auf den schier endlosen Rolltreppen der Moskauer und Leningrader Untergrundbahn sieht man Passagiere dicke Bücher lesen, und viele wirken gar nicht „östlich-mythisch, gar nicht slawisch", sondern „überaus diszipliniert und allzu vernünftig" — wie „altpreußische Traumgestalten"; wenn sie sich des Abends in gewaltigen Scharen bei Eis, Estradenmusik (Verdi, Puccini, Strauß), Theater, Belehrung, Tanz und Spiel bis Mitternacht in einem von altmodischen Kugellampen erleuchteten Kulturpark aufhalten, Hand in Hand oft und so, daß „der Flirt, das sexuelle Vagieren, die Jagd nach dem erotischen Erlebnis und dem Reiz des Verbotenen" aus ihrer Mitte verschwunden sind, wirken sie derart bürgerlich-sittsam, daß „ein westdeutscher Moralist" bei ihrem Anblick nur ausrufen könnte: „So und nicht anders will ich die Menschen!"; und selbst am Strande von Sotschi, „in dreieckigen Badehosen und in winzigen Bikinis", sind sie alle gleich, „Haut war Haut, Weib war hier Weib, . . . und Eros besuchte den Strand nicht".

Zwar begegnet der Verfasser auch immer wieder einzelnen Gestalten, denen auch der individualistischste Westeuropäer die persönliche Note anmerkt — männlichen und weiblichen Archetypen aller Art, Zechern, Faulenzern, weltgereisten Schriftstellern oder zum Beispiel jener jungen Verkäuferin im kolossalen Moskauer Warenhaus Gum, die, während die Käufer sich um ihren Stand drängen, seelenruhig mit einem Zirkel Kreise auf ein Blatt Papier malt —; zwar übersieht er nicht — wenn er es auch nicht deutlich ausspricht —, daß diese Gesellschaft gewisse erste Züge von Brüderlichkeit trägt, — und er spricht es übrigens soweit aus, daß er an einer Stelle von einer gewissen „neuen Humanität" redet, — einer Humanität ohne Gott allerdings (nach eigener Erfahrung des Rezensenten gibt es in der UdSSR Menschen, die von sich behaupten, Kommunisten und Christen in einem zu sein — was zu untersuchen wäre — und es leben in diesem auch heute noch geheimnisvollen, vielschichtigen Land nach einer neuen Schätzung des Moskauer Patriarchates beiläufig 50 Millionen Einwohner, die — oft ohne in Opposition zum Sozialismus zu stehen — der alten orthodoxen Kirche die Treue bewahrt haben), und er spricht es an einer anderen Stelle auch soweit aus, daß er beim Anblick einer festlich gestimmten Menge im Vergleich zu früher resümiert: „ . . . um gerecht zu sein: den Einzelnen fehlte das fatale Geltungsbedürfnis jener Tage, man sah hier nicht aufeinander herab, man war gleich, der Stehkragen war auch hier gestorben, und der Offizier genoß kein besonderes Ansehen, und verschwunden war auch

die bürgerliche Versuchung zum Abenteuer . . . Diese Menschen erkannten ihren Sittenkodex an und lebten sogar nach ihm, oder sie heuchelten maßlos; aber ich glaube, auch die Heuchelei war hier gestorben."

Und dennoch stimmt ihn der Anblick insgesamt von Mal zu Mal traurig — was ihm von Seiten seines russischen Begleiters jedesmal den Vorwurf einträgt, er sei höchmütig. Während im Westen eine stattliche Anzahl von Politikern, Journalisten und anderen Leuten täglich die Behauptung wiederholt, von der Gesellschaft der Sowjetunion gehe eine permanente Bedrohung aus, enttäuscht diese Gesellschaft den westdeutschen Schriftsteller Wolfgang Koeppen durch eine an das Langweilige grenzende Bravheit, Spannungslosigkeit und A-Dynamik. Und während für ungezählte Durchschnittsbürger unseres Landes auch heute noch die Vorstellung Rußland unter anderem mit der Vorstellung Unsauberkeit gekoppelt ist, krampft sich des Dichters Wolfgang Koeppen Herz vor so viel Aufgeräumtheit und peinlicher Sauberkeit zusammen, und er wird nur dort seiner eindrucksvollen Reise wirklich froh, wo er noch Spuren von Schlamperei, einem Rest von Staub und dem Zauber des Verfalls begegnet. Und ebenso, wie der Gourmet Friedrich Sieburg dem Stilverfall in der Bundesrepublik Deutschland keinen Geschmack abgewinnen kann, weil dieser sich ihm nicht lasterhaft, nicht genialisch genug vollzieht und statt von erlesenen Drogen und Opiaten im großen ganzen nur von Bier begleitet wird, zieht der Schöngeist in Wolfgang Koeppen die Nase kraus, wenn er sieht, daß in Rußland aus dem schrecklich-großartigen Blutstrahl der Oktoberrevolution inzwischen so etwas wie ein stehendes Gewässer aus Himbeersaft geworden ist.

Hier wird die Sache von allgemeiner Bedeutung, und der Rezensent bekennt seinerseits, daß er in diesem Falle Himbeersaft vorzieht — wenn auch vielleicht nicht für seine eigene Person, so doch für die vielen Millionen kleiner Leute dieser Welt. Koeppens Reaktion auf die ihm sichtbar gewordene Wirklichkeit in der heutigen UdSSR ist in zweifacher Hinsicht ziemlich symptomatisch für einen großen Teil unserer Intellektuellen: Ihnen ist eine mehr oder weniger starke platonische Zuneigung zum ideellen Kommunismus verblieben — aber sie wollen und wollen nicht begreifen, daß dieser vor allem für jenen Mitmenschen dasein möchte, der nun einmal die absolute Mehrheit besitzt und der — vielleicht allein schon auf Grund dieser Tatsache — in Geschmack, Stil und Lebensauffassung den Erwartungen und Formen der seltenen, wenn auch zu allen Zeiten unentbehrlichen Auguren niemals ganz folgen kann — wiewohl nur deren unermüdliche — im Osten zur Zeit strikt befohlene — Liebe fähig ist, ihn allmählich auf die für ihn höchstmögliche Stufe der Veredelung zu heben. Und zweitens vergißt man — was den russischen Menschen speziell betrifft —, daß dieser schon lange vor der Oktoberrevolution das u n s, nicht aber auch i h m grau erscheinende Leben im Kollektiv kannte — was vor allem seine alten Dorfgemeinschaften belegen, die in nuce etwas Ähnliches waren wie ein Kolchos und die sich bemerkenswerterweise mit dem gleichen Namen bezeichneten, den das Russische für „Frieden" hat, nämlich „Mir" —, daß ihm eine relativ sehr starke Anhänglichkeit an die Keuschheit seit jeher wesenseigen ist und daß seine uns befremdende Vorliebe für Plüsch und eine diesem entsprechende Behaglichkeit sich zum größten Teil aus dem Klima seines Landes erklären läßt — ebenso wie zum Beispiel die winzigen Fenster der „Stalin-Allee-Architektur", die er bei strengem Frost sogar dadurch noch mehr „verkleinert", daß er alle ihre Fugen fest verklebt und das Lüften nur durch einen Ventilschlitz besorgt; wenn der Russe das Wort Plüsch hört, kotzt ihn eben nicht, wie uns, der Renommierstil unserer Väter an, sondern Plüsch ist für ihn in seinem russischen Winter vor allem das wärmste ihm bekannte und zu Dekorationszwecken geeignete Textilerzeugnis. Alles dies kann man ablehnen — für uns selber sowieso

—, sich darüber aber zu mokieren, verrät einen Mangel an Welt.

Nun mokieren sich aber unsere Intellektuellen nicht nur über den Lebensstil der Russen — der sich im Grundriß auch ohne die Revolution so ähnlich entwickelt hätte, nur nicht so konsequent und viel langsamer —, sondern — objektiv, wie ein wirklicher Intellektueller bei uns nun einmal ist — über den billigen Geschmack in der ganzen Welt, im eigenen Lande ebenso wie im verbündeten Amerika, in Frankreich, in Italien . . . Denn das ist ja keine Frage des Kommunismus mehr, keine Frage mehr von Diktatur und Freiheit, sondern eine Frage der überall auf uns zukommenden mündig gewordenen, aber noch in Atavismen jeder Art befangenen breiten Massen der modernen, technisierten Gesellschaft. Wer sich hier mokiert — statt hinabzusteigen und damit liebend zu kämpfen —, mokiert sich jedoch in letzter Konsequenz über den Frieden, über den Fortbestand der Erde — den gerade die Intellektuellen so dankenswert laut fordern, der aber in den Fundamenten erst dann hinlänglich gesichert ist, wenn Hinz und Kunz in aller Welt ihr kleines, bescheidenes, ihnen gerade noch verständliches Leben — wenn auch in Gottesnamen zunächst noch mit Plüsch, Gips und Fransen und so fort — zum erstenmal wirklich liebgewinnen, lieber als irgendeinen kämpferischen Unterschwellenkomplex oder irgendein Heldentum. Wolfgang Koeppen hat in Rußland eine Spur dieser Liebe bezeugt, aber er hat sich darüber ein bißchen mokiert.

Er gehört zu denen, die im Grunde gar nicht wissen, was sie tun, wenn sie die Erdkugel nach Resten dessen absuchen, was sie wohl ungefähr „gesellschaftliche Poesie" nennen mögen. Dem überlieferten Bilde einer Welt, in der die Künste und Literaturen ebenso prächtig gedeihen wie die Kriege, hat nicht allein der Bolschewik den Kampf angesagt, sondern vor allem der Naturwissenschaftler und Techniker; für ihn gibt es keinen Eisernen Vorhang, keinen Kapitalismus und Sozialismus, kein Christentum und keinen Atheismus; er ist die Weltgefahr Nummer eins, aber er kann auch zum Weltwächter Nummer eins werden. Er serviert den Ästheten und den wirklich Trauernden in aller Welt die gleiche Invasion des Massenmenschen. So abscheulich diese auch sein mag — es gibt daraus kein Zurück. Und bei näherem Hinsehen ist es nur die Abscheulichkeit der Raupe, aus der sich einst der Schmetterling hervormühen wird. Es bleibt uns nichts anderes übrig, als in der kindlichen Lust aller Frisch-Alphabeten an den Möglichkeiten der Zivilisation eine Chance für das bedrohte Leben zu sehen und uns zugunsten eines erhofften späteren glanzvollen Friedens womöglich auf ein Jahrhundert der friedlichen Glanzlosigkeit einzurichten. Unter verschiedenen Auspizien und bei synkopischer Zeitverschiebung gilt das für alle Völker und Systeme der Erde. In der UdSSR liegt es bereits mit brutaler Klarheit zutage.

Der hochbegabte deutsche Schriftsteller Wolfgang Koeppen glaubte seine Zugehörigkeit zur Avantgarde auch dadurch dokumentieren zu müssen, daß er sich erhaben fühlte über die völlig unrevolutionäre, ihnen schon selbstverständlich gewordene Technik-Beflissenheit jener Russen, Kaukasier und Chinesen aus dem Volk, die mit optimistischen Gesichtern neben ihm im Flugzeug saßen und sich brav von der Stewardeß Lutschbonbons in den Mund schieben ließen, als müsse das so sein. Statt dessen hätte er lieber, wo es nur anging, mit Fanatikern, Bürokraten und Dogmatikern anbandeln sollen, um ihnen einzuheizen. Gelegenheit dazu, sogar in seiner Muttersprache, hätte er wahrscheinlich schon während der tagelangen Bahnfahrt nach Moskau gehabt: Auf dem Reisebüro in Ostberlin erfuhr er, daß er sein Abteil mit einer dreiköpfigen Delegation der Wismut-Arbeiter teilen solle, mit drei Deutschen also aus dem anderen Deutschland, Marxisten höchstwahrscheinlich — ein gefundenes Fressen also für einen freiheitlichen

Geistesstreiter. Welch eine Chance! Was ist bei Eisenbahngesprächen durch Rußland nicht schon alles herausgekommen! Aber Koeppen erschrak; er wollte allein sein, um zu träumen, und vielleicht auch wollte etwas in ihm, ganz unbewußt, denen da drüben zeigen, daß die hohen Tantiemen der Ost-Schriftsteller gegen den Standard eines bundesrepublikanischen Autors eine Bagatelle seien, — jedenfalls kaufte er alle vier Betten des Abteils auf und blieb also ungestört. Er wich aus. Natürlich ist das seine Privatangelegenheit, aber verantwortungslos bleibt es doch. Wenn wir alle in diesem Geiste handeln, bleiben bald wirklich nur noch gesamtdeutsche Beerdigungen à la Käthe Dorsch übrig, um uns für ein paar Minuten des gemeinsamen Schweigens zusammenzuführen. Immerhin behauptete Koeppen hinterher, er habe sich geschämt, als er das tat, und wir müssen es ihm wohl oder übel glauben.

Johannes Weidenheim

General a. D. Dr. Franz Beyer

Militärpolitik nach den Sputniks

Vorgeschichte und erster Eindruck

Als in der Nacht zum 4. Oktober 1957 die Erde ihren ersten künstlichen Satelliten in Gestalt des russischen Sputnik I bekam, da hielt die Menschheit tatsächlich den Atem an. Und ebenso eine Weltsensation war es, als am Morgen des 3. November 1957 der Sputnik II, achtmal so schwer als sein Vorgänger, startete.

Wie war es zur Konstruktion dieser Satelliten gekommen? Nachdem im Oktober 1952 führende Wissenschaftler der ganzen Welt die Zeit vom 1. Juli 1957 bis zum 31. Dezember 1958 zum Ersten Internationalen Geophysikalischen Jahr erklärt hatten, beschloß die ad hoc gegründete Sonderkommission im Oktober 1954, die Möglichkeit künftiger künstlicher Erdsatelliten in die Pläne einzubeziehen und die teilnehmenden Nationen zu entsprechenden Vorarbeiten aufzufordern.

Daraufhin wurde am 29. Juli 1955 in Washington bekanntgegeben, daß die USA als Beitrag zum Internationalen Geophysikalischen Jahr einen oder mehrere kleine künstliche Erdsatelliten schaffen würden. Das amerikanische Verteidigungsministerium erklärte sich zur Lieferung der benötigten technischen Hilfsmittel, einschließlich der Raketen für die Beförderung der Satelliten in den Weltraum, bereit. Die Durchführung des „Vanguard" genannten Projekts wurde dem unter Leitung des Dr. John P. Hagen stehenden „Naval Research Laboratory" (Marine-Forschungsinstitut) übertragen.

Inzwischen hatten auch Fachgelehrte der UdSSR, zuerst auf dem 5. Internationalen Astronautischen Kongreß 1955 in Kopenhagen, erklärt, daß auch in Rußland künstliche Erdsatelliten vorbereitet würden. Es stand also fest, daß spätestens zum Geophysikalischen Jahr, also 1957, mit dem Auftreten von Erdsatelliten zu rechnen war.

Als aber nun am 4. Oktober 1957 als erste Einleitung des Internationalen Geophysikalischen Jahres der russische „Sputnik I" (Iskustwennij Sputnik Semli = künstlicher Begleiter der Erde) pünktlich zur Eröffnung des 8. Internationalen

Astronautischen Kongresses in Barcelona seinen Weg um die Erde von einem Startplatz nördlich des Kaspischen Meeres antrat, da löste dieses Ereignis wohl bei den sachlichen Wissenschaftlern Befriedigung, bei den Politikern, den Fabrikanten der sog. öffentlichen Meinung und auch in großen Teilen der Bevölkerung nur Unruhe und Angst aus. Und als dem Sputnik I mit einem Gewicht von 83,6 kg, einem Durchmesser von nur 0,58 m und einer elliptischen Umlaufbahn in mittlerer Höhe von rund 600 km (erdfernster Punkt etwa 900 km) bei einem Erdumlauf von 96,2 Minuten der Sputnik II mit 508 kg Gewicht und einer hermetischen Kabine folgte, in der die Hündin „Laika" eingeschlossen war, da steigerte sich die Unruhe in der Welt fast zur Panik.

Während sonst in unserem naturwissenschaftlich-technischen Zeitalter technische Erfindungen — und der Sputnik ist zweifellos eine epochale technische Erfindung — Begeisterung und beruhigte Anerkennung auslösen, sah man im „bolschewistischen" Sputnik nur eine militärische Teufelei, die — natürlich mit Atom, Wasserstoff und Kobalt bestückt — die Existenz der Menschheit gigantisch gefährdet.

So wurde aus einem erfolgreichen wissenschaftlichen Experiment ein höchst gefährlicher militärischer Popanz, — und romantische Zukunftsstrategen sehen schon in der Stratosphäre oder noch höher die gehäuften Rammstöße amerikanischer Sputniks, die von Westen kommen, auf russische Sputniks treffen, die vom Osten heransausen wie die apokalyptischen Reiter.

Militärische Bedeutung der Sputniks

Da nun der Krieg als Mittel der Politik antiquiert ist, zumal es bei den modernsten Mitteln der Kriegführung (Atom, Wasserstoff, Rakete) wahrscheinlich ist, daß auch der Besiegte über die Möglichkeit verfügt, den Sieger und die ganze übrige Menschheit in den eigenen Untergang hineinzuziehen, sollte man auch bei dem neuerfundenen Sputnik ernstlich prüfen, ob er nicht ein neues Kriegsmittel ist oder werden kann.

Möglichkeiten dafür will man in zwei Richtungen sehen: einmal der Sputnik als Mittel der Aufklärung, zum anderen der Sputnik als eine Art „fleet in being", d. h. eine militärische Potenz, die schon durch ihr bloßes Vorhandensein den Gegner abschreckt, ihn aber auch im Notfall erfolgreich angreifen kann.

Die Eignung des Sputnik als Mittel militärischer Aufklärung muß bezweifelt werden. Seine Umlaufgeschwindigkeit macht eine militärische Beobachtung durch ihn höchst fraglich, wenn auch die Photographie aus ihm für kartographische Zwecke — insbesondere Luftaufnahmen schwer zugänglicher Wüsten- und Urwaldgebiete — möglich erscheint. Aber diese Aufgaben lassen sich alle mit den bisherigen Mitteln, insbesondere der Luftaufnahme aus Flugzeugen, mindestens ebensogut, auf jeden Fall aber billiger lösen.

Und der Sputnik als drohendes Menetekel am Himmel, besonders in Spannungszeiten, ist nicht nur dadurch illusorisch, daß er durch die normalen Mittel des Atomkrieges (Atom-Flugzeug, Atom-Artillerie, Rakete) ebenso, wenn nicht sogar besser erreicht wird, weil diese Waffen bereits überall bekannt und außerdem zielgenauer sind. Sondern — im Kriegsfall als Waffe unbemannt — ist er auf ein mechanisches Steuersystem angewiesen, dessen geheimer Schlüssel sicherlich mit der Zeit auch dem Gegner bekannt wird. Dann aber könnte der Sputnik zu einem gefährlichen Bumerang werden.

Es zeigt sich also, daß der Sputnik militärisch wenig interessant ist, auf keinen Fall eine Revolutionierung der Waffentechnik darstellt.

Was aber an ihm die Militärs so ungeheuer interessiert, das ist sein Antrieb durch die Rakete. Nach den Berechnungen amerikanischer Raketenfachleute müßte mit den bisher bekannten Treibmitteln die Antriebsrakete des Sputnik II mindestens

50 m lang gewesen sein, so daß man vermutet, daß die Russen einen neuen Raketentreibstoff entwickelt haben, vielleicht sogar die Photonenrakete besitzen, deren Reichweite mit rund 3000 km angenommen wird.

Demgegenüber berichtete N. E. Felt von Glenn Martin im Oktober 1957 auf dem Astronauten-Kongreß in Rom, daß die Amerikaner bisher noch nicht die Antriebsrakete erfunden haben, um ihren geplanten Zwergsatelliten von 9,7 kg auf eine Umlaufhöhe von 480 km zu befördern. Diese augenblickliche Unterlegenheit der USA gab Präsident Eisenhower in seiner Rundfunkansprache im Dezember 1957 auch zu und verkündete gleichzeitig ein umfangreiches Programm, diesen amerikanischen Rückstand in der militärischen Raketenentwicklung möglichst schnell aufzuholen.

Militärpolitische Folgerungen

Wenn man eine Unterlegenheit gegenüber einem begabten und rührigen Gegner aufholen will, bedarf es einer Konzentration aller personellen und materiellen Kräfte. Dies leitete Eisenhower denn auch ein, indem er Dr. James Killian, den Präsidenten des Massachusetts Institute of Technology als Berater des Wehrministers für wissenschaftliche und technologische Fragen einsetzte mit dem dreifachen Auftrag: Konzentration aller Arbeiten in der Raketenfrage, Ausschaltung der bisherigen Rivalitäten zwischen den einzelnen Wehrmachtsteilen, Festlegung der Priorität der einzelnen Projekte, — alles mit dem Ziel, baldmöglichst eine frontbrauchbare amerikanische Fernrakete zu entwickeln. Außerdem suchte Eisenhower die Basis wehrwissenschaftlicher und insbesondere wehrtechnischer Forschung dadurch zu verbreitern, daß er sie nicht nur auf Nordamerika beschränkte, sondern auf den ganzen amerikanischen Kontinent und darüber hinaus auch auf Europa erweiterte, wozu allerdings erst die gesetzliche Bestimmung des Kongresses aufgehoben werden muß, die einem interalliierten Austausch militärtechnischer Informationen entgegensteht.

In Übereinstimmung mit entsprechenden Vorschlägen des britischen Ministerpräsidenten McMillan soll auch ein wissenschaftliches Komitee der Nato für Wehrtechnik geschaffen werden.

Da nun nach dem Urteil der Fachgelehrten die Entwicklung der amerikanischen Fernrakete noch einige Jahre dauern wird, ist der Soldat Eisenhower natürlich bestrebt, das Interimistikum bis dahin mit vorhandenen Mitteln einigermaßen zu überbrücken. Dafür konnte er der russischen, frontbrauchbaren Fernrakete nur die bereits frontbrauchbar vorhandene Mittelstreckenrakete Amerikas entgegensetzen. Das bedeutet aber, die anti-russischen Raketenabschußbasen so nahe an Rußland heranzuschieben, daß ihre Reichweiten für die Ziele in Rußland ausreichen, zumindest also bis an die Nordgrenze des zwischen Moskau und Tschita vermuteten Rüstungsgebiets des europäischen Rußlands.

Und das war der Hauptgrund dafür, daß der kranke Präsident Amerikas die anstrengende Reise nach Paris zur Nato-Konferenz im Dezember 1957 nicht scheute, um wenigstens für den europäischen und Mittelmeer-Kriegsschauplatz die Mitwirkung der Nato-Staaten zu erreichen.

Das ist ihm — bisher wenigstens — nicht endgültig gelungen. Norwegen und Dänemark lehnten Raketen-Abschußbasen auf ihrem Hoheitsgebiet glatt ab, Schweden gehört von vornherein der Nato nicht an. Damit aber ist der wichtige, flankierende Nordflügel der Nato gefährdet. Und im Mittelmeer fallen Jugoslawien, der größere übrige Teil des Balkans und der arabische Nahe Osten und große Teile Nordafrikas für Raketenbasen der Nato aus.

Selbst Politiker der westdeutschen Bundesrepublik sind nicht ohne weiteres für die Zurverfügungstellung deutschen und europäischen Landes für Raketen-Abschußbasen, die ja der Sinn des amerikanischen Interesses an der Nato im Augenblick

sind. Trotz aller Berufung auf die Pariser Verträge ist es in Deutschland jedermann klar, daß eigene Abschußbasen gleichzeitig die gegebenen Ziele für feindliche Raketen sind, also eine weitere Verschärfung der an sich schon trostlosen Lage Deutschlands in einem Kriege in Europa.

Schon Clausewitz sagt: „Die Aufgabe und das Recht der Kriegskunst gegenüber der Politik ist, hauptsächlich zu verhüten, daß die Politik Dinge fordert, die gegen die Natur des Krieges sind . . . "

Und heute ist eben der ganze Krieg kein Mittel der Politik mehr, sondern bedeutet die Existenzvernichtung von Besiegten und Siegern.

Prof. D. Hans Iwand

Geistige Entscheidungen und die Politik

Verantwortliche Opposition

Zuweilen könnte man meinen, es wird zuviel geredet und geschrieben. Die Reichweite des Wortes hat ungemein zugenommen und damit natürlich auch der Mißbrauch, die Ungepflegtheit und die Gewissenlosigkeit, mit der das Wort benutzt wird, um zu verdecken und zu verführen, anstatt das zu tun, wozu es da ist, zu offenbaren, die Wahrheit kund zu tun und die Menschen zu urteilsfähigen Wesen in eigener freier Entscheidung zu erziehen. Das Ringen von Wahrheit und Verführung im geistigen Bereich hat in einem kaum noch zu überbietenden Maße zugenommen, und die Belastung des einzelnen ist in einem Maße gestiegen, das für den ethisch Denkenden kaum noch zu bewältigen ist. Vor kurzem ist in einem englischen Bericht darüber Klage geführt worden, daß den Ministern einer Regierung keine zeitliche Möglichkeit mehr gegeben ist, wichtige Veröffentlichungen zu lesen und in Ruhe über entscheidende Fragen nachzudenken. So ähnlich geht es den meisten Leuten in leitenden Stellungen, in den Kirchen, Universitäten, großen Verbänden. Es ist darum verständlich, daß die Kluft zwischen denen, die noch denken und denkend dem politischen Geschehen begegnen, weil sie glauben, daß menschliches Geschehen geistiges und insofern durchdachtes und ansprechbares Geschehen sein muß, und den Handelnden, den Männern der Tat, so verhängnisvoll gewachsen ist. Zuweilen hat man den Eindruck, daß geistige Rückständigkeit heute nirgends größer ist als im Bereich des politischen Handelns. Das war nicht immer so und widerspricht dem Wesen parlamentarischer Staatsführung. In den westlichen Ländern, in denen nach alter Gewohnheit die Analyse der politischen Situation ein besonderes Feld parlamentarischer Debatten war, vermißt man mehr und mehr dieses Mit-Kommen des Denkens mit den schnell voranschreitenden politischen Ereignissen. Das vielfältige Gerede, von dem wir eingangs sprachen, muß als solches nichts Schlechtes sein. Schweigen wäre schlimmer. Es ist vor der Hand ein Versuch, unser Zeitgeschehen wieder der geistigen Kontrolle der Gesellschaft zu unterstellen. Aber dies ist heute nur in der Opposition möglich. Gedacht ist nicht an eine bestimmte weltanschauliche oder parlamentarische Opposition. Solche Frontbildungen können Auswirkungen echter Opposition sein, aber oft

sind sie leer, weil aus dem bloßen Gegensatz geboren. Sie beleben nicht, stoßen nicht nach vorn durch, sondern tragen dieselben Zeichen des unfruchtbaren Gegensatzes an sich, den sie bekämpfen. Unter echter Opposition verstehe ich eine Auflehnung gegen ein Geschehen, das als solches sinnlos, böse und unfruchtbar ist. Ich könnte auch sagen, Opposition ist die Auflehnung des Menschen gegen ein Geschehen, das sich selbst überlassen ist. Echte Opposition muß den Satz: „Da kann man eben nichts dagegen machen" als die unerträglichste aller Irrlehren aus ihren Reihen bannen. Echte Opposition ist immer Geist und Tat zugleich. Wir neigen durch leidvolle und schuldreiche Jahre dazu, unser Leben durch Schweigen zu erhalten. Daher können wir kein Verhältnis zu dem gewinnen, was geschieht, und verkennen unser Verhältnis zur Geschichte. Diese hat aufgehört, Gegenwart zu sein und unsere Gegenwart zu bestimmen. Ein Politiker unserer Tage hat neulich geschrieben: „Das deutsche Volk hat sich Urlaub von der Geschichte gegeben" (Sieveking). Unser Volk sieht in der Tat die politischen Einrichtungen unserer Epochen wie einen Reisewagen an, in dem man sich vorwärts bewegt. Aber Geschichte ist kein Transportmittel, und wer sie damit verwechselt, ist bereits seiner eigenen Wirklichkeit ausgewichen. In gleicher Weise sind auch Staat und Parteien keine „Beförderungsmittel", und wer sie dazu macht und womöglich noch diejenigen unter den Staatsbürgern begünstigt, die sie zu so etwas benutzen, bringt die verantwortlich Denkenden und bringt unter Umständen ganze Völker um ihre schöpferische, geistige Entscheidung. Es läßt sich dann zwar noch sehr viel arbeiten, wissenschaftlich, historisch, technisch, organisatorisch — das alles läuft zunächst noch weiter, aber das Entscheidende, daß wir geistig leben, daß wir wissen, was wir tun, daß wir das faule Dogma von einem unbegreiflichen Schicksal auflösen und dieses „Schicksal" als Geschichte begreifen, unsere menschliche Entscheidung darauf richten und erkennen, wer wir sind, das wird durch jene Stätten geistiger Arbeitsorganisationen nicht gewährleistet. Wir fahren miteinander in demselben Zug, wir arbeiten auch alle irgendwo auf dieser rasenden Fahrt und sorgen durch unsere Arbeit für das immer noch wachsende Tempo, aber wohin dieser Zug rast, wird weder gefragt, noch wird es zufriedenstellend beantwortet. Diese Frage ernsthaft zu stellen, ist verboten. Hier beginnt die Zone, wo unsere Fragen ohne Antworten, unsere Beschwörungen ohne Erfolg bleiben. Darum sind die geistig Ernsthaften heute zur Opposition gezwungen. Dieser Kordon des Schweigens mitten in aller Beredtheit unserer Tage muß gebrochen werden. Die Wendung muß eine ganze sein. Sie muß geschehen, wenn wir leben sollen. Die geistige Auseinandersetzung darf nicht durch machtpolitische Maßnahmen ersetzt werden. Wir müssen einbrechen mit unserer Frage in diesen Bereich eines verdeckten und lautlosen Geschehens. Denn faktisch geschieht mehr, als wir ahnen. Faktisch treiben wir einem klar erkennbaren Ziel zu, aber einem fürchterlichen. Wissen die Männer, die dieses Geschehen steuern, selbst nicht, wohin sie treiben? Sind wir vielleicht in ein Gelände geraten, in dem die alte Seekarte nicht mehr stimmt, und versuchen wir, durch beschleunigtes Tempo diese Ratlosigkeit zu bemänteln? Ahnen wir, daß Opposition in diesem Falle mehr und anderes bedeuten muß als etwa nur, daß wir gegensätzliche Auffassungen zu den üblichen Meinungen äußern? Opposition heißt, daß wir die Klarlegung des Kurses verlangen müssen. Wir wollen nicht wieder dorthin treiben und getrieben werden, woher wir kommen. Wir wollen weg von diesem Sog in die Tiefe. Das ist das Entscheidende. Wir müssen Rechenschaft verlangen, wohin die Fahrt geht. Das sagt uns niemand von den augenblicklichen Inhabern der Macht. Ihr politisches Denken ist immer noch bestimmt durch das, was ein einflußreicher Jurist und Politiker, Carl Schmitt, das Freund-Feind-Denken genannt hat. Hinter dieser Zielsetzung aber steht heute als potentielle Eventualität die Vernichtung des Menschengeschlechtes. Wir treiben bei diesem Kurs einem Ziel entgegen, das für kein denkendes Wesen mehr ein Ziel

sein kann, weil seine Erreichung, soweit wir voraussehen können, nicht mehr den Schutz, sondern die Zerstörung des Lebens schlechthin bedeutet. Darum werfen wir uns diesem Gefälle nach unten entgegen. Darum gehört zu dieser Art von Opposition auch der Mut, sich persönlich zu engagieren. Es sind mehr als „Meinungen", die heute von uns verlangt werden. Es gehört die Gewißheit dazu, daß die Sünde gegen das Leben etwas so Schreckliches ist, daß wir weder in Gedanken noch in Planungen in sie einwilligen dürfen. Es dürfte heute angesichts der Position, in die wissenschaftliche Erkenntnis und technische Möglichkeiten den „homo sapiens" versetzt haben, am Tage sein, daß das Leben, die Erhaltung des Lebens, in unser aller Hand gelegt ist. Sie wird die eigentliche Frage der kommenden Ethik und Politik werden, und alle anderen Fragen der Staatsgrenzen, der Nationalitäten, der Wirtschaftsformen und der Weltanschauungen werden ihr zu- und untergeordnet werden müssen. Sie kehren damit geistig zurück in den großen Organismus des Wunders des Lebens! Wir sind heute gefragt: Wollen wir das L e b e n ? Erkennen wir, daß in diesem einen Satz unsere ganze Gabe und Aufgabe beschlossen liegt? Begreifen wir, daß das der Obersatz aller vernünftigen Politik geworden ist? Ich weiß, es gibt noch viele Politiker, die ihre alten Träume träumen, dem blinden Faust gleich, der den Spatenklang der Lemuren mit dem so heiß ersehnten „glücklichen Augenblick" verwechselt. Aus solcher Träumerei rückwärts gewandter Politiker entstand bereits die schreckliche Nazi-Epoche mit ihren ganzen und halben Gefolgsleuten und prophetischen Deutern, christliche Theologen aller Schattierungen durchaus eingeschlossen! Opposition bedeutet heute wie damals, daß es gilt, jeglichen Träumen Valet zu sagen. Das gilt vor allem im Blick auf die Ostpolitik, auf die ersehnte Wiederherstellung Deutschlands in den Grenzen von 1937, auf noch darüber hinausgehende hier und da kundgemachte „Friedensziele".

W i r h a b e n n i c h t m e h r l a n g e Z e i t

Der Katarakt, dem wir entgegentreiben, kommt näher; der Sog in die Tiefe wird spürbar am zunehmenden Tempo unserer Fahrt. Am Ende dieses Weges könnten die Politiker die Verantwortung aus der Hand geben und sie den Militärs überlassen. Das bedeutet unter den gegebenen Umständen das Ende. Wo die Vernunft preisgegeben ist, endet auch das Sein. Darüber müssen sich Parlamente und Regierungen klar sein.

U m k e h r u n d G e s c h i c h t s b e w u ß t s e i n

Wir bedurften nach 1945 eines neuen Leitbildes für das „Neue Europa". Statt dessen haben wir uns mit der leichtesten und bequemsten Lösung abgefunden und Europa mitten durchgeschnitten. Nicht, daß dies geschehen ist, dürfte das Schlimmste daran sein — hier wirken Tatsachen der Vergangenheit nach, die bis in die Friedensverträge von 1919 reichen und auf den damals geschaffenen cordon sanitaire zurückgehen — sondern daß wir uns damit zufrieden geben, daß wir munter und herzhaft am Kalten Krieg mitwirken, gerade als Intelligenz, gerade als christliches Europa, und nicht begreifen wollen, daß dieses Tun in Wahrheit der Verzicht auf ein neues Europa ist.

In einer übersichtlichen und wichtigen Darstellung hat Richard T h i l e n i u s in Rowohlts „Deutscher Enzyklopädie" eine sorgfältige Analyse der wichtigsten Daten der langsamen Zerschneidung Deutschlands in Erinnerung gebracht. Die Teilung Deutschlands ist die Teilung Europas. Beides greift untrennbar ineinander. Das Problem „Wie ordnet man den mitteleuropäischen Raum?" ist zu einem der drängendsten Friedensprobleme geworden. Diese Ordnung würde, wenn sie gelingt, die Probe aufs Exempel für die Möglichkeit der Koexistenz sein. Jede der dabei beteiligten großen und kleinen Mächte wird Opfer und einen eigenen Beitrag bringen müssen. Es wird sich im Geben und Nehmen, im Verzichten und Empfangen ein neues Zusammenleben, eine neue geschichtliche Wirklichkeit erschließen. Die

Neuordnung Europas würde bedeuten, daß die europäischen Nationen mit der Schuld fertig werden müssen, die so furchtbar auf ihnen lastet. Hier fehlt uns vorläufig fast noch die geistige Freiheit, um überhaupt erst einmal das Problem zu sehen. Denn die unbewältigte Vergangenheit heißt ja in concreto unbewältigte Schuld. Es hat nach 1945 ein sehr bemerkenswerter, meist unbewußter Prozeß unter uns eingesetzt. Unsere nationale Schuld wurde „privatisiert". Man tat so, als ob die Ereignisse, die wir zu beklagen hatten, im wesentlichen auf mangelnde sittliche Charaktereigenschaften einzelner, eigentlich nur der obersten Naziführung und einiger „Verbrecher" zurückgingen. Alle anderen haben sich re-privatisiert. Diese Flucht ins Private hat uns für unsere geschichtliche Aufgabe unbrauchbar gemacht. Hier und da bricht noch einmal etwas von der Vergangenheit auf, bei irgendeinem Gerichtsverfahren, bei der Entdeckung von Massengräbern, über einer literarischen Veröffentlichung; aber das öffentliche Bewußtsein ist stark genug, um diese Stimmen bald wieder zum Schweigen zu bringen. Diese auf Erledigung wartende Schuld ist unsere unbewältigte Geschichte, und der Optimismus, mit dem wir meinen, sie mit Stillschweigen übergehen zu können, wird sich objektiv und subjektiv als unmöglich erweisen. Denn Schuld ist objektiv da, sie ist da in dem zerteilten Europa, sie ist da in der entsetzlichen Furcht der Nationen in Ost und West voreinander, sie ist da in dem „eisernen Vorhang", der doch nichts anderes ist als ein Instrument des Hasses und der Verteufelung der anderen Seite. Aber die Schuld ist auch subjektiv da und hier ist sie unser bestes Teil. Wir werden nicht früher in Europa die Sprache der Menschlichkeit und der Ehrlichkeit wiederfinden und eben damit erst die Voraussetzungen einer neuen politischen Ordnung schaffen, ehe wir nicht von unserer Schuld her miteinander reden. Wenn auch die Schuld selbst unsere Unmenschlichkeit enthüllt, so ist die Übernahme der Schuld in der Reue die Wiedergeburt der Menschlichkeit. Nur von dort her können Dichtung und Philosophie neu erstehen, nur von dorther werden sie dem Menschen von heute zur Wiedergeburt verhelfen. Vom Christentum gilt das gleiche. Es nützt nichts, daß ein paar Glaubenssätze kalt wie die ewig gleichen Sternenbilder über diesem Feld von Totengebeinen stehen, sondern es muß zur Auferstehung aus dieser Todesnacht kommen, und der Geist des Lebens muß darüber wehen. Dieser Geist geht nicht an unserer Schuld vorbei, sondern mitten durch sie hindurch, auch durch die Schuld der Christenheit unseres Abendlandes mitten hindurch. Hier waren wir 1918 weiter als heute, oder, anders ausgedrückt, 1918 bestand mehr Hoffnung auf eine Erneuerung vom Geistigen und Geistlichen her, als es heute der Fall ist, obschon die konkrete, greifbare Schuld und die Verachtung der Menschenwürde, der blasphemische Mißbrauch hoher und höchster Namen im zweiten Weltkrieg ganz andere Dimensionen angenommen hat als im und nach dem ersten. Mit dem, was wir heute treiben, bereiten wir aber die dritte, endgültige Auflage der Jahrhundert-Katastrophen vor, und zwar auf beiden Seiten.

Wenn ich nun sagen soll, woran es liegt, daß wir Deutschen unsere eigene, von Schuld beladene Geschichte nicht bewältigt haben, dann würde ich sagen: Es liegt an dem falschen Freiheitsbegriff, mit dem wir — zum mindesten im Westen, denn im Osten liegen die Dinge ganz anders — operieren. Wir sind gewöhnt, seit der kantischen Einteilung der Welt in eine causal determinierte und in eine personal freie, intelligible Schicht derselben das Problem der personalen Verantwortung in der Gegenüberstellung von Causalität und Freiheit zu verhandeln. Das ist bürgerlich-liberal gedacht und reicht nicht aus. Die Determination durch die geschichtlich reale Schuld ist gänzlich anderer Art als die causalgesetzliche Bedingtheit unseres personalen Daseins. Darum hilft uns der Begriff der „freien Persönlichkeit" politisch nicht weiter. Unter diesem Begriffe verhandeln wir aber unsere geschichtliche Situation und gehen dabei an der eigentlichen Schwere des Problems vorbei. Darum sind die Träger unserer politischen Institutionen so blind für das, was sie

gesät haben. Sie sehen nicht, daß es die eigene Saat ist, die in der Geschichte aufgeht. Das ist eine tiefe Blindheit, um nicht zu sagen, ein objektiver Irrtum. Das ist es aber auch, was uns von einer Katastrophe zur anderen treibt. Es ist ein tief geistiges Übel, das in der Politik zum Ausbruch kommt. Nach 1918 haben die Heimattreuen im Osten Feuer an der Grenze angesteckt und ahnten nicht, daß sie damit zu dem Unheil das Fanal gaben, das ihnen die ganze Heimat rauben sollte. Heute flammen dieselben Feuer am 17. Juni an der Zonengrenze auf. Wissen die Verantwortlichen, was sie damit tun bzw. zulassen?

Es gibt große und schwere S ü n d e n in diesem Bereich der politischen Romantik, und es ist noch nicht gesagt, daß etwas politisch gut ist, weil es unserem nationalen Empfinden entspricht. Die private Gesinnung mag noch so untadelig sein, sie entschuldigt nicht die böse Tat in ihren unabsehbaren Folgen. Oder, um ein anderes Beispiel zu nennen: Einige von uns haben noch die Morde an Rosa Luxemburg, an Liebknecht, an Rathenau u. a. miterlebt. Es gehörte damals zum „guten" Ton in der „anständigen" Gesellschaft, das zu rechtfertigen und den Sozialismus und die demokratische Mitte dafür moralisch verantwortlich zu machen. In dieser Hinsicht kann man von einer Krankheit der g a n z e n Gesellschaft reden und sieht erst von hinterher, wie das Ungeheuerliche des nationalistischen Ausbruchs der Menschenverachtung und -vernichtung als ein lange gezüchtetes geistiges Gewächs aus eben dieser Gesellschaft hervorging. Alles, was nach 1933 Faktum wurde, ob es der Reichstagsbrand war oder die gewaltsame Beseitigung der Linksparteien und ihrer Organisationen, ob es der lang geplante Krieg war oder die Aktion zur radikalen Ausrottung der Juden oder die Organisation der unglaublichen Dinge, die man in und mit Rußland vorhatte und die dort geschehen sind, sie alle sind g e i s t i g vorbereitet und grundsätzlich von uns allen mitverschuldet, sie sind uns nicht „passiert" wie etwas, das mit uns, den Deutschen der nachwilhelminischen Epoche, nichts zu tun hätte, sondern sie waren in der Gesellschaft, in dem geistigen Klima derselben, ja, sie waren in der spezifischen Lage unseres Nationalbewußtseins, sie waren in unseren „christlichen" Kreisen und Strömungen angelegt und — geistig — vorweggenommen. Nicht immer fällt Geistiges und Geschichtliches so eng zusammen wie heute. Aber gerade dieses Ineinander von Gericht und Erkenntnis kennzeichnet unsere Lage. Im G e i s t i g e n müssen wir die Umkehr vollziehen, zu der uns der Anschauungsunterricht unserer jüngsten Geschichte so kräftig mithilft. Hier könnten wir erkennen, wie tief in unsere Vergangenheit hinein die Wurzeln des Unglücks reichen, das uns getroffen hat und das wir über andere gebracht haben. Dazu gehört aber vor allem eins: wir dürfen uns nicht damit begnügen, nur die Folgen jener Handlungen und unseres politischen Zusammenbruchs zu beseitigen und wieder dort anzuknüpfen, wo die Ausgangspositionen der europäischen Katastrophe lagen. Das eben geht nicht. Die Wiederkehr des Gewesenen führt zu nichts anderem als zu einer scheußlichen Restauration, bei welcher die alten, blutbefleckten Götter neu inthronisiert werden. Max Scheler sagt in seinem nach 1918 geschriebenen Aufsatz „Neue und Wiedergeburt" mit Recht: „Wer daher spräche, Ich bin mir keiner Schuld bewußt, also habe ich nichts zu bereuen, der wäre entweder ein Gott oder ein Tier. Ist der Sprechende aber ein Mensch, so weiß er vom Wesen der Schuld noch nichts." Und weiter: „Die Reue ist nicht nur ein Vorgang in der individuellen Seele, sie ist gleichursprünglich wie die Schuld auch eine soziale historische Gesamterscheinung." Er folgert daraus:

„Keine neue juristische Weisheit und kein noch so guter Wille der Staatsmänner, auch keine Revolution und keine neuen Männer können diese Sinnesänderung der Völker selbst ersetzen. Auch bei diesem großen Gegenstande ist die Umkehr die der Seele unvermeidliche Form der neuen Vorkehr. Auch hier ist das neue Gefühl der tiefen E n t f r e m d u n g von einem menschlich geschichtlichen System, wie es vor diesem Kriege bestand, ist die reuegespornte langsame Aufdeckung der tiefen Wur-

zeln des Ereignisses in den seelischen Untergründen des überall und bei allen Völkern und Staaten führenden Menschentyps die notwendige Bewußtseinsform, aus der allein sich neue positive Gesinnungen und schließlich neue Baupläne des politischen Daseins gebären können." Max Scheler entdeckt geradezu — er war während des ersten Weltkrieges noch anders gesinnt — im Zusammenhang mit der Niederlage den tiefsten Wert der christlichen Contritionslehre und schreibt jenen klassischen Aufsatz als sein Vermächtnis für die kommenden Wirren unseres Kontinents. Wie gesagt, wir waren nahe daran, ihn zu verstehen. Wir waren nahe an der Lösung, aber dann kamen jene anderen Propheten, die uns den Krieg predigten und uns darüber die innere Umkehr vergessen ließen. Der kalte Krieg von heute ist der Rückfall in die geistige Gesamtlage, aus der jener Nationalismus entsprungen ist.

Der kalte Krieg

Was bedeutet eigentlich „kalter Krieg"? Er ist ein Zwischending zwischen wirklichem Krieg, dem „heißen" Krieg, den man nicht mehr wagt, weil er heutzutage mehr ist als ein militärisches Risiko, und dem Frieden, den man nicht will, weil man mit der anderen Seite, mit dieser Wirklichkeit „von drüben", nicht in einer Welt leben und darum keinen Frieden mit ihr machen will. Daher die Ablehnung jeglicher Koexistenz. Die andere Seite darf nicht einmal in Gedanken für uns „existent" sein. Man hat ein warnendes Beispiel dafür in der Exklusivität, die das konfessionelle Christentum in den Glaubenskriegen übte. Jede Berührung mit der „anderen Seite" gilt als „ansteckend". Wenn dort noch Menschen leben sollten, mit denen es lohnt, Kontakt aufzunehmen, dann nur, um sie gegen das bei ihnen gültige Herrschaftssystem zu inspirieren und zu mobilisieren. Wer Koexistenz ehrlich will, muß auf derartiges verzichten. Das ist sehr deutlich — besonders auf der Konferenz von Bandung gesagt worden. Aber der Westen mißtraut jeder Friedensbewegung von neutraler oder gar kommunistischer Seite, und der Osten wagt nicht, den eisernen Vorhang fallen zu lassen. Der kalte Krieger darf nicht an die Möglichkeit des Friedens glauben. Er darf nichts Gutes am Gegner und seinen Vorschlägen lassen. Er muß jeden, der dem eigenen Lager, dem eigenen Verfahren kritisch gegenübersteht, genau prüfen, ob dieser nicht bewußt oder de facto im Bunde mit dem Gegner steht. Jede Kritik bei uns muß mit dem Satze beginnen: „Obschon ich den Kommunismus grundsätzlich ablehne . . ." und drüben muß man sagen: „Obschon ich an den Endsieg des Sozialismus nach wie vor fest glaube . . ." Nur unter diesen Kautelen darf die Kritik an dem oder jenem Mißstand zu Worte kommen. Wir Theologen kennen diese Methode sehr genau, sie ist der übliche Kniff innerhalb eines bestimmten dogmatischen Systems, in dem wir uns bewegen, Kritik anzubringen. Der kalte Krieg hat einen politischen Dogmatismus zur Voraussetzung. Er kann nur im Bereiche dogmatisch-geheiligter Positionen geführt werden. Er wird trotz gegenteiliger Beteuerung zum ideologischen Kreuzzug mit allen Mitteln, die die moderne Technik und Gedankenarmut in Massen dazu anbieten. Er ist tief geschichtslos. Der kalte Krieg führt zu geistiger Verwahrlosung und ethischer Vergiftung der Menschheit. Denn er ist im letzten wider die Vernunft.

Es gehört zu den bedenklichsten Tatsachen, daß die Christenheit — wenigstens, soweit sie öffentlich in Erscheinung tritt — weithin in das Lager des kalten Krieges mit eingeschwenkt ist. Man sollte das nicht den diesbezüglichen Personen zur Last legen, aber doch mit aller Nüchternheit das Faktum sehen und prüfen. Denn es ist ein sachliches Problem. Daß beiden Seiten — und wohl auch den meist schwankenden Kirchenführern dabei nicht ganz wohl ist, darf man als Positivum vermerken. Es gäbe sicher Mittel und Wege, dieses Engagement der Christenheit in dem ideologischen Streit zu lockern, wenn nicht ganz zu kündigen. Denn das Christentum und die Verbundenheit der Christen in Ost und West, unter verschiedenen politi-

schen Systemen, könnte zu den wichtigsten Faktoren der Milderung und Überwindung des kalten Krieges werden. Darum darf die Christenheit nicht die Waffen zu seiner weiteren Schürung liefern. Das bedeutet nicht, daß es nicht echte und oftmals sehr schwere Konflikte gibt zwischen dem Christentum bzw. den christlichen Kirchen und den in den modernen Revolutionen aufbrechenden, oftmals radikal antichristlich eingestellten Kräften und Tendenzen. Wenn man aber die Konflikte, die sich aus der Begegnung zwischen Christentum und Staat bzw. Partei im östlichen Lager ergeben, vom Schema des kalten Krieges her versteht, überträgt man sie auf eine falsche, nämlich auf die politische Ebene. Dort sind diese Probleme nicht zu Hause. Sie spielen sich in einer ganz anderen, sie spielen sich grundsätzlich i m m e r, trotz aller Leiden und Schmerzen, auf einer positiven, auf einer h o f f n u n g s v o l l e n Ebene ab. Der kalte Krieg aber ist ein grundsätzlich hoffnungsloses Unternehmen. Jede Auseinandersetzung um der Wahrheit und der Sache willen enthält immer das Ziel der Versöhnung in sich und dient dem Frieden, weil sie jeden Menschen unter die Liebe Gottes gestellt sieht. Die Auseinandersetzung in dieser Sache, wo es um das Christuszeugnis geht, kann nicht darauf aus sein, die andere Seite zu eliminieren, sie zum „Kuckuck zu wünschen". Der Christ will mit allen Menschen in der e i n e n Welt und in der e i n e n Menschheit leben. Er kennt grundsätzlich keine Unversöhnlichkeit. Der kalte Krieger hingegen möchte die g a n z e Welt und die g a n z e Erde für sich und sein System haben; er spricht dem ideologischen Gegner das Daseins- und Lebensrecht ab. Er wird niemals die Tatsache anerkennen, daß Gott seine Sonne scheinen läßt über Gute und Böse. Wenn er der Herr der Welt wäre, würde längst die eine Seite der Erde in ewiger Nacht liegen. Nur sofern ihn das auch selber trifft, gerät er in Verlegenheit. Er verweigert der anderen Seite potentiell das Lebensrecht. Dieses pars-pro-toto-Denken des kalten Kriegers hat mit der Grundeinstellung der Christen, hat mit seiner Kritik und seinem Widerstand gegen Unrecht und Gewalt nichts zu tun. Es ist toto coelo verschieden. Darum sagen die kalten Krieger, wir Christen seien Neutralisten. Das heißt in ihrer Sprache: wir ließen uns nicht einreihen in ihre kaltherzigen Kategorien, unter denen sie ihren ideologischen Kampf führen.

Umgekehrt vermag der Christ seinerseits an die Unantastbarkeit und Heiligkeit der Dogmen des kalten Krieges nicht zu glauben. Er muß sie auf das rechte Maß ihrer jeweiligen, d. h. geschichtlich gerechtfertigten Bedeutung reduzieren. Er kann sie nicht in ihrer Absolutheit als Kriterien gelten lassen. Begriffe wie Freiheit oder Sozialismus, die heute die Schlagworte des kalten Krieges abgeben, haben ihr gutes Recht als Ausdruck bestimmter, in ihrer Geltung begrenzter gesellschaftlicher Systeme; sie werden sinnlos, wenn sie in dogmatischer Ausschließlichkeit vertreten werden! Daß die bürgerliche Freiheit in der Geschichte einen Bedeutungswechsel durchgemacht hat und daß westlich-individualistisches Verständnis derselben nicht das einzig wahre ist — man denke an Plato oder Kant! — daß auch umgekehrt der Sozialismus der geschichtlichen und technischen Entwicklung gemäß sich verändert und seine Stufen hat: Wer wollte das verkennen? Indem wir die „Dogmen" auf ihre geschichtliche Basis und die damit gegebene kulturelle und wirtschaftliche Bedingtheit reduzieren, dürfte ihre Unvereinbarkeit hinfallen. Damit fällt auch die grundsätzliche Unvereinbarkeit demokratischer und sozialistischer Gesellschaftsordnung. Es könnte sein, daß gerade wir dazu berufen sind, Synthesen dieser beiden geschichtlich so großartigen und fruchtbaren Gebilde anzubahnen, die der Idee nach in beiden angelegt sind. Es könnte sein, daß vor unseren Augen, wenn wir uns erst einmal von den Zauberformeln des kalten Krieges freigemacht haben, Aufgaben erstehen, die so groß und bedeutend sind, daß sie die Besten und Überzeugtesten beider Seiten zueinander führen, weil beides, Freiheit und Gemeinschaft, zu den bleibenden Zielsetzungen der menschlichen — d. h. bewußten und darum freien! — Gesellschaft überhaupt gehören. Die geistige Überwindung des kalten Krieges —

das ist der Friede, nicht umgekehrt. Es ist Wahnsinn, zu meinen, durch die Steigerung des kalten Krieges kämen wir dem Frieden näher. Das ist schlechthin unmöglich. Das führt zur unerträglichen Steigerung der Bewußtseinsspaltung in der Menschheit. Darum ist die Neujahrsbotschaft des Bundespräsidenten, die die Umkehr in der Richtung geistiger Besinnung als realistischen Weg zum Frieden anzeigte, aufs lebhafteste zu begrüßen — und zu beherzigen.

Verwirklichung des Friedens

Man müßte viel mehr über den Frieden schreiben. Man müßte viel mehr von ihm reden. Vom kalten Krieg und in seinem Geiste wird soviel geredet und gedruckt. Vom Frieden redet man meist nur in etwas obskuren und sektenartig engen Kreisen und in deren Schrifttum. Wer im Westen vom Frieden redet, wird leicht als östlich infiziert oder weltfremd bezeichnet. In Wahrheit müßten wir alle vom Frieden reden, da wir keinen Frieden haben und der jetzige Schwebezustand auf die Dauer unerträglich ist. Wenn wir Europa wieder aufbauen wollen, müssen wir erst einmal eine friedliche Ordnung im Ganzen erstreben und uns klarmachen, wie diese aussehen könnte. Es gibt zwei Gesichtspunkte, die den Friedenswillen kennzeichnen: einmal der Glaube an seine reale Möglichkeit, ja Notwendigkeit. Die „Philosophie", die immer noch daran festhält, daß der Krieg der Vater aller Dinge sei, und diesen Satz auf die Politik überträgt, ist nichts anderes als Trägheit und Blindheit, das anzupacken, was heute notwendig ist. Der in den christlichen Kreisen geführte Kampf gegen Pazifisten als Schwärmer, d. h. unrealistisch denkende, weil das Böse und Unerlöste in der Welt übersehende Menschen, ist dumm und längst sachlich als verkehrt erwiesen. Unrealistisch sind heute — und waren wahrscheinlich 1914 bereits die Militaristen. Der moderne Stand der Technik ist — wie C. F. von Weizsäcker in seinem Loccumer Vortrage sagt — von der Art, daß der Standpunkt einer gewaltlosen Politik nicht mehr utopisch genannt werden kann: „Wie Marx so richtig gesehen hat, hat die Änderung der ökonomischen Verhältnisse das zustandegebracht, was der moralischen Anstrengung alleine nicht gelang. Die Maschinen haben die Sklaven ersetzt. War der moralische Impuls für die Sklavenbefreiung darum überflüssig? . . . Die Übertragung auf das Problem des Krieges ist klar. Heute haben sich die technischen Verhältnisse so geändert, daß die Abschaffung des Krieges real möglich wird, weil sie lebensnotwendig ist." (Aus der „Welt" vom 30. 11. 1957.) Eine andere Frage ist, wie weit die westliche Welt zu einer Politik der Gewaltlosigkeit sittlich fähig ist. Weizsäcker hat das bezweifelt.

Darum wird man zweitens auch einiges sagen müssen von den Erfordernissen und Möglichkeiten des Friedens in unserem geschichtlich und kulturell besonders gearteten Raum. Ich will dazu nur drei Punkte herausstellen, die mir wesentlich erscheinen. 1. Wir müssen einen Frieden suchen, der den ganzen Zustand des zusammengebrochenen Systems von Nationalstaaten in Mitteleuropa seit dem ersten Weltkrieg im Auge hat. Es geht nicht an, den zweiten Weltkrieg zu isolieren. Er ist, geschichtlich gesehen, kein isoliertes Phänomen und hängt mit dem ersten untrennbar zusammen. Er war seine Fortsetzung. Der zweite Weltkrieg ist in sich selbst ein Gericht über den falschen Friedensschluß des ersten Weltkrieges. Es gilt jetzt endlich, das furchtbare Gefälle aufzuhalten, das nach dem Zusammenbruch der Dynastien in den kontinentaleuropäischen Staaten eingesetzt hat. Wir haben noch nicht gelernt, wie Demokratie und Friede sich miteinander einzuspielen haben. Bei diesem Friedensschluß wird man auch die Tatsache der russischen Revolution von 1917 als ein nicht mehr aufzuhebendes geschichtliches Positivum für Europa zu berücksichtigen haben, und zwar sehr im Unterschied zu den Friedensverträgen von 1919.

2. Frieden machen bedeutet für uns als Deutsche angesichts unserer europäischen Schuld mehr, als nur die deutsche Wiedervereinigung im Auge zu haben. Er schließt

das Problem der mitteleuropäischen Staaten überhaupt in sich und wird positiv zu seiner Lösung beitragen müssen. Wir werden den Frieden nur miteinander zuwegebringen können. Die Friedensaufgabe umspannt den ganzen verwüsteten Raum, der Mitteleuropa heißt und der durch die Hitlersche Aggression so tief zerstört und mitgenommen ist. Daß dieses Gebilde in gewisser Hinsicht, sozial, kulturell wie auch konfessionell gesehen, vielschichtig und nicht uniform bleiben wird, muß beachtet werden. Wer es uniformieren oder eine Komponente, etwa die „deutsche", zur herrschenden machen möchte — das war Hitlers pangermanistische Zielsetzung — wird alles echt Gewachsene zerstören und seiner Freiheit berauben. Wir werden bei der Rekonstruktion mehr an die Zeit vor 1866 anknüpfen müssen als an die nach 1870.

3. Ein solcher mitteleuropäischer Staatenbund könnte und müßte einiges gemeinsam haben. Das gilt außen- wie innenpolitisch. Es müßten internationale Voraussetzungen geschaffen werden, um einen im echten Sinne pazifierten Raum zu sichern. Die inneren, d. h. menschlichen Voraussetzungen dafür sind weiter entwickelt, als wir ahnen. Das wird sich zeigen, sobald die Besatzungsmächte, wie vorgeschlagen, abziehen und diese Staaten und Nationen begreifen, daß sie aufeinander angewiesen sind. Vor allem werden sie in der Frage der Rechtsgestaltung mehr aufeinander zustreben müssen als bisher. Was schließlich das Verhältnis von Christentum und Sozialismus in diesem „Neuen Europa" angeht, so wird man auch dieses aus seiner sich gegenseitig ruinierenden Antithese erlösen müssen — aber anders, als die noch ins 19. Jahrhundert hineingehörenden Religiös-Sozialen es meinten. Eher in der Richtung, die Ragatz einschlug. Wahrscheinlich wird die Bergpredigt dabei eine größere Bedeutung gewinnen, als sie sie bisher hatte. Mit dieser Hoffnung und Bitte an die Christenheit möchte ich schließen.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Der Appell der Neuntausend

Der am 13. Januar 1958 dem UN-Generalsekretär, Dag Hammarskjöld, durch den amerikanischen Nobelpreisträger Dr. Linus Pauling überreichte eindringliche Appell zur Einstellung der Kernwaffenversuche — der die Unterschriften von 9235 Wissenschaftlern aus 44 Ländern trägt, darunter 2705 aus den USA, 216 aus der Sowjetunion und aus der Bundesrepublik unter anderen die Nobelpreisträger Otto Hahn, Max Born, Werner Heisenberg, Adolf Butenandt und Adolf Windaus-Göttingen — hat folgenden Wortlaut :

„Wir, die unterzeichneten Wissenschaftler, fordern, daß ein internationales Abkommen über die Einstellung der Versuche mit Kernbomben jetzt geschlossen wird. Jeder Kernbombenversuch verbreitet eine zusätzliche Last von radioaktiven Elementen über alle Teile der Welt. Jede Steigerung der Strahlungsmenge verursacht Schäden an der Gesundheit menschlicher Wesen in der ganzen Welt und verursacht Schäden an der Gesamtheit des menschlichen Keimplasmas, die zu einer Steigerung der Zahl der Geburten von ernstlich geschädigten Kindern in kommenden Generationen führen. Solange diese Waffen nur in der Hand von drei Mächten sind, ist ein Abkommen über ihre Kontrolle möglich.

Ein internationales Abkommen über die Einstellung der Versuche mit Atombomben könnte jetzt als erster Schritt zu einer allgemeineren Abrüstung dienen

und schließlich zu der völligen Abschaffung der Kernwaffen führen, womit die Möglichkeit eines nuklearen Krieges vermieden wäre, der für die ganze Menschheit eine Katastrophe wäre. Wir haben mit unseren Mitmenschen die tiefe Sorge um das Wohlergehen aller menschlichen Wesen gemeinsam.

Als Wissenschaftler haben wir Kenntnis von den innewohnenden Gefahren und deshalb die besondere Verantwortung, diese Gefahren bekannt zu machen. Wir erachten es als gebieterisch, daß sofort etwas unternommen wird, um ein internationales Abkommen zur Einstellung aller Versuche mit Kernwaffen herbeizuführen."

Wortlaut der Entschließungen und Empfehlungen der asiatisch-afrikanischen Konferenz in Kairo

Die Völker Afrikas und Asiens kämpfen gegen ihre schlechte Lage, und obgleich einige von ihnen ihre Unabhängigkeit erlangt haben, untersteht ihre Wirtschaft immer noch den tyrannischen Imperialisten. Sie sind immer noch der Brennpunkt der Bestrebungen des Imperialismus. 150 Millionen Einwohner Afrikas und Asiens leiden immer noch unter dem Imperialismus und seiner Ausbeutung ihrer Naturschätze. Die Völker Asiens und Afrikas sind entschlossen, alle Hindernisse auf ihrem Wege zu überwinden. Sie erkennen deutlich, daß die Wirtschaft in vielen asiatisch-afrikanischen Ländern unausgewogen ist, daß die Arbeitslosigkeit grassiert, daß die Preise steigen und daß die Arbeiter im allgemeinen keine gewerkschaftlichen Rechte genießen. Die Völker Asiens und Afrikas sind sich dessen bewußt, daß ein größeres Augenmerk auf die Produktion gerichtet werden muß, damit angemessene Ergebnisse erzielt werden.

In ihrer derzeitigen Befreiungsbewegung befinden es die Völker Asiens und Afrikas für notwendig, nicht nur auf politischem, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet eng zusammenzuarbeiten. Sie erkennen, daß ihre Unabhängigkeit und ihr soziales, materielles und kulturelles Niveau nicht ohne ihre wirtschaftliche Entwicklung beibehalten werden kann. Sie halten es in unserer Gegenwart, da die imperialistischen Mächte ihre Kräfte zusammenschließen, für notwendig, daß ihre Solidarität die Oberhand behält. Die asiatisch-afrikanischen Völker sind der Ansicht, daß sie gemeinsam für ihre wirtschaftliche Entwicklung und für die Koordinierung ihrer Pläne auf gemeinsamer und gegenseitiger Interessengrundlage arbeiten müssen.

Die Vertreter der asiatisch-afrikanischen Länder sind auf ihrer Solidaritätskonferenz hier in Kairo nach eingehender Erörterung der Bedingungen zu verschiedenen Schlußfolgerungen in Form von allgemeinen und besonderen Empfehlungen gelangt. Diese Empfehlungen werden als Losungen über ihrer gesamten Arbeit stehen, einschließlich der Angelegenheiten, die mit Handelsaustausch, wirtschaftlicher Entwicklung, Arbeit und Genossenschaften und der Befreiung der abhängigen Länder vom Imperialismus im Zusammenhang stehen.

Diese Zusammenarbeit und Solidarität auf verschiedenen Wirtschaftsgebieten wird ihre nationale Unabhängigkeit festigen und den Weltfrieden fördern.

1. Allgemeine Empfehlungen

Die Völker Asiens und Afrikas, die ihre politische Unabhängigkeit erlangt haben, sind entschlossen, ihren Kampf gegen alle Formen des Kolonialismus und Imperialismus fortzusetzen und insbesondere ihren Ländern die völlige wirtschaftliche Unabhängigkeit zu sichern.

Geleitet von den obengenannten Zielen ruft die Konferenz alle Regierungen Asiens und Afrikas auf, enger an der Aufgabe zusammenzuarbeiten, ihre Wirtschaften durch Industrialisierung vielfältiger zu gestalten, um den Lebensstandard ihrer Völker zu heben. Insbesondere fordert die Konferenz:

a) Abschaffung der bestehenden Ungleichheit im Austausch zwischen entwickelten und unentwickelten Ländern.

b) Festsetzung günstiger Preise für Rohmaterialien auf dem Weltmarkt.

c) Schaffung von Devisenbeziehungen, die die Entwicklung der nationalen Wirtschaften der unterentwickelten Länder fördern.

d) Entwicklung des Handels zwischen den Nationen, ungeachtet ihrer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Systeme.

e) Nutzbarmachung der natürlichen Reichtümer eines jeden Landes zum Nutzen seines Volkes.

f) Die Entwicklung von Wirtschaftsbeziehungen zwischen Ländern auf eine Weise, die ihrer nationalen Unabhängigkeit und Souveränität keinen Abbruch tut.

Die Konferenz erklärt die Nationalisierung zu einem gesetzlichen Mittel und einem Recht, das nach den Prinzipien der nationalen Souveränität jeder Nation zusteht.

Die Konferenz empfiehlt die Bildung eines ständigen Ausschusses mit dem Ziel, Unterlagen und Informationen über die asiatisch-afrikanischen Länder zu sammeln und diese Unterlagen und Informationen mit allen möglichen Mitteln zu verbreiten, um die wirtschaftlichen Beziehungen unter ihnen zu erleichtern.

Die Konferenz ruft die Regierungen der asiatisch-afrikanischen Länder auf, die wirtschaftliche Entwicklung im Lichte der herrschenden sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen und der derzeitigen internationalen Beziehungen zu prüfen. Solche Studien sollten nach umfassenden Plänen auf einer Sonderkonferenz durchgeführt werden, die zu einem späteren Zeitpunkt einzuberufen wäre, um die soziale und wirtschaftliche Entwicklung zu beschleunigen, damit der Lebensstandard ihrer Völker gehoben und damit die Kluft zwischen den einzelnen Nationen verkleinert und der Weltfrieden gesichert wird sowie die UN-Charta und die Prinzipien von Bandung eingehalten werden.

2. Empfehlungen für den Handelsaustausch

Die Solidaritätskonferenz der asiatisch-afrikanischen Völker billigt die folgenden Empfehlungen:

a) Sie legt besonderen Nachdruck auf die Notwendigkeit der Entwicklung des Handels zwischen allen Nationen ohne alle Diskriminierungen und Einschränkungen und erklärt, daß solche Diskriminierungen und Einschränkungen, wie sie gewissen asiatisch-afrikanischen Ländern auf Grund ihrer sozialen und wirtschaftlichen Systeme auferlegt wurden, ungerecht sind und abgeschafft werden sollten; sie erklärt die Sperrung von Guthaben oder die Verhinderung ihrer vollen und freien Verwendung als ungesetzlich und ungerechtfertigt; man sollte ihr entschiedenen Widerstand entgegensetzen.

b) Sie nimmt mit Genugtuung die konkrete Entwicklung des in Bandung verkündeten Geistes der engen wirtschaftlichen Zusammenarbeit zur Kenntnis; sie kommt im Abschluß zahlreicher Handels- und Beistandsabkommen zwischen vielen asiatischen und afrikanischen Ländern seit der Bandung-Konferenz zum Ausdruck; erfreulich ist auch die große Zunahme des Handels zwischen den asiatisch-afrikanischen Ländern, die sich daraus ergab.

c) Sie begrüßt die großen Bemühungen der arabischen Länder um eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit. Eine solche wahre freundschaftliche Zusammenarbeit auf der Grundlage der Gleichberechtigung und der gegenseitigen Unterstützung wird sich fördernd auf die stärkere Entwicklung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen den Ländern des asiatisch-afrikanischen Raumes auswirken.

d) Sie fordert die asiatisch-afrikanischen Länder auf, alle Wege zu untersuchen und zu erforschen, die zur Erleichterung der Handelsbeziehungen und der Zahlungsmethoden führen, damit die weitere Entwicklung des Handels und die engere wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den asiatisch-afrikanischen Ländern auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Nutzens erleichtert wird.

e) Sie empfiehlt, die Verbände der Handelskammern und die Handelskammern der asiatisch-afrikanischen Länder aufzufordern, Ende 1958 eine Konferenz in Kairo zu veranstalten, um Mittel und Wege zur Erweiterung des Handelsaustausches und zur Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Ländern der asiatisch-afrikanischen Gruppe zu suchen.

f) Sie ruft die asiatisch-afrikanischen Regierungen auf, untereinander Abkommen über den asiatisch-afrikanischen Güter- und Materialaustausch auf beiderseitig günstiger Grundlage zu schließen, und verlangt, daß den Handelsvertretern dieser Länder ähnliche Vorrechte eingeräumt werden.

g) Sie ruft die asiatisch-afrikanischen Länder auf, bessere Fernmelde- und Transportmittel einzuführen, um die wirtschaftliche Entwicklung zu beschleunigen; sie fordert die asiatisch-afrikanischen Regierungen, die Eisenbahnen, die Schiffahrtsunternehmen und Fluggesellschaften auf, Ermäßigungen für den Transport von Bürgern und Erzeugnissen der asiatisch-afrikanischen Länder festzusetzen.

3. Empfehlungen für landwirtschaftliche und industrielle Entwicklung

Der Wirtschaftsauschuß ist der Ansicht, daß die unterentwickelten Wirtschaften und der niedrige Lebensstandard der asiatisch-afrikanischen Länder Ergebnis einer Vielfalt von Ursachen sind: Mangel an Kapital, Mangel an technischen Fachkräften, Fehlen industrieller Entwicklung, Verbreitung von Pflanzenkrankheiten und Tierseuchen und Fehlen einer vollen Ausnutzung der vorhandenen Hilfsmittel durch eine geeignete Produktionsplanung. Die Mehrheit dieser Ursachen ist auf die Unterjochung der nationalen Wirtschaft in den asiatisch-afrikanischen Ländern durch die imperialistische Herrschaft zurückzuführen. Der Ausschuß hat daher beschlossen:

a) Die Konferenz hat keine Bedenken gegen die Investition ausländischen Kapitals, noch wendet sie sich gegen die Aufnahme ausländischer Anleihen, vorausgesetzt, daß mit den ausländischen Kapitalinvestitionen und Anleihen keine politischen oder andere Bedingungen verbunden sind, die dazu angetan sind, die Wirtschaft des Empfängerlandes einzuengen oder zu leiten, noch daß irgendwelche Sondervorrechte gegenüber dem nationalen Kapital zugestanden werden.

b) Die Konferenz ruft die asiatisch-afrikanischen Regierungen, Gesellschaften und anderen Körperschaften auf, den Austausch wirtschaftlicher und technischer Unterlagen und Informationen und den Austausch von Fachleuten auf allen Gebieten der Produktion zu organisieren.

c) In Anbetracht dessen, daß in den asiatisch-afrikanischen Ländern noch keine schnelle wirtschaftliche Entwicklung erreicht wird, fordert die Konferenz die betreffenden Regierungen zum unverzüglichen Handeln hinsichtlich der Planung, der Organisierung und Koordinierung der Produktion, der Entwicklungsmittel und der Handelseinrichtungen auf, damit ihre Naturschätze voll ausgenutzt werden.

d) Die Konferenz ersucht die asiatisch-afrikanischen Regierungen, der Industrialisierung als Mittel zur Hebung des Lebensstandards der Völker dieser Länder die gebührende Bedeutung beizumessen und die Landwirtschaft mit modernen Maschinen auszurüsten, damit die Produktion gesteigert wird und die Fischerei und das Forstwesen industrialisiert und modernisiert werden.

e) Die Konferenz empfiehlt den asiatisch-afrikanischen Regierungen, ein Abkommen untereinander abzuschließen, Kampagnen gegen Pflanzen- und Tierkrankheiten durchzuführen und regionale Zentralen für die Förderung dieser Arbeit einzurichten.

f) Die Konferenz ist der Auffassung, daß Bodenreformen, die die Entwicklung der Volkswirtschaft der Länder anregen würden, eine dringende Notwendigkeit geworden sind.

4. Empfehlungen für die Arbeiterorganisationen und Genossenschaften

Um breite Schichten der Völker der asiatischen und der afrikanischen Länder zu mobilisieren, den Imperialismus zu bekämpfen, den Weltfrieden zu fördern, die nationale Unabhängigkeit zu erlangen und zu erhalten, die nationale Wirtschaft zu entwickeln und die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern, erachtet es die Konferenz für notwendig, unablässig die Solidarität und Zusammenarbeit der Gewerkschaftsbewegungen und Genossenschaftsbewegungen in den asiatischen und afrikanischen Ländern im Geiste der Bandung-Konferenz zu pflegen.

Unter Berücksichtigung der Wünsche und Bestrebungen der Werktätigen und vieler Gewerkschaften und Genossenschaftsbewegungen in Asien und Afrika nach Solidarität und Zusammenarbeit unterstützt die Konferenz, wenn die Zeit herangereift ist, die Einberufung von Gewerkschafts- und Genossenschaftskonferenzen mit breiter Vertretung der asiatisch-afrikanischen Länder zur Erörterung ihrer wirtschaftlichen Probleme.

a) Die Konferenz vertritt die Auffassung, daß die wirtschaftliche Entwicklung in verschiedenen Ländern Asiens und Afrikas auf die restlose Nutzung brachliegender Quellen des Reichtums, auf die Beendigung der Arbeitslosigkeit und die Hebung des Lebensstandards der Arbeiterklasse abzielt. Sie fordert weiter die asiatischen und afrikanischen

Regierungen auf, die ständigen Preissteigerungen für wichtige Bedarfsartikel zu unterbinden, so daß der Lebensstandard der Völker verbessert werden kann.

b) Die Konferenz ruft die Regierungen Asiens und Afrikas auf, den Werktätigen das Recht zur Bildung ihrer eigenen Gewerkschaften zu garantieren und zu versuchen, alle Arbeitsprobleme in ihren Ländern zu lösen.

c) Die Konferenz weist nachdrücklich darauf hin, daß die Anwendung der Grundsätze der Gerechtigkeit, der Gleichberechtigung und der Solidarität erforderlich macht, daß gleicher Lohn für die gleiche Arbeit gezahlt wird, und daß jegliche Diskriminierung in den Löhnen aus rassischen oder religiösen Gründen weder vernünftig noch gerecht ist und der Solidarität unserer Nationen schadet. Die Konferenz empfiehlt den asiatisch-afrikanischen Regierungen, Mindestlöhne für verschiedene Arbeiten festzusetzen und den Werktätigen die notwendigen sozialen Garantien zu geben.

d) Die Konferenz empfiehlt allen asiatisch-afrikanischen Regierungen, Mindestgehälter für Werktätige festzulegen und ihnen soziale Garantien zu geben.

e) Die Konferenz befürwortet die Bildung von Genossenschaftsverbänden für die Produktion und die Schaffung von Genossenschaftsbewegungen in Übereinstimmung mit den besonderen Umständen in jedem Lande. Sie fordert die Stärkung der genossenschaftlichen Beziehungen zwischen den asiatisch-afrikanischen Ländern.

f) Die Konferenz empfiehlt den gegenseitigen Austausch technischer Fachleute und von Informationen unter den Gewerkschaften und den Genossenschaftsbewegungen. Sie empfiehlt ferner den Austausch von Erziehungsmissionen und Seminaren.

g) Die Konferenz ersucht ihr ständiges Kairoer Büro, möglichst weitreichende Kontakte mit Gewerkschaften und Genossenschaftsorganisationen in Asien und Afrika herzustellen, um die Zusammenarbeit zur Erreichung der oben erwähnten Ziele zu pflegen.

5. Empfehlungen für die abhängigen Länder

Der Wirtschaftsausschuß hat die wirtschaftliche Lage der abhängigen Länder untersucht und ist zu folgenden Ergebnissen gekommen:

a) Die Beibehaltung einer rückständigen Wirtschaft und das Fehlen einer vernünftigen Planung erzeugen eine unausweichliche wirtschaftliche Stagnation mit allen ihren Rückwirkungen auf den Lebensstandard.

b) Seit dem Zusammenschrumpfen der Weltmärkte wegen der Befreiung vieler Völker verwenden die Kolonialländer all ihre Anstrengungen darauf, die Naturschätze der abhängigen Länder noch mehr auszubeuten.

c) Die Investition in Form von Subventionen, Anleihen oder Hilfe sind in den Charakter der Ausbeutung gekleidet, sofern sie die Interessen der Völker nicht berücksichtigen.

d) Anstatt die Entwicklung der Verbrauchererzeugnisse zu fördern, konzentriert die koloniale Landwirtschaft ihre Bemühungen ausschließlich auf die Erzeugung von Exportprodukten entgegen den Interessen der Bevölkerung.

e) Die als Pläne für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung der abhängigen Länder (f. i. d. e. s. colonial development and welfare) bekannten Pläne begünstigen ein Mißverhältnis zwischen dem Grundbesitz einer Handvoll ausländischer Firmen und der Entwicklung des nationalen Kapitals zu dessen Schaden.

f) Der europäische gemeinsame Markt hat sich das Ziel gesetzt, das wirtschaftliche Feld der abhängigen Länder zu begrenzen, indem er sie zum Eigentum von sechs europäischen Ländern macht; er hat ferner das Ziel, die Bestrebungen der Völker nach Unabhängigkeit von der Kolonialherrschaft durch Massenkonzentration ausländischen Kapitals auf ihren Gebieten abzuwürgen, und führt schließlich dazu, sie von den unabhängigen asiatisch-afrikanischen Ländern zu lösen.

Unter Berücksichtigung dieser Erwägungen empfiehlt der Ausschuß:

a) Den abhängigen Völkern in ihrem Kampf um Befreiung von kolonialer Unterdrückung wirksame Hilfe zu leisten.

b) Einen dringenden Appell an die Regierungen Asiens und Afrikas zu richten und sie aufzufordern, die gewerkschaftliche Freiheit auf ihren Gebieten zu achten.

c) Den europäischen gemeinsamen Markt und die gewaltsame Einbeziehung der abhängigen Länder in diesen Markt zu brandmarken.

d) Ein Komitee im Rahmen des ständigen Büros einzurichten, das die Wirtschaftsprobleme der Völker der abhängigen Länder studiert und den Studenten der abhängigen

Länder Stipendien und Unterstützungen gibt, damit sie ihre technischen Studien fortsetzen können.

e) Von den Regierungen der asiatisch-afrikanischen Länder zu verlangen, daß sie auf das Ziel hinarbeiten, daß die arabischen Flüchtlinge aus Palästina ihre frühere Heimat wiedergewinnen, ihr beschlagnahmtes Eigentum wieder in Besitz nehmen und die Rückgabe ihrer verlorenen Vermögen erwirken können.

6. Katastrophe in Ceylon

Mit tiefem Bedauern hat die Konferenz die Nachricht von der Überschwemmungskatastrophe aufgenommen, die das Volk Ceylons betroffen hat. Die Konferenz drückt dem Volk Ceylons ihr tiefes Mitgefühl und ihre Anteilnahme aus und appelliert dringend an alle asiatisch-afrikanischen Regierungen und Völker, den Opfern dieser Überschwemmung zu helfen.

Entschließung der Konferenz über soziale Entwicklungen

Kolonialismus und Imperialismus in ihren verschiedenen Formen rauben der Einzelpersönlichkeit ihre Würde als schöpferisches Mitglied der Gesellschaft, unterhöhlen die Energien der Völker zugunsten ihrer imperialistischen Ziele und beuten die Arbeit der werktätigen Männer und Frauen für ihren eigenen Vorteil aus.

Unterdrückung, Massenmord, Rassendiskriminierung und Aberkennung der sozialen Rechte sind die Stempel der Kolonialpolitik, die letztlich dazu geführt hat, die Grundlagen der sozialen Struktur und der nationalen Souveränität zu zerstören.

Ernsthafte Bemühungen um den sozialen Fortschritt sind niemals zu trennen von dem anhaltenden und beharrlichen Kampf für die politische Unabhängigkeit und Selbstbestimmung. Es ist daher unumgänglich, daß alle Programme für die soziale Wohlfahrt untrennbar mit der völligen Befreiung von imperialistischem Druck aller Arten verbunden sind. Neuerliche Befreiungsbewegungen haben bewiesen, daß schöpferische und konstruktive Kräfte einer Nation nur freigelegt werden können, wenn das Volk voll erkennt, daß seine Anstrengungen ihm selbst und nicht einer Unterdrückungsmacht von außerhalb oder einer Ausbeuteragentur im Innern zugute kommen werden.

Es ist ein wichtiger Grundsatz, daß jede wirtschaftliche und soziale Entwicklung letzten Endes die Wohlfahrt und das Wohlergehen des Volkes zum Ziele hat. Sie sollte es darauf anlegen, die Fähigkeit des einzelnen Menschen zu entwickeln, seine eigenen materiellen und moralischen Energien voll zu entfalten und die Gesellschaft zu einer dauernden und vollständigen Entwicklung zu führen.

Im Lichte der vorgenannten Prinzipien empfiehlt die Konferenz im Hinblick auf die

1. Frauen- und Kinderfürsorge,
2. Jugendfürsorge,
3. ärztliche und Sozialbetreuung

folgendes:

1. Frauen- und Kinderfürsorge

Diese Konferenz ist der Auffassung,

daß der Imperialismus das Wohlergehen der Familie als der Hauptstütze der Gesellschaft und als einer entscheidenden sozialen Einrichtung behindert hat und auch weiter behindert und damit diese Einrichtung schwächt und häufig sogar auflöst;

daß Frauen und Kinder in Ländern unter Kolonialherrschaft, die einem kolonialen Erbe unterliegen, in unterschiedlichem Maße ihrer sozialen Rechte beraubt und verschiedenen Ausbeutungsmethoden ausgesetzt sind;

daß die Förderung des Wohlergehens der Frauen und Kinder und der Familie als ganzes eine der wichtigsten Verantwortlichkeiten des Staates ist.

Die Konferenz empfiehlt, daß

1. der Staat eine Gesetzgebung verkünden und in Kraft setzen sollte, wie sie notwendig ist, um die angemessene gesellschaftliche Organisation der Familie zu garantieren, die Würde der Mutterschaft zu achten und das Wohl der Kinder zu sichern, und zwar auf folgende Weise:

a) Das Heiratsalter für Mädchen sollte auf wenigstens 18 Jahre festgesetzt werden.

b) Die Ehe sollte auf dem Grundsatz der persönlichen Freiheit der Gattenwahl beruhen.

c) Einrichtungen für die Eheberatung und Geburtenplanung sollten geschaffen werden, damit die Gesundheit überwacht wird und die jungen Männer und Frauen über Eheprobleme beraten werden.
d) Scheidungen sollten unter Berücksichtigung dessen, daß die Familie eine gesellschaftliche Institution ist, vorgenommen und überwacht werden.
e) Es sollten drastische Maßnahmen zur Abschaffung der Polygamie ergriffen werden.
f) Im Scheidungsfall sollte die Mutter das Sorgerecht für die Kinder bis zu einem bestimmten Alter erhalten.

2. Der Staat sollte beiden Geschlechtern gleiche Rechte gewähren:
a) gleiche Bürgerrechte,
b) juristische Rechte,
c) das Recht auf Arbeit,
d) das Recht auf Ausübung öffentlicher Ämter,
e) gleicher Lohn für gleiche Arbeit,
f) Eigentumsrecht,
g) Recht auf Bildung.

3. Arbeitende Frauen sollten während der Schwangerschaft und der Geburt das Recht auf kostenfreie ärztliche Betreuung und einen angemessenen Schwangerschaftsurlaub bei voller Bezahlung haben.

4. Das Recht der verheirateten Frau auf Arbeit muß anerkannt und garantiert werden.

5. Internationale Arbeitsabkommen und Vorschriften müssen im Hinblick auf die Beschäftigungsbedingungen für Frauen angenommen werden, beispielsweise Festlegung der Arbeitsstunden, Entlohnung, Nacht- und Untertagearbeit.

6. Besondere Aufmerksamkeit sollte der Einrichtung von Kindergärten zur Unterstützung arbeitender Frauen gewidmet werden.

7. Zentren für Geburten- und Kinderfürsorge und Erholungsmöglichkeiten müssen geschaffen und auf alle Teile des Landes als wesentliche Wirkstätten für die Verbesserung der Gesundheitsbedingungen ausgedehnt werden.

8. Schutz der Kinder vor Verhältnissen, die dazu angetan sind, sie zur Kriminalität zu bringen, ist ein Hauptanliegen des Staates. Waisenhäuser, Erholungsstätten und andere Einrichtungen sollten geschaffen werden, um behinderten Kindern das Rüstzeug zu geben, daß sie produktive Mitglieder der Gesellschaft werden.

9. Jugendgerichte mit weiblichen Richtern sind für die Umerziehung und die Behandlung jugendlicher Krimineller von entscheidender Notwendigkeit.

10. Es sollten Schritte unternommen werden, um die Prostitution auszumerzen, indem man allen Mitgliedern der Gesellschaft ausreichende Mittel zum Leben zur Verfügung stellt.

Die Konferenz weist das Sekretariat an, die notwendigen Schritte zu prüfen und einzuleiten, um gegebenenfalls einen asiatisch-afrikanischen Frauenbund zur Förderung der sozialen und kulturellen Bande zwischen den asiatisch-afrikanischen Völkern und für eine bessere Verständigung über die Frauen- und Kinderprobleme in diesen Ländern durch Publikationen, Konferenzen, Austausch von Besuchen und durch jedes andere geeignete Mittel zu gründen.

2. Jugendfürsorge

Diese Konferenz ist der Ansicht,

daß die heutige Jugend die Erwachsenen von morgen sind, auf die die Nation zählen muß;

daß es sich auf die Gegenwart und auf die Zukunft des Landes auswirken wird, wenn die Jugend schwach oder korrupt ist und daß es zu einem eventuellen Niedergang führen kann, und daß die Kraft und Solidarität der Nation gesichert sein wird, wenn die Jugend dagegen körperlich, geistig, sozial und moralisch stark ist;

daß es eines der Hauptziele der Jugendfürsorge ist, die staatliche Verantwortung zu pflegen und zu kultivieren, umfassende Programme zum Nutzen des einzelnen und der Nation als Ganzes aufzustellen;

daß die staatsbürgerliche Erziehung die Grundlage der Gesamtentwicklung eines rechten Bürgers ist;

daß den Mitteln und Wegen der Planung und der Erfüllung der notwendigen Programme der staatsbürgerlichen Erziehung die gebührende Sorgfalt zuteil werden sollte;

daß geeignete Mittel zur Stärkung der Solidarität und der gegenseitigen Verständigung unter der asiatisch-afrikanischen Jugend entwickelt werden sollten.

Die Konferenz empfiehlt daher:

1. Die Jugend sollte im Geiste der Solidarität, der Freundschaft, des Patriotismus, des Friedens und der Achtung vor den Menschenrechten erzogen werden.

2. Die verschiedenen Bedürfnisse der Jugend sollten studiert werden, damit ihre Freizeit besser gestaltet werden kann und die notwendigen gesetzlichen Maßnahmen zum Schutz und zum Wohlergehen der Jugend erlassen werden können.

3. Eine umfangreiche Politik der Jugendfürsorge auf den Gebieten des Sports und der gesellschaftlichen Erziehung sollte ausgearbeitet werden, die den verschiedenen Bedürfnissen der Jugend Rechnung trägt.

4. Programme und Pläne für die Verwirklichung einer solchen Politik sollten sorgfältig erfüllt werden.

5. Es sollten Führungskräfte herangebildet werden, die solche Programme durchführen, und die erforderlichen Ausbildungsprogramme für solche Fachkräfte sollten vorbereitet werden.

6. Ferienlager, Ausflüge usw. sollten für das soziale Wohlergehen der Jugend veranstaltet werden.

7. Sport- und Erholungszentren und andere Einrichtungen zum Wohle und zur Anleitung der Jugend sollten errichtet werden.

8. Für die Verwirklichung der obigen Ziele, die als wesentlich für die Heranbildung eines guten Staatsbürgers betrachtet werden, sollten ausreichende Haushaltsmittel bereitgestellt werden.

9. Es sollten die notwendigen gesetzlichen Maßnahmen zum Schutze der Jugend vor unmoralischen Publikationen oder Filmen getroffen werden.

10. Anschauungsmaterial, wie Filme, Lichtbilder und Publikationen, sollte zur Förderung der Jugend in den asiatisch-afrikanischen Ländern hergestellt werden.

11. Im Jahre 1958 sollte eine asiatisch-afrikanische Jugendkonferenz veranstaltet werden, um die gemeinsamen Bedürfnisse und Mittel zur Schaffung von Einrichtungen für die Jugend in den asiatisch-afrikanischen Ländern zu untersuchen. Es wird vorgeschlagen, daß die Konferenz in Ägypten, Indien oder Indonesien stattfindet.

12. Ein interimistisches Büro für die Jugendfürsorge, das dem Sekretariat der asiatisch-afrikanischen Konferenz angeschlossen ist, sollte eingerichtet werden, um

a) die kulturellen Beziehungen unter der asiatisch-afrikanischen Jugend zu pflegen;
b) Sportbewegungen und den Austausch von Sportlergruppen zu fördern und zu unterstützen;
c) die asiatisch-afrikanische Jugendkonferenz zu veranstalten;
d) der Jugend der asiatisch-afrikanischen Länder während ihres Aufenthaltes in jedem dieser Länder jede mögliche Unterstützung zu gewähren;
e) die Gründung einer Jugendorganisation in allen asiatisch-afrikanischen Ländern zu fördern;
f) den Gedanken der Veranstaltung regelmäßiger Jugendfestspiele für die asiatisch-afrikanischen Länder zu unterstützen und zu fördern;
g) die Gründung eines allasiatisch-afrikanischen Jugendbundes zu fördern.

3. Ärztliche und Sozialbetreuung

Die Konferenz ist der Auffassung,

daß die Erreichung eines angemessenen Lebensstandards für alle Bürger die wichtigste Aufgabe des Staates ist;

daß dieses Ziel durch ein System der totalen Planung erreicht werden sollte, welches die wirtschaftlichen Programme für die Produktion mit Programmen der sozialen Wohlfahrtseinrichtungen verbindet;

daß ein Gleichgewicht zwischen den beiden Aspekten der Wirtschaftsproduktion und der sozialen Einrichtungen im Lichte einer sorgfältigen wissenschaftlichen Analyse der Bedürfnisse, der Hilfsquellen und der Möglichkeiten des Landes herbeigeführt werden muß;

daß jedes umfassende Programm der nationalen Entwicklung in allen Fällen Bestimmungen über soziale, Bildungs-, Gesundheitseinrichtungen und Wohnungsbeschaffung als integralen Teil des Gesamtplanes enthalten muß.

Die Konferenz empfiehlt daher:

1. Der Zugang zu sozialen, Bildungs-, Gesundheitseinrichtungen und Unterbringungsmöglichkeiten ist eines der unveräußerlichen Rechte des einzelnen. Diese Dienste müssen qualitativ und quantitativ ausreichend vorhanden sein, damit ihre gerechte Verteilung und technische Leistungsfähigkeit gesichert ist.

2. Die Staaten sollten alle notwendigen Schritte einleiten, um die Sicherheit eines Staatsbürgers und seiner Familie jetzt und in Zukunft zu fördern. Das kann durch gesetzliche Maßnahmen für die soziale Sicherheit und die soziale Unterstützung für die Alten, die Arbeitsunfähigen, die Kranken und alle anderen Kategorien bedürftiger Bürger erreicht werden.

3. Da die Erziehung einer der wichtigsten Faktoren des sozialen und wirtschaftlichen Fortschritts ist, soll das Recht des einzelnen auf Bildungseinrichtungen anerkannt werden. Der Staat muß die notwendigen Gesetze zur (Grund-) Schulpflicht für alle Kinder mit allen Bestimmungen erlassen, die zur Erfüllung seiner Verpflichtungen geeignet sind. Der Grundsatz der Gleichheit der Bildungsmöglichkeiten für alle, ungeachtet der Rasse, der Religion, der Zahlungsfähigkeit, muß umfassend angewandt werden. Es müssen organisierte Kampagnen zur Bekämpfung des Analphabetentums der Erwachsenen geführt werden.

4. Die Schaffung von sanitären Einrichtungen ist eines der Rechte des einzelnen. Dieses kann in einem umfassenden Gesundheitsplan erreicht werden, der zwei Hauptaspekte umfaßt:

a) Öffentliche Gesundheit, darunter fallen Bereitstellung von keimfreiem Wasser, gesunden Wohnungen, Beseitigung der Abfälle usw., vorbeugende Maßnahmen zum Schutze vor ansteckenden Krankheiten, Weckung des Empfindens für Hygiene und Gesundheitserziehung, insbesondere in den ländlichen Gebieten.

b) Heilverfahren und Behandlung, Krankenhäuser und Kliniken und Ausbildung von Personal auf allen technischen Ebenen. Der Plan zur Heilbehandlung könnte durch einen Gesundheitsversicherungsplan oder die Nationalisierung der Medizin erreicht werden.

5. In Anbetracht der beklagenswerten Bedingungen unter den Palästinaflüchtlingen, die aus ihrer Heimat vertrieben worden sind, ruft die Konferenz die asiatisch-afrikanischen Länder auf, diesen Menschen in voller Anerkennung der Solidarität dieser Länder bis zur endgültigen Lösung der Palästinafrage materielle und Sozialhilfe zu leisten.

6. Materielle und soziale Hilfe sollten auch alle asiatisch-afrikanischen Länder erweisen, um die Leiden der Algerier in ihrem heldenmütigen Kampf gegen den französischen Imperialismus zu mildern.

7. Da Hunderte von Menschen auf Zypern ihrer Grundrechte in Konzentrationslagern und Gefängnissen beraubt sind, verurteilt die Konferenz diese Ausschreitungen des britischen Imperialismus und ruft alle asiatisch-afrikanischen Völker auf, auf jede mögliche Weise ihre moralische und materielle Unterstützung zu zeigen.

Die Konferenz weist das Sekretariat an, im geeignet erscheinenden Augenblick die notwendigen Schritte zur Bildung einer ständigen Körperschaft für medizinische, pharmazeutische und soziale Einrichtungen der asiatisch-afrikanischen Länder einzuleiten und zu prüfen, die die dauernde Zusammenarbeit zwischen diesen Ländern auf dem Gebiet der Medizin, der wissenschaftlichen und technischen Erkenntnisse und der sozialen Dienste fördern würden. Diese Körperschaft wird auch für die Veranstaltung von Konferenzen und Seminaren zum Erfahrungsaustausch und zur Koordinierung der Anstrengungen auf dem Gebiet der medizinischen und sozialen Einrichtungen in Krisen- und Notzeiten verantwortlich sein.

Diese Körperschaft könnte sich in Zusammenarbeit mit anderen asiatisch-afrikanischen Organisationen auch um die Koordinierung der medizinischen Industrien kümmern. Eine solche Koordinierung wird diesen Ländern helfen, in naher Zukunft einen Stand zu erreichen, der es ihnen ermöglicht, auf eigenen Füßen zu stehen und den Handelsaustausch medizinischer Artikel zu erleichtern.

Botschaft der Konferenz an die Menschen der Welt

Wir Vertreter der asiatisch-afrikanischen Völker waren vom 26. Dezember 1957 bis zum 1. Januar 1958 in Kairo versammelt, um internationale Probleme zu erörtern, die im besonderen die asiatisch-afrikanischen Völker betreffen.

Wir behandelten politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Probleme, vor denen unsere Völker stehen.

Wir waren nur von einem Gefühl beseelt, von dem Gefühl der Zusammenarbeit und Einheit zwischen unseren Völkern und der umfassenden Freundschaft mit allen Völkern der Welt.

Nach siebentägigen harmonischen Diskussionen hat unsere Konferenz Vereinbarungen über Vorschläge zur Lösung verschiedener Probleme erzielt. Das beweist, daß die asiatisch-afrikanischen Völker bei der Aufgabe der Erhaltung des Friedens die Einheit und ein gemeinsames Aktionsprogramm erreicht haben. Die Konferenz faßte den einmütigen Beschluß, eine ständige Organisation in Kairo zu schaffen, die sich für die Verwirklichung der gefaßten Entschließungen einsetzt.

Wir erklären, daß die Prinzipien, die auf der Bandung-Konferenz vom April 1955 angenommen wurden, die Grundlage für die internationalen Beziehungen bleiben sollen. Wir bekräftigen unsere absolute Unterstützung für die folgenden zehn Prinzipien, die in den vergangenen Jahren die Unterstützung unserer Völker hatten:

1. Achtung der grundlegenden Menschenrechte und der Prinzipien und Ziele der Charta der Vereinten Nationen.
2. Achtung der Souveränität aller Völker und der Integrität ihrer Territorien.
3. Anerkennung der Gleichheit aller Rassen und aller Nationen, ob groß oder klein.
4. Verzicht auf jegliche Einmischung in die Angelegenheiten anderer Länder.
5. Achtung des Rechts jeder Nation, sich in Übereinstimmung mit der UN-Charta allein oder kollektiv zu verteidigen.
6. a) Verzicht auf die Ausnutzung kollektiver Verteidigungsorganisationen für private Ziele irgendeiner Großmacht. b) Verzicht jeder Macht, auf andere Länder Druck auszuüben.
7. Vermeidung von aggressiven Aktionen und Drohungen sowie von Gewaltanwendung gegen die regionale Sicherheit oder politische Unabhängigkeit irgendeines Landes.
8. Regelung aller internationalen Streitfragen durch friedliche Methoden, wie zum Beispiel Verhandlungen, Versöhnung, Schlichtung, gerichtliche Maßnahmen oder andere friedliche Methoden, die von den betreffenden Parteien in Übereinstimmung mit der UN-Charta bestimmt werden.
9. Entwicklung unserer gemeinsamen Interessen und gegenseitigen Zusammenarbeit.
10. Achtung vor dem Recht und den internationalen Verpflichtungen. Die gegenwärtige Weltspannung würde endgültig gemindert werden, und die tödliche Angst vor der Vernichtung, von der jetzt Millionen Menschen befallen sind, könnte beseitigt werden.

Wir erklären, daß die Fundamente des Friedens nicht errichtet werden können, bevor diese Spannung beseitigt ist. Wir begrüßen jeden Schritt in dieser Richtung. Wir rufen die Völker der Welt auf, ihre wissenschaftlichen Anstrengungen und die Atomenergie für friedliche Zwecke, im Dienste der Menschheit, für Wohlstand und umfassende Zusammenarbeit zwischen den Völkern auf der Grundlage der Gleichheit und in Übereinstimmung mit der UN-Charta einzusetzen.

Die asiatisch-afrikanischen Völker glauben an die UN-Charta.

Die asiatisch-afrikanischen Völker glauben, daß die imperialistische Herrschaft, die ausländische Ausbeutung und andere Mißstände, die das Ergebnis der Unterjochung der Völker sind, eine Verletzung der grundlegenden Menschenrechte und der UN-Charta darstellen, abgesehen von anderen schädlichen Auswirkungen auf die Regierungen und die Regierten, die die Entwicklung des Friedens und der internationalen Zusammenarbeit behindern. Das Fortbestehen des Imperialismus ist nicht zu vereinbaren mit der neuen Aera, in der die Welt jetzt lebt. Die asiatisch-afrikanischen Völker glauben fest an das Recht jedes Volkes auf Freiheit und Unabhängigkeit.

Die asiatisch-afrikanischen Völker wünschen die Einheit, sie wollen zusammenarbeiten und einander helfen, um für das Wohl der asiatisch-afrikanischen Völker sowie der ganzen Menschheit zu kämpfen. Wir werden uns unermüdlich für die Herbeiführung eines dauerhaften Weltfriedens einsetzen.

Der Friede wird siegen.

Die Menschheit kann der Zukunft mit Hoffnung und Vertrauen entgegensehen. Das ist die Neujahrsbotschaft der Solidaritätskonferenz der asiatisch-afrikanischen Völker in Kairo an die ganze Welt.

Entschließung der Konferenz über kulturelle Fragen

Im Hinblick darauf, daß die Kultur das grundlegende Prinzip im Leben der Völker ist, das Prinzip, das das Gewissen des Menschen erweckt, seinen Geist stärkt, sein moralisches Niveau hebt, seine Seele läutert und breite Aussichten auf den Gebieten der materiellen, intellektuellen und geistigen Produktion erschließt;

daß keine Zivilisation, die dieses Namens würdig ist, existieren kann, wenn sie nicht auf einer Kultur basiert, die sie nährt, entwickelt, ihren Fortschritt ermöglicht und die Völker in die Lage versetzt, die Ideale des Friedens, der Brüderlichkeit, der Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit in vollstem Maße zu erreichen und die Notwendigkeit gegenseitiger Verständigung und Zusammenarbeit für die Propagierung und Erfüllung dieser Ideale zu erkennen;

daß wir unter Kultur ihre umfassendste Definition verstehen, die Literatur, Kunst und Wissenschaft und alle anderen Wissenszweige einschließt, deren Funktion darin besteht, die geistige Verfassung des Menschen zu erhöhen, seinen Geschmack zu verbessern und seine Seele von Übel und Ungerechtigkeit zu befreien;

daß die Zivilisation das gemeinsame Erbe ist, das keine Nation monopolisieren kann und auf das alle Menschen ein Anrecht haben;

daß alle Völker von ganzem Herzen zusammenarbeiten sollten, um sie in größtmöglichem Maße zu entwickeln, zu bereichern und zu propagieren, so daß alle Menschen ungeachtet ihrer Rasse, Farbe oder Religion daraus Nutzen ziehen können;

und daß die Kultur eine bedeutende Rolle bei der Entwicklung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Solidarität spielt,

1. erneuert die Solidaritätskonferenz der asiatisch-afrikanischen Völker die Entschließungen, die auf der Bandung-Konferenz bezüglich der kulturellen Zusammenarbeit angenommen wurden, und zwar in der Hinsicht, daß die Konferenz:

a) engere kulturelle Zusammenarbeit und eine Erneuerung alter kultureller Kontakte in Übereinstimmung mit der modernen Kultur fordert;
b) behauptet, daß die Existenz des Kolonialismus in vielen Teilen Asiens und Afrikas die kulturelle Zusammenarbeit behindert und die nationale Kultur unterdrückt; und daß sie die Rassenpolitik als Mittel der kulturellen Unterdrückung verurteilt;
c) versichert, daß die asiatisch-afrikanische kulturelle Zusammenarbeit im größeren Zusammenhang der Zusammenarbeit der ganzen Welt entwickelt werden sollte;
d) die asiatisch-afrikanischen Länder, die auf dem Gebiet der erzieherischen, technischen und wissenschaftlichen Institutionen weiter entwickelt sind, auffordert, Möglichkeiten für die Aufnahme von Studenten aus den Ländern zu schaffen, die noch nicht in der Lage waren, solche Institutionen zu entwickeln.

2. empfiehlt die Konferenz, daß kulturelle Zusammenarbeit in größtmöglichem Maße folgendermaßen herbeigeführt werden sollte:

a) durch Informationsaustausch, vor allem durch den Austausch von Filmen, Rundfunksendungen, Presseerzeugnissen, Publikationen und Ausstellungen, wobei für alle Artikel, die etwas mit dem kulturellen Leben und dem Unterrichtswesen zu tun haben, die Frachtkosten gesenkt und die Zölle abgeschafft werden, um ihren Austausch zu erleichtern;
b) durch den Austausch von Wissenschaftlern, Schriftstellern, Künstlern, Studenten und Vertretern kultureller und erzieherischer Organisationen unter den Mitgliedsstaaten sowie durch die Abhaltung periodischer und ad-hoc-Kulturkonferenzen;
c) durch die Förderung des Touristenverkehrs zwischen den Mitgliedsstaaten;
d) durch die Förderung der Übersetzungsmöglichkeit aus den und in die Sprachen der Mitgliedsländer und die Einrichtung einer Planungsbehörde für die Koordinierung der Übersetzungsbewegung in jedem Mitgliedsland;
e) durch den Austausch von Kulturzentren und die Abhaltung von Kulturfestivals, bei denen alle Künste vertreten sind.

3. empfiehlt die Konferenz, daß ein Buch in der Form einer historischen und geographischen Enzyklopädie über die Geschichte der asiatischen und afrikanischen Länder und Völker geschrieben werden sollte, das ihr Leben wiedergibt, einen Überblick über ihre Naturschätze, nach denen der Kolonialismus trachtet, bietet, und den Beitrag jedes Volkes zu seiner nationalen Kultur sowie die Rolle erläutert, die es in Verfolgung seines nationalen Kampfes spielt, wobei besondere Betonung auf die unheilvollen Ergebnisse der

Kolonialherrschaft und auf den Kampf für die Freiheit in der heutigen Zeit gelegt wird. Die Konferenz legt fest, daß dieses Buch in Übereinstimmung mit den von der Unesco verkündeten Prinzipien für die Geschichtsschreibung verfaßt werden sollte, um die Freundschaft unter der Menschheit zu stärken. Zu diesem Zweck schlägt sie vor, daß ein Ausschuß asiatisch-afrikanischer Geschichtswissenschaftler gegründet werden sollte, der damit beauftragt wird, einen Plan für dieses Buch zu entwerfen und an seiner Durchführung zu arbeiten.

4. fordert sie die asiatischen und afrikanischen Völker auf, ihr kulturelles Erbe zu erhalten.

5. fordert sie die Regierungen der Mitgliedsländer auf, die Presse, den Rundfunk und die anderen Informationsmittel anzuweisen, die Solidarität der asiatisch-afrikanischen Völker soweit wie möglich zu erhalten.

6. empfiehlt sie, daß die asiatisch-afrikanischen Verbände der Wissenschaftler, Schriftsteller, Künstler und Erziehungsschaffenden darauf ausgerichtet werden, daß sie die kulturelle Zusammenarbeit unter den asiatischen und afrikanischen Ländern stärken.

7. fordert sie die Mitgliedsstaaten und ihre Regierungen auf, der Forderung der wissenschaftlichen Forschung als einem bedeutenden Faktor in der wirtschaftlichen Entwicklung in jedem Produktionszweig besondere Aufmerksamkeit zu widmen, um ihre wissenschaftliche und wirtschaftliche Unabhängigkeit zu erreichen und mit der übrigen Welt für die Förderung von Frieden und Wohlstand durch wissenschaftlichen Fortschritt zusammenzuarbeiten.

8. empfiehlt sie, daß die Regierungen der asiatisch-afrikanischen Länder besondere Aufmerksamkeit darauf verwenden sollten, daß die hauptsächlichen Sprachen Asiens und Afrikas gelehrt werden, um sie zum künftigen Verständigungsmittel zwischen den asiatisch-afrikanischen Ländern zu machen.

9. appelliert sie an die Regierungen der asiatisch-afrikanischen Staaten, den Algeriern, die in ihren Ländern studieren, Stipendien zu gewähren.

10. empfiehlt sie die Stiftung eines jährlich auszugebenden asiatisch-afrikanischen Preises für kulturelle Leistungen zur Förderung der Ideale der Freiheit, Unabhängigkeit, der Freundschaft und des Friedens.

11. empfiehlt sie, daß die Regierungen der Mitgliedsstaaten keine Mühe zur Beseitigung des Analphabetentums scheuen.

12. würdigt sie alle Anstrengungen, die in allen Ländern für die Ausnutzung der Literatur, Kunst und Wissenschaft im Interesse des Friedens und des Wohlstandes gemacht werden, und appelliert sie an die kulturellen Organisationen und die führenden geistigen Köpfe auf der ganzen Welt, die öffentliche Meinung in ihren Ländern dahingehend zu formen, daß sie sich für die Förderung der Anwendung von Literatur, Kunst und Wissenschaft ausschließlich für die Sache des Friedens und des Wohlstandes einsetzt und auf ihre Regierungen moralischen Druck in dieser Hinsicht ausübt; und verurteilt sie die Anwendung der Wissenschaft für Vernichtungszwecke.

13. erklärt sie, daß die politische und kulturelle Freiheit, die das Denken, die Meinungsäußerung, den kulturellen Austausch und die wissenschaftliche Forschung ermöglicht, für den Fortschritt des menschlichen Geistes wesentlich ist, und verurteilt sie jede Verletzung dieser Freiheit in irgendeinem Teil der Welt.

14. fordert sie die Schriftsteller der Mitgliedsländer auf, an der zweiten Konferenz der asiatisch-afrikanischen Schriftsteller, die im Herbst 1958 in Taschkent stattfinden wird, aktiv teilzunehmen.

15. empfiehlt sie, daß größere Möglichkeiten für die Aufnahme von Studenten aus Algerien und Palästina und aus allen anderen Ländern, die für ihre Unabhängigkeit und Freiheit kämpfen, an Schulen, Universitäten und höheren Instituten in Asien und Afrika geschaffen werden sollten.

16. verurteilt sie die Schließung von Schulen, die Deportation von Lehrern und die Verhaftung von Studenten in allen Ländern, die für ihre Unabhängigkeit und Freiheit kämpfen, als Willkürmaßnahmen, die den normalen Unterrichtsverlauf behindern und geeignet sind, den Gang des Lebens in diesen Ländern zu verändern, und verurteilt sie besonders die bedauerliche Lage in Algerien und Zypern. Sie übermittelt den Völkern jener Länder, die für ihre Unabhängigkeit und Freiheit kämpfen, ihre herzlichen Grüße.

17. empfiehlt die Konferenz die Revision der Lehrbücher, die an den Schulen in den asiatisch-afrikanischen Ländern verwendet werden, um falsche Informationen auf Grund imperialistischer Einflüsse zu beseitigen.

18. empfiehlt sie, daß alle Anstrengungen unternommen werden sollten, um:

a) die Schulsysteme in allen Erziehungsetappen in den asiatisch-afrikanischen Ländern zu koordinieren;

b) die asiatisch-afrikanischen Studien in die Schullehrpläne der Mitgliedsstaaten unter besonderer Berücksichtigung der gemeinsamen Probleme aufzunehmen;

c) die Urkunden und akademischen Grade, die von den Universitäten der asiatisch-afrikanischen Länder verliehen werden, gegenseitig anzuerkennen und

d) Kulturabkommen zwischen den asiatisch-afrikanischen Ländern im Interesse der Förderung der kulturellen Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsstaaten abzuschließen.

19. empfiehlt die Konferenz, daß die Regierungen der asiatisch-afrikanischen Länder Maßnahmen für die Schaffung einer internationalen Universität für asiatisch-afrikanische Studien treffen, deren Sitz durch ein gegenseitiges Übereinkommen zwischen den Regierungen der Mitgliedsstaaten festgelegt werden soll und deren Grade von allen Mitgliedsländern anerkannt würden. Bis zur Verwirklichung dieser Idee empfiehlt sie, daß die Mitgliedsländer innerhalb der bestehenden Universitäten höhere Institute für diese Studien einrichten oder zumindest Lehrstühle dafür schaffen.

20. empfiehlt sie, daß der visuellen und akustischen Erziehung — zum Beispiel durch Filme, Bilder, Rundfunksendungen usw. — größere Aufmerksamkeit geschenkt werde, um das Analphabetentum in Asien und Afrika zu beseitigen.

21. empfiehlt sie, daß an Gemeinschaftsfilmen zusammengearbeitet werden sollte, die den Aufstieg Asiens und Afrikas in den verschiedenen Aspekten zeigen sollen und zum Beispiel die Mütter und Kinder in den asiatisch-afrikanischen Ländern zum Thema haben.

22. empfiehlt sie, daß Regierungsmuseen und Bibliotheken eingerichtet und mit Filmen, Lichtbildern, Fotos und Schallplatten ausgestattet werden. Ferner empfiehlt sie den Austausch verschiedener Materialien, um diese Bibliotheken zu erweitern.

23. empfiehlt sie die Förderung der gemeinsamen Forschung auf verschiedenen Gebieten, wie z. B. auf den Gebieten des Familiensystems, der Geschichte des parlamentarischen Systems usw.

24. empfiehlt sie den Austausch der Namen von Personen und Organisationen, die auf kulturellen Gebieten arbeiten, um die Kontakte zwischen den asiatisch-afrikanischen Ländern zu fördern.

25. empfiehlt sie, daß in jedem Mitgliedsland eine ständige nicht der Regierung unterstehende Organisation gegründet werden sollte, die als Instrument der kulturellen Zusammenarbeit wirkt und die Vollmacht hat, die Empfehlungen dieser Konferenz sowohl unabhängig als auch in Verbindung mit diesem Land zu erfüllen.

(26. 12. 1957 bis 1. 1. 1958)

Herausgeber, Verlag und Eigentümer: M. Pahl-Rugenstein. Postscheckkonto Köln 65 14. Verantwortlich für den Inhalt: Karl Graf von Westphalen. Beide Köln, Barbarossaplatz 7. Telefon 21 53 36. Erscheinungsweise monatlich einmal zum Preise von 1,— DM zuzüglich 0,03 DM Postzustellgebühr. Rücksendung von Manuskripten nur, wenn Rückporto beiliegt. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und brauchen nicht der Auffassung der Redaktion zu entsprechen. Nachdruck — auch auszugsweise — nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Redaktion und bei genauer Quellenangabe. Sprechstunden der Redaktion: Montags von 15-17 Uhr.
Druck: A. Oelschläger'sche Buchdruckerei, Calw